

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pro Nummer 5 Pf., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalte Kolonne oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Stichwahl-Lösung!

Am 25. Juni stimmen alle Arbeiter, alle Gegner des Brotwuchers, alle Gegner der Reaktion, alle Freunde freier Entwicklung:

- in Berlin I für **Leo Arons;**
- in Spandau-Osthavelland für **Karl Liebknecht;**
- in Oberbarnim für **Bernhard Bruns;**
- in Frankfurt a. O. für **Heinrich Braun;**
- in Zauch-Belzig für **Ferdinand Ewald;**
- in Westprignitz für **Dr. Weyl;**

- in Ruppin-Templin für **Max Kiesel;**
- in Guben-Lübben für **Franz Kotzke;**
- in Landsberg-Soldin für **Wilhelm Pätzkel;**
- in Kalau-Luckau für **Hermann Schubert;**
- in Arnswalde-Friedeberg für **Ernst Obst;**
- in Rottbus für **Otto Antrick.**

Auf zum Kampfe, auf zum Siege!

Zur Stichwahl.

Heut ist die Stichwahl. Dabei gelten dieselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr abends geschlossen. Niemand darf nach 7 Uhr abstimmen. Jeder gehe so frühzeitig zur Wahl, wie irgend möglich, damit nicht gegen den Schluß der Andrang zu groß ist und so mancher Wähler um sein Wahlrecht gebracht wird. Bei der Stichwahl gelten die gleichen Wählerlisten wie bei der Hauptwahl. Wer bei der Hauptwahl die Abstimmung verjäumt hat, der erfülle um so eiliger seine Pflicht bei der Stichwahl, da es hier mehr wie je auf jede einzelne Stimme ankommt. Arbeiter, die in Berlin arbeiten und in Nachbarkreisen wohnen, wo Stichwahl ist, werden deshalb ersucht, wenn sie es irgendwie ermöglichen können, zur Stichwahl nach Hause zu fahren und ihr Wahlrecht auszuüben. Das gilt für die Kreise der Provinz Brandenburg: Rottbus, Guben-Lübben, Oberbarnim, Kalau-Luckau, Ruppin-Templin, Landsberg-Soldin, Westprignitz, Osthavelland, Zauch-Belzig, Frankfurt a. O., Arnswalde-Friedeberg, wie auch für den pommerschen Wahlkreis Uckermark-Neuborn. Bleibe kein Arbeiter der Wahlurne fern. Der 25. Juni muß vollenden, was der 16. so herrlich begonnen hat!

Aus eigener Kraft!

Die Stichwahlen am 25. Juni bringen die folgenschwere Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichstages. Handelsverträge oder Zollwucher — Arbeiterschutz oder Arbeiterrechtung — Kulturförderung oder Militärbarbarei — gerechte Steuern oder Belastung der Besitzlosen — politische Freiheit oder Vergeßlichkeit der Volkrechte — Fortschritt oder Rückschritt — Ausklärung und Geistesfreiheit oder kirchliche Verfinsternung und Seelenflaverei: Diese Lebensfragen des deutschen Volkes werden im nächsten Reichstag erörtert, gefördert, entschieden werden. Man kann auch sagen: Socialdemokratie oder kirchlich-konervatives Agrarpartei, dazwischen gilt es zu wählen! Und das Schicksal unserer nächsten Zukunft hängt von der Stichwahl-Korruption ab, in der der Drei-Millionen-Schrei des deutschen Volkes, der am 16. Juni die Welt erbeben ließ, wieder ersticht werden soll! Kein Zweifel: Auf das freisinnige Vürgerthum ist nicht zu rechnen. Weder die centralen Ausschüsse noch irgend eine Lokalleitung haben bisher den Mut und die Reigung gefunden, rückhalt-

los zur Unterstützung der Socialdemokratie aufzufordern. Wo sie nicht geradezu für den Reaktionär eintreten, da haben sie feig und heimtückisch Stimmhaltung proklamiert.

Wir haben wiederholt ziffernmäßig unwiderleglich nachgewiesen, daß es an sich möglich wäre, durch ein gemeinsames geschlossenes Vorgehen der Socialdemokratie mit den Freisinnigen die drei Richtungen der Parteiverhältnisse im Reichstage von Grund aus umzugestalten! Ein paar Zeitungen haben diese Parole aufgegriffen, die freisinnigen Parteileitungen aber haben, so viel an ihnen lag, dahin gearbeitet, daß die Mehrheit derer im Kröcher, Spahn, Kardorff und Wassermann unterseht bleiben!

Dahin ist es gekommen, daß der Freisinn — seine eignen Interessen verrathend — sich in den schützenden Schoß der allein seligmachenden Kirche und in die Arme des Junkertums geschleitet hat, um nur der roten Gefahr zu entgehen. Auch der preussische, bayerische usw. Freisinn ist „sächtlich“ geworden, und die schroffe Scheidung zwischen links und rechts, zwischen der Socialdemokratie und der einen unterschiedslosen reaktionären Masse ist nicht mehr fern.

So auf uns allein angewiesen, werden wir democh nicht verzagen und allein dem Ansturm der Rote Kardorff trotzen. Wir müssen es verhindern, daß auch der nächste Reichstag das Schauspiel einer zu jeder Gewaltthat und zu jeder Ausraubung der Massen bereiten Zweidrittel-Mehrheit biete. Und setzen wir alle Kräfte ein, so wird uns das Werk gelingen. Schon im Interesse guter Handelsverträge müssen wir so stark werden, daß die Regierung ohne uns keine Mehrheit zu stande bringt und deshalb Verträge vorlegt, die mit unsrer unumschließlichen Zurückweisung der Minimalzölle rechnen. Wir müssen auch die Möglichkeiten retten, die der Freisinn verblendet veraten hat.

Aus eigener Kraft wollen wir dem Volkswillen, der sich am 16. Juni so überwältigend behndete, Geltung verschaffen, wie immer auch das Elend des Stichwahlsystems, der gemeine reaktionäre Stimmviehshäcker und die brutalen Wahlbeeinflussungen hemmen mögen.

Das Centrum hat jetzt jede oppositionell-demokratische Hülle abgeworfen. Es unterscheidet sich durch nichts mehr von der Junkerschaft als durch die Konfession. Seine Kapläne haben gut gearbeitet. Die geistlichen Dreifüßler haben die eifrigen Wähler zusammengetrieben. Und die Strupellosigkeit der Wahlmache ist um so größer, als doch bereits die bangen Zeichen erscheinen, daß auch gegen diese Beste der Finsternis die Socialdemokratie siegreich vordringt, daher der kirchliche Rotschrei: „Unter keinen Umständen für die Socialdemokratie“. Dieser Partei des Christentums sind zehn kapitalistisch-jesuitenfresserische Nationalliberale lieber als ein Arbeiter, der gegen das Jesuitengeheiß ist. Die katholische Kirche ist nur noch eine Organisation feudaler und Unternehmer-Interessen.

Schon predigen Centrumsbüchler offen, daß alles Heil nur in der Rückkehr zum Katholizismus liegt. So schreibt die „Märkische Volkszeitung“ am Tage vor den Stichwahlen:

„Daß in den protestantischen Landesteilen, insbesondere in der Reichshauptstadt und in dem moralisch wie politisch so rückständigen Sachsen sowie in den thüringischen Kleinstaaten, die Socialdemokratie so durchschlagende Erfolge erzielt hat, kann sie

mir mit halber Freude erfüllen: denn daß diese Teile dem Umsturz unrettbar verfallen sind, ist schon seit Jahren zu erkennen, und wenn das Deutsche Reich keine besseren Fundamente hätte als diese Sandhaufen, könnte man ihm ruhig das Grablied singen. Ob diese Erkenntnis nicht auch an gewissen Berliner Stellen durchdringen wird?“

So könnten wir Katholiken, wenn wir bloß an uns dächten, den socialdemokratischen Siegeszug mit völligem Gleichmut ansehen: und am allerwenigsten brauchen die drei Millionen roter Stimmen zu schreien. Aber da wir ein Teil des Ganzen sind, leiden wir auch mit dem Ganzen und müssen daher wie die, über welche der Hauptstrom der roten Flut ergießt, fordern, daß seitens derer, welche die politischen Geschicke des Deutschen Reiches leiten, aus dem neuerlichen starken Anwachsen der Socialdemokratie die richtige Lehre, die vollen Konsequenzen gezogen, d. h. endlich die Mittel unbeschränkt angewendet werden, die vor allen andern den Umsturz erfolgreich zu wehren vermögen. Welches diese Mittel sind, und wo sie zu finden sind, hat die glänzende, wirklich staatsverhaltende Haltung der katholischen Wählerschaft am 16. Juni gezeigt. Man mache eublich die stillen Wächter, die eine engherzige, kurzfristige Politik immer noch zum Teil geübt hat, vollständig frei, lasse sie ungehindert walten — dann wird die Socialdemokratie nicht lange mehr mit Millionen Kaufhäuser konomieren können.“

Das ist deutlich: Das Centrum will sich damit nicht mehr zufriedener geben, regierende Partei zu sein, es rühmt sich unmittelbar vor dem vollen Sieg. Ein Ministerium Spahn-Bachem-Balleström-Arnswalde-Dasbach ist das mindeste, das es fordert! Und dann werden ja wohl die „Sandhaufen“ der protestantischen deutschen Staaten von ihrem Regierthum bekehrt werden.

Zu solchen Hoffnungen aber berechtigt das Centrum nicht die Zahl seiner Wähler, die am 16. Juni nur 1700 641 betragen, während die der Socialdemokratie fast doppelt so stark ist. Seine Mandatserfolge beruhen auf der Ungleichheit der Wahlkreise. Die 88 Kreise, die das Centrum im ersten Gange „eroberte“, sind mit durchschnittlich 10—15 000 Stimmen gewonnen worden, nur 6 erreichen 20 000 Stimmen, in einem wurden 27 000 kirchliche Stimmen abgegeben. Dagegen wurden für die Socialdemokratie am 16. Juni in 83 Kreisen mehr als 20 000 Stimmen in die Urne geworfen, darunter in sechs mehr als 40 000 bis hinauf zu beinahe 80 000.

Das Volk will also in seiner großen Masse nichts von dem Merkantilismus wissen. Es ist neben der Ungeheuerlichkeit des thatsächlich verfassungswidrigen Pluralsystems die Verkommenheit und Würdelosigkeit des liberalen Bürgerthums, das dem Centrum ein gewisses Anrecht giebt, sich mit so hochfahrenden Hoffnungen zu tragen.

Auch dieser ernstesten Kulturgefahr gegenüber ist es allein die Socialdemokratie, welche die roten Fahnen schützend und rettend über die Freiheit breitet.

Der 25. Juni reihe dem stolzen Siege vom 16. Juni sich an! Aus eigener Kraft verteidige die Socialdemokratie die Sache des nach Freiheit und Glück dürstenden Volkes!

Streifzüge durch das Wahlfeld.

Stichwahlparolen.

Im Wahlkreis Perichow, wo wir mit Herbert Bismard in Stichwahl stehen, erläßt das Wahlkomitee der entschieden liberalen und freisinnigen Partei einen Aufruf, daß den Wählern freie Hand zu lassen sei, wie sie sich entscheiden wollen.

Eine ebensolche Erklärung erlassen für Oldenburg, wo wir in zwei Kreisen in Stichwahl stehen, die Nationalsozialen, die dort die Entscheidung zum Teil in der Hand haben.

Aus Köln wird gemeldet: Eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung nationalliberaler Wähler beschloß, bei der Stichwahl den Wählern vollständig freie Hand zu lassen; andererseits, das Centrum oder die Sozialisten zu unterstützen, wurden abgelehnt. Von verschiedenen Seiten wurde einer Unterstützung der Sozialisten das Wort geredet; das Centrum sei der größere Feind, außerdem müsse die Partei mehr nach links rücken. Der sozialistische Kandidat, über seine Stellungnahme zu den Handelsverträgen befragt, ließ erklären, daß er den Abschluß langfristiger Handelsverträge für eine Notwendigkeit halte und eventuell im Reichstage dafür stimmen würde. Der Centralausschuß der nationalliberalen Partei Rheinlands, der früher beschloß, hatte, daß den Sozialisten keine Stimme zu geben sei, hat, nachdem unzureichende Nachrichten aus einer großen Zahl von Wahlkreisen über die Haltung des Centrums gekommen sind, diesen Beschluß fallen lassen.

„Bezirk Sansonci.“ Zum Wahlkampf im Wahlkreis Potsdam-Brandenburg-Dachau erzählt die „Potsdamer Korrespondenz“ allerlei drollige Anekdoten:

Zu den unglücklichsten Märgen, die in Potsdam erzählt werden, gehört die Mitteilung, daß im Falle der Wahl des Sozialdemokraten der Kaiser die Absicht habe, den Parl. von Sansonci für den öffentlichen Verkehr abzuschließen, so daß dadurch der Hauptziehungspunkt für den Fremdenverkehr verloren geht.

Der Umstand, daß in dem Wahlbezirk Sansonci sechs sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, sucht das konservative „Potsdamer Intelligenzblatt“ dadurch zu erklären, daß vor dem Wahllokal nur ein einziger Zettelverteiler von sehr einnehmendem Aussehen und verbindlichen Formen stand, welcher den Wählern ihren Stimmzettel in die Hand drückte. Ahnungslos sollen nun einige Wähler diese auf den Namen Liebnechts lautenden Zettel in die Wahlcouverts unbesehen gesteckt und abgegeben haben. Zwei Wähler, welche später auf den „Trod“ aufmerksam gemacht wurden, wollten nun ihre Wahl noch rückgängig machen, was aber zu spät war.

Die spähige Deutung des „Intelligenzblattes“ ist doch für die Wähler in Sansonci außerordentlich kompromittierend, denen mit dieser Geschichte nachgesagt wird, daß ihr Verstand in dem Verständnis für einnehmendes Aussehen und verbindliche Formen sich erschöpft.

Für und gegen Dertel.

Während das liberale Komitee im 9. sächsischen Kreise, wo die Sozialdemokratie gegen Dertel in Stichwahl steht, zur Wahl des Bundesführers auffordert, erläßt der liberale Kandidat des Kreises folgende Erklärung:

Auf mehrfache Anfragen aus Wählerkreisen über die von den Vorstehern der liberalen Komitees in Freiberg ausgegebene Stichwahl-Parole zu Gunsten des agrar-konservativen Kandidaten Dr. Dertel erkläre ich, daß ich nicht Mitglied dieses Komitees und auch meinerseits nicht in der Lage bin, eine Unterstützung Dr. Dertels meinen Wählern zu empfehlen.

Dr. Kurt Runge, Dresden-Blasewitz.

Die Freisinnigen in Mecklenburg haben beschlossen, ihren Freistimm an die Brotdrucker Reittich, Treuenfels, Rand und Dröschler zu verraten. Im 1., 2., 6. und 7. mecklenburgischen Kreise stehen Sozialdemokraten den Konservativen gegenüber; den Ausschlag geben die Freisinnigen und sie wollen ihn geben für die ärgsten Brotdrucker.

Wähler, bezahle Deine Schulden!

Ein sonderbares Mittel, Schulden einzutreiben, hat der Gemeindevorsteher Wochow in Rieben (Kreis Jauoh-Bezirk) gefunden. Er veröffentlicht folgende Kundgebung:

Da bei der Wahl eines Reichstags-Abgeordneten für den diesseitigen Wahlbezirk am 16. d. M. eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht ist, so ist eine Stichwahl erforderlich. Dieselbe findet am 25. Juni d. J. von vormittags 10 Uhr ab statt und wird nachmittags 7 Uhr geschlossen. Die Schulstube ist Wahllokal. Wahlberechtigt sind alle, welche in der Wählerliste verzeichnet sind, auch diejenigen, welche das vorige Mal nicht gewählt haben. Wählbar sind nur der Landrat a. D. v. Deryn und der Demokrat Ewald-Verlin.

Außerdem wollen diejenigen, welche den Demokraten gewählt haben oder noch wählen und noch Schulden bei mir haben, dieselben möglichst umgehend begleichen, im andern Falle Zwangseinzahlung erfolgen würde.

Rieben, den 21. Juni 1903.

Wochow, Gemeindevorsteher.

Daß dies eine amtliche Wahlbeeinflussung ärgster Art ist, die zur Kaffierung der Wahl des Herrn v. Deryn führen möchte, ist klar. Woher aber weiß denn der Gemeindevorsteher, welcher der Wähler für Ewald stimmt?

Die Androhung der Zwangseintreibung dürfte die Wähler besonders fühlbar an die Vorzüge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erinnern und sie um so mehr veranlassen, erst einmal ihre Schulden an das Vaterland zu zahlen, das heißt sozialdemokratisch zu wählen.

Das rote Königreich. Im Königreich Sachsen erhielt nach den amtlichen Ergebnissen bei der Reichstagswahl am 16. Juni d. J. die Sozialdemokratie 441 764 gegen 299 190 im Jahre 1898, die konservative Partei 85 321 Stimmen gegen 100 487 Stimmen, die nationalliberale Partei 110 857 gegen 89 000, die freisinnige Volkspartei 31 889 gegen 15 413, die Centrumspartei 4847 gegen 1903, die Reformpartei 78 656 gegen 78 427, die nationalsozialistische Partei 1849 gegen 2869.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt hierzu: „Hieraus erhellt, daß die Wahlbeteiligung weit reger als vor fünf Jahren gewesen, daß von den bürgerlichen Parteien die nationalliberale und die freisinnige Volkspartei einen recht ansehnlichen Stimmenzuwachs erhalten haben, während die konservative Partei noch mehr Stimmen verlor, als die nationalliberale Partei solche gewonnen hat, und daß sich die Zahl der auf sozialdemokratische Kandidaten gefallenen Stimmen um bald 150 000 vermehrt hat. Zur Zunahme der Bevölkerung steht diese Vermehrung in gar keinem Verhältnis.“

Wohl aber steht diese Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältnis zur Zunahme der Aufklärung der sächsischen Bevölkerung über die gerade von der „Nordd. Allg. Ztg.“ gepredigte Kartellwirtschaft!

Rückgang der antisemitischen Stimmen!

Die Antisemiten aller Richtungen haben diesmal, wenn man ihnen Ulrich-Verlin VI. zuzählt, 277 000 Stimmen erhalten gegen 284 000 im Jahre 1898. Mehr als 10 000 Stimmen erhielten sie (in Klammern die Resultate von 1898 in tausend) in Sachsen 74 000 (73), Hessen-Rheinland 44 000 (31), Westfalen 24 000 (15), Berlin 18 000 (30), Pommern und Prov. Sachsen je 14 000 (je 12), Brandenburg 12 000 (18), Hessen 11 000 (19), Rheinprovinz 10 000 (14), annähernd 10 000 Stimmen erhielten sie in Westpreußen (3) und Schleswig-Holstein (13). Gewählt sind 2 Antisemiten, zur Stichwahl stehen 14.

Die Nationalsozialen haben einschließlich zweier mit der freisinnigen Vereinigung gemeinsam aufgestellter Kandidaten 32 000 Stimmen erhalten, gegen 27 000 bei der vorigen Wahl. Mehr als die Hälfte ihrer Stimmen entfallen auf Nordwest-Deutschland (Hannover, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Hansestädte). Zur Stichwahl steht nur u. Weisach in Marburg.

Die Wirkungen der Koninchenjagd.

Wie die tolle Polenjagd-Politik der preussischen Regierung wirkt, zeigt das Ergebnis der diesmaligen Wahlen:

Die Zahl der polnischen Stimmen betrug 1871 rund 176 300, stieg bis 1877 auf 216 200, ging bis 1884 auf 203 200 zurück, um seitdem eine fast ununterbrochen steigende Tendenz betrug. Im Jahre 1890 wurden 246 800 Stimmen gezählt, 1893: 229 500, 1898: 250 000. Die polnische Fraktion zählte 1871 13 Mitglieder, sie erreichte ihre größte Stärke in den Jahren 1881 und 1893, wo sie 18 beziehungsweise 19 Mitglieder zählte; bei den letzten Reichstagswahlen ging ihre Zahl auf 14 zurück.

Nach dem Ergebnis der Wahlen zum 16. Juni d. J. sind in der Provinz Posen 11, in Westpreußen 3 polnische Abgeordnete gewählt. In 8 Wahlkreisen von 28 sind sie gänzlich ausgefallen, in den übrigen 6 stehen sie in Stichwahl, die zum Teil ausnahmslos sind, mit Kandidaten aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Die Gesamtzahl der in Posen und Westpreußen am 16. Juni abgegebenen Wahlstimmen betrug nach den vorliegenden Angaben, die allerdings noch in zwei Wahlkreisen der Ergänzung bedürfen, 219 000, so daß man nicht festgehen wird, einschließlich der in Wirsis-Schubin und Inowrazlaw-Pogonin-Strelnow abgegebenen Stimmen ihre Gesamtzahl auf mehr als 230 000 anzunehmen. Dazu kommen die polnischen Stimmen in Oberpreußen, die sich nach den bisher vorliegenden Resultaten auf nahezu 45 000 belaufen, und die in Berlin und im westfälischen Industriegebiet abgegebenen Stimmen, die bis jetzt etwa die Zahl 10 000 erreicht haben. Es läßt sich also schon heute mit aller Sicherheit sagen, daß die bei den diesmaligen Wahlen abgegebenen polnischen Wahlstimmen, die jetzt schon rund 285 000 betragen, die bisher höchste Ziffer weit hinter sich lassen.

Zur Stichwahl in Westpreußen.

Man schreibt uns:

Auch in den meisten Wahlkreisen Westpreußens hat der 16. Juni eine erhebliche Zunahme der sozialdemokratischen Wahlstimmen gebracht. Im südlichen Teile der Provinz, in dem außer uns sich nur die Vertreter der Polen und die vereinigten reaktionären Parteien, als „Deutsche“, um das Mandat bewarben, haben wir in drei Fällen in der Stichwahl zwischen den beiden gegnerischen Parteien den Ausschlag zu geben. Im Wahlkreise Thorn-Kulm erhielt der deutsche Kartellkandidat Grafmann 13 345 Stimmen, der Kandidat der polnischen Volkspartei Redakteur Drejski 13 959 Stimmen und Genosse Bierthel 999 Stimmen. Außerdem waren noch einige zerstreute Stimmen auf den Danziger Kandidaten Genossen Partel gefallen, der auch in mehreren westpreussischen Kreisen aufgestellt war. Im Wahlkreise Graudenz usw. erhielt Aulersti, der Kandidat der polnischen Volkspartei, 12 503 Stimmen; Rittergutsbesitzer Sieg, der deutsche Kartellkandidat, 12 223 Stimmen und Genosse Partel 1401 Stimmen. Im Wahlkreise Schwes erhielt der polnische Hospitalkleriker von Sah-Jaworski 7091 Stimmen, der Kartellkandidat Holz-Parlin 7023 Stimmen und Genosse Partel 67 Stimmen. In den ersten beiden Kreisen haben wir also bei der endgültigen Vergebung des Mandats die Entscheidung in der Hand und auch in Schwes kann es leicht auf unsere wenigen Stimmen ankommen. Für unsere Stellungnahme kam natürlich auch in dieser vom wütendsten Nationalitätenhader zerrissenen Provinz allein der Stichwahl-Beschluß des Münchener Parteitag in Frage. Durch Vorlegung der Münchener Mindestforderungen an die rivalisierenden Kandidaten hatten wir auch hier die Pflicht, die Spreu vom Weizen zu sondern, und unbestimmt um hasstische Radeschläge der Schwindelpolitik der nationalen Phrase zu reibe zu geben. Vorweg bemerken wir, daß die polnische Fraktion des letzten Reichstages ebenfalls den Zollwucher mitgemacht hat. Allerdings mit dem Unterschiede, daß die Polen gegen die Anhebungsanträge Kardorff, Gröber und Nischbiler gestimmt haben. Trotzdem hat ihr Verhalten jedoch die Entzweiung ihrer Landsleute in so hohem Grade erzeugt, daß nur die wenigsten der früheren polnischen Abgeordneten wieder kandidierten. In den meisten bisher polnisch vertretenen Wahlkreisen und auch in solchen, in denen starke polnische Wählerminoritäten vorhanden waren, wurden Kandidaten der polnischen Volkspartei mit einem stark demokratisch gehaltenen Programm aufgestellt. Das geschah auch in den Wahlkreisen Thorn-Kulm und Graudenz. Die Hasstischen haben eine solche Rücksicht gegen ihre deutschen Volksgenossen indes nicht geübt. Unbekümmert darum, daß die Agrarier Sieg, Holz usw. und der Landgerichtsdirektor Grafmann den Brotdrucker mit allen Chikanen mitgemacht hatten, wurden sie doch „im Interesse des Deutschthums“ wieder aufgestellt. Nach dem Ausfall der Hauptwahl unterbreitete das Central-Wahlkomitee für Westpreußen in Danzig allen in Betracht kommenden Kandidaten die bekannten fünf Münchener Mindestforderungen. In Graudenz fand dann am Sonntag, den 21. Juni, mittags 12 Uhr, im „Gewerkschause“ und in Roder bei Thorn am gleichen Tage, nachmittags 1/2 Uhr, in der „Ostbahn“ je eine sozialdemokratische Wählerversammlung unter Teilnahme des Genossen Partel-Danzig zur endgültigen Beschlußfassung statt. In Graudenz war der bisherige Abgeordnete Sieg persönlich zur Versammlung erschienen. In einer kurzen Vorlesung, an der außer Sieg der Chefredakteur des „Geflügelten“, Herr Fischer, und noch ein zweiter Redakteur sowie unsere Genossen Reag, Köllner und Partel teilnahmen, erklärte Sieg offen: er könne die Forderungen nicht unterschreiben, da er sonst wohl die sozialdemokratischen Stimmen erhielte, aber von zwei Drittel seiner bisherigen Wähler in der Stichwahl verlassen würde. Er war jedoch wieder der Ansicht, daß in diesem Kreise nur nationale und nicht wirtschaftliche oder politische Fragen zu entscheiden hätten. Unsere Genossen antworteten darauf, daß national und reaktionär eben nicht dasselbe sei und daß sie auf die Annahme unserer Forderungen gerade im deutsch-nationalen Interesse bestehen müßten. Darauf wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Der Kandidat der polnischen Volkspartei, Verleger Aulersti, hatte aus Bad Egersberg telegraphisch, daß er die Münchener Forderungen in vollem Umfange vertreten werde und hinzugesagt: „... Schließlich bemerke ich, daß ich aus dem Volke hervorgegangen bin, dessen Bedürfnisse verstanden und mit allen Kräften für das Wohl der arbeitenden Klasse wirken werde. Viktor Aulersti.“ Nach einem eingehenden Vortrage des Genossen Partel und kurzer Diskussion, an der sich außer mehreren Genossen auch die Herren Sieg und Fischer beteiligten, nahm die überfüllte und zahlreiche auch von deutschen und polnischen Parteigängern besuchte Versammlung folgende Resolution an:

„Die am 21. Juni in Graudenz im „Gewerkschause“ tagende zahlreich besuchte öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlung erklärt, gestützt auf die vorangegangene Diskussion und die vorliegende ehrenwürdige schriftliche — telegraphische — Zusage des Kandidaten der polnischen Volkspartei, Herrn Aulersti, daß er die sozialdemokratischen Mindestforderungen des Münchener Parteitages im Fall seiner Wahl in den Reichstag in vollem Umfange vertreten werde, im Interesse der Wohlfahrt und der Rechte des Volkes für diesen Kandidaten in der Stichwahl zu stimmen.“

Die Versammlung protestiert dabei entschieden gegen die Unterstellung, daß sie mit diesem Beschlusse irgend welche polnisch-nationale reaktionäre Absichten und Pläne billigen oder unterstützen will.“

Mit dem Schlußparagrafen wurde dem Einwande der Hasstischen begegnet, daß die Sozialdemokratie durch die Entscheidung für den Polen dessen angebliche bildungsfeindlichen und deutschverräterischen Absichten fördere.

Die Thorner Versammlung war, in einem größeren Saale tagend, ebenfalls überfüllt und besonders zahlreich vom Polen besucht. Der „deutsche“ Kartellkandidat Landgerichtsdirektor Grafmann hatte schriftlich auf die Münchener Mindestforderungen erklärt, daß er sein Programm vor der Hauptwahl wiederholt dargelegt habe und sich demnach also nicht weiter zu entscheiden habe. Redakteur Drejski von der polnischen Volkspartei hatte persönlich nicht antworten können, weil er kurz vor der Wahl eine längere Gefängnisstrafe hatte antreten müssen. Doch hatte er sein Programm, ehe er ins Gefängnis ging, schriftlich niedergelegt und darin einen großen Teil der Forderungen des zweiten Teiles unseres Programms aufgenommen. Für die Stichwahl-Entscheidung kamen speziell folgende Forderungen in Frage: Als Anhänger der Volkspartei bin ich für: 1. eine völlige Gleichberechtigung aller Stände, aller Konfessionen und aller Nationalitäten; 2. ein gemeinsames, unmittelbares Wahlverfahren bei allen Reichs-, Kreis- und Gemeinbewahlen; 3. Aufhebung aller mittelbaren Abgaben und Bölle für Nahrungsmittel; 4. Verkleinerung des Soldatenstandes; 5. Einsetzen eines internationalen Schiedsgerichts, dessen Mitglieder vom Volke gewählt werden. Ferner verlangt Drejski völlige Freiheit bei der Gründung von Arbeiterverbänden usw. In der Versammlung verhielten die polnischen Vertreter Sobieschowski und Redakteur Aung, daß diese Forderungen nicht nur Drejskis persönliche Ansicht, sondern Abgemeinung der polnischen Volkspartei seien. Von hasstischer Seite trat der Mittelstulleher Herr Paul den Ausführungen des Genossen Partel entgegen. Er erklärte im Auftrage des Herrn Grafmann, daß für diesen die Punkte 2 und 3 der Münchener Forderungen vollständig unannehmbar und auch die übrigen nicht ohne weiteres annehmbar wären.

Der Paul stellte durch die aggressive Art seines Auftretens besonders die Geduld der anwesenden Polen auf eine sehr harte Probe. Trotz der heftigen Proteststürme, welche den Saal durchdrangen, wägte er sich nicht im geringsten. Obgleich wiederholt der übermächtige Gendarm, der sehr gemüht auftrat, mit der Aufstufung der erregten Versammlung drohte, trat Herr Paul der Stimmung derselben leider nicht Rechnung. Er behauptete: Partel trete nicht aus sachlichen Gründen, sondern nur weil er in Danzig ohne die Stimmen der Polen nicht gewählt werden könne, jetzt für Drejski ein. Er meinte: es sei Schmach und Schande, wie die Seelen der deutschen Arbeiter hier an den polnischen nationalen Feind verächtet würden. In seiner Entgegnung war es Partel nur zu leicht, die — Jermittler des Herrn Paul zu widerlegen. Ritten in der dann weitergehenden Diskussion wurde die Verhandlung dann gerade in einem vollständig ruhigen Moment von dem außer zwei uninformierten Beamten anwesenden Amtsvorsteher Falkenberg von Moder — aufgelöst. Doch gestattete der Herr noch die Abstimmung über die bezüglich Drejski entsprechend abgeänderte Graudenz Resolution, die deren Annahme mit großer Majorität ergab. Die Gegner enthielten sich der Abstimmung.

Die Stichwahlen in Franken. Die freisinnige Partei in Hof hat beschlossen, bei der Stichwahl für den Nationalliberalen Rindschreiber zu stimmen, nachdem dieser erklärt hat, daß er vom Bund der Landwirte kein imperatives Mandat übernommen habe und hinsichtlich der Handelsverträge mit dem Gros der nationalliberalen Fraktion, und nicht mit einzelnen nach rechts neigenden Dissidenten stimmen werde. Die nationalliberale und die freisinnige Partei vereinbarten ferner, bei allen zukünftigen Wahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die freisinnigen Wähler im Wahlkreise B a h r e u t h werden vom Landesauschuß der „Deutschfreisinnigen“ Partei aufgefordert, Mann für Mann für den nationalliberalen Kandidaten Hagen zu stimmen.

Der Weg übers Kartell nach Sachsen!

Die bayrischen Wahlziffern. Nach der Münchener „Allg. Ztg.“ ist am 16. Juni wie folgt gewählt worden; die zweite Zahlenreihe gibt die An- oder Abnahme gegen 1898 an:

Nationalliberale	160 134	+	61 889
Freisinnige	32 545	+	4 320
Konservative	21 241	+	6 650
Centrum	422 531	+	123 536
Sozialdemokraten	211 334	+	72 655
Demokraten	5 167	—	10 020
Bauernbund	97 513	—	32 428
Bund der Landwirte	22 529	+	16 431
Christlich-Soziale	3 673	+	3 287

Stichwahlen in Südbayern. Der demokratische Verein in München forderte seine Mitglieder auf, in München I, wo die Sozialdemokratie gegen die Liberalen steht, ihre Stimme unserm Genossen B i r k zu geben. — In Straubing stehen sich Ultramontane und Bauernbündler in der Stichwahl gegenüber. Der sozialdemokratische Wahlaufruf für Südbayern proklamiert für unsere Genossen früheste Wahlenthaltung.

Lebensliche Herzensbedürfnisse. Eine feine Wahlstilblüte finden wir in einem Stichwahl-Flugblatte des Professors Pauli im Wahlkreise Oberbarnim.

„Wir wenden uns an die vielen, denen Religion Herzensbedürfnis und nicht Privatsache ist.“

Wir haben bis jetzt immer gemeint, daß gerade die Herzensbedürfnisse die eigenste Privatsache jedes Menschen sind; der Professor Pauli scheint seine Herzensbedürfnisse aus der Markthalle zu beziehen.

Die Wahlen am Niederrhein.

Aus K r e f e l d wird uns geschrieben:

Groß ist der Jubel der Centrumspresse, weil das nicht eingetroffen, was von ihrer Seite befürchtet wurde, nämlich, daß die Sozialdemokratie in den Kreisen Krefeld, Kempen und M-Glabbadh so erstarke, daß das Centrum in die Stichwahl gedrängt würde. Mit allen Mitteln wurde von seinen dem Centrums gelämpft um das zu verhindern, und so ist es dem Wadern thatsächlich noch einmal gelungen, sich keiner Stichwahl unterziehen zu müssen.

Wenn auch von einigen Genossen erwartet wurde, daß es in Krefeld zu einer Stichwahl kommen würde, für die Kreise M-Glabbadh und Kempen kam eine Stichwahl gar nicht in Betracht. Kenner des Niederrheins glaubten aber auch diesmal für Krefeld an keine Stichwahl, weil dort die Verhältnisse ganz eigenartig liegen. Krefeld ist nämlich die einzige Großstadt in Deutschland, welche keine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hat. Der Zuwachs unserer Stimmen muß also aus der anfänglichen Bevölkerung selbst herangeholt werden und daß dieses schwierig ist, wird jeder zugeben, welcher einmal in katholischen Kreisen gewohnt hat. Während in den anderen Großstädten massenhaft junge Leute, welche den Sozialismus schon kennen oder doch leicht dafür empfänglich sind, zuziehen, giebt Krefeld seine jungen Arbeitskräfte an das Ruhrgebiet und die übrigen umliegenden Großstädte ab. Die einseitige Industrie, die Textilindustrie, kann die männlichen Arbeitskräfte nicht alle unterbringen, sie beschäftigt zu viele Frauen und Kinder.

Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse, welche wohl sonst für keine größere Stadt Deutschlands zuträfen, haben wir doch im Wahlkreise Krefeld eine Stimmenzunahme von 42 Prozent zu verzeichnen; unsere Stimmen sind von 5144 auf 7293 gestiegen. Das Centrum erreichte eine Stimmenzahl von 12 815 und die Nationalliberalen erhielten 4297 Stimmen. Unsere Genossen sind dem Wadern also doch schon bedenklich nahe gerückt und er kann sehr gut die Zeit berechnen, in welcher er sich einen sicheren Wahlkreis aussuchen muß. Aber nicht allein in Krefeld war ein guter Fortschritt zu verzeichnen, sondern auch in den Kreisen Cleve-Geldern, Mors-Rees, Kempen, M-Glabbadh und Neuf-Grevenbroich. Stieg doch in einzelnen Orten unsere Stimmenzahl um mehr als das Doppelte, ein Erfolg, auf den unsere dortigen Genossen stolz sein können. Der Jubel der Centrumspresse ist unberechtigt und wenn sie schreibt, daß die Sozialdemokraten keine katholischen Stimmen erhalten, so ist dies einfach Schwindel, denn der ganze Stimmenzuwachs in den oben genannten Kreisen für unsere Kandidaten rührt von Katholiken her, und das geschah trotz der gemeinen, niederträchtigen Kampfesweise der Klerikalen.

Wer das Centrum in seiner ganzen Glorie kennen lernen will, der muß in solche Gegenden, wie an den Niederrhein, kommen. Der Druck von Seiten der katholischen Geistlichkeit ist ungeheuer. Diese vom Staat bezahlten Agitatoren des Centrums terrorisieren den ganzen Ort, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, und wehe dem Einwohner, welcher sich ihrer Macht entziehen will. Am Wahltag verteilen sie selbst die Stimmzettel, holen die Wähler aus ihren Wohnungen und lassen überhaupt das ganze Wahlgeschäft. Am Tage vor der Wahl und am Wahltag selbst wurde dort in der schwarzen Erde ein Flugblatt verbreitet, welches die größten Lügen über die Socialdemokratie enthielt. Nachdem in dem Flugblatt die katholische Kirche die geistige Mutter jedes Katholiken genannt worden, heißt es weiter, daß die Socialdemokraten die katholische Kirche vernichten wollen und daß der Programmzettel: „Religion ist Privatfache“ Schwindel sei. Es wird den Wählern dann vorgelogen, daß die Socialdemokraten in Frankreich die Nacht hätten und dazu benutzen, um Klöster, Kirchen und Kapellen zu zerstören, Mönche und Nonnen auszuweisen usw. Wörtlich heißt es dann:

„Aber, das ist den deutschen Socialdemokraten noch nicht genug. Kautsky, eine wissenschaftliche Leuchte der deutschen Socialdemokratie, sagte den französischen Genossen, ihr Vorgehen gegen die Kirche sei „ein bloßes Beschneiden der Äste des Baumes“ und ruft dann aus, „die Äst muß an seine Wurzel gelegt werden.“

Begreiffst Du nun, mein lieber Freund, worum es sich handelt?

Die Äst muß an die Wurzel des Baumes gelegt werden, das heißt, die katholische Kirche muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Und einer solchen Partei von Kirchen- und Klösterstürmern könntest Du als Katholik Deine Stimme geben?

Wahrhaftig, Schmach und Schande über einen so entarteten, über einen so migranten Sohn, durch dessen Mitwirkung seine geistige Mutter geleitet und gehandelt wird!

Diese Kampfweise hat unsre Stimmen in diesem fromm katholischen Bezirk um 42 und mehr Prozent anschwellen lassen. Das ist ein Erfolg, der nicht genug angeklagt werden darf und welcher zu weiteren Hoffnungen berechtigt.

Die Kuhhandels-Entscheidung hinter dem — Klosett. Im 11. hannoverschen Wahlkreis (Einbeck-Rortheim), wo unser Partei-genosse Ad. Hoffmann mit dem Nationalliberalen Jorns in Stichwahl steht, hatten sich Bündler und Nationalliberale bei der Hauptwahl in der ruppigsten Weise bekämpft. Die Kleinen Bauern wollen keinen Kupferschmelz, der Rüben nicht von Weizen unterscheiden kann. So führen die Bündler gegen die Nationalliberalen in allen Tonarten. Aber was nun?

Auf dem Bahnhofe in Salzberghelden trafen sich sieben „Bundesfürsten“. Auf dem Bahnsteig hinter dem — Klosett, das allerdings nicht Bahnhofsdienst, wird die Frage erwogen, ob nicht der Kreis dadurch für den aus dem Besitzstande verdrängten Bund wieder zu erobern sei, daß man zunächst mal den Kleinen Bauern den Socialdemokraten als harmlos empfiehlt. Es schade gar nichts, wenn der Bauer mal socialdemokratisch wähle; dann würde auch die Regierung sehen, daß man sich mit lumpigen 750 Mark nicht abgeben lassen wolle. Schließlich liegt die Klugheit über den Umsturz. Es wird beschlossen, daß der kleine Bauer den Kupferschmelz zu wählen hat, der Rüben nicht von Weizen unterscheiden kann!

Was hinter dem Klosett beschlossen, wird im Klosett besiegelt werden.

Lügenmischer. Der „Elsässer Kurier“, ein in Colmar im Elsaß erscheinendes Blatt, ist in seiner Nr. 143 vom 22. Juni die Lügen über die „Vorwärts“-Druckerei wieder auf, die wir schon vor der Hauptwahl in mehreren großen Artikeln ausführlich widerlegt haben, und schreibt dazu wörtlich:

„Darauf hat der „Vorwärts“ kein Wort der Erwiderung, kein Wort der Abwehr, kein Wort der Entrüstung gefunden.“

Eine Schamlosigkeit ohne Gleichen!

Prüfgele in einer liberalen Versammlung.

München, 23. Juni. (Eig. Ber.) Am Montag fand in München eine sehr stark besuchte liberale Wählerversammlung statt. An der Debatte beteiligte sich ein Herr Sonthheimer (mit dem, wie ausdrücklich bemerkt sei, die socialdemokratische Partei nichts zu thun hat). Er kam unter anderem auch auf Lola Montez, die spanische Tänzerin und Geliebte Ludwigs I. zu sprechen und meinte, es sei eine Schande, daß diese — Dame in Bayern zu einer Gräfin gemacht wurde. Durch diese Bemerkung fühlten sich einige „liberale“ Größen so in ihren heiligsten deutschen Gefühlen verletzt, daß sie dem Redner sofort eine Tracht Prügel verabreichten und ihn dann zur Thür hinauswarfen.

Vor einigen Monaten erklärte an derselben Stelle der liberale Graf du Roulin, das Denkmal Lillys in der Ruhmeshalle zu München sei eine Schande für Bayern. Er fand bei seinen liberalen Freunden mit dieser Meinung stürmischen Beifall. Erstrecht sich aber ein Gegner, das Andenken und den „guten Namen“ einer königlichen Maitresse zu „besudeln“, so muß er nach liberalen Begriffen geprügelt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juni.

zu den Laurahütter Unruhen

wird uns noch geschrieben: Durch Befragung zahlreicher Laurahütter Arbeiter und Versammlungsteilnehmer konnten wir feststellen, daß es tatsächlich das Vorgehen der Centrumsgeistlichen war, welches die Leute zu einer Siebtheile gebracht hat. Der Ortsprediger Schwieder, welcher die Versammlung eröffnete, erfreut sich in der polnischen Arbeiterbevölkerung einer großen Beliebtheit. An dem unglücklichen Sonntag war die Predigt in Laurahütte eine rüchrichtlose Agitationsrede für den Centrumskandidaten Letocha und gegen Korfanty. Gleichzeitig wurde in der Kirche die Versammlung angefangen, „aber nur für Centrumswähler“.

Am gleichen Sonntag sind nachmittags in der ganzen Umgegend Centrums-Versammlungen — überall ohne Diskussion, unter dem Schutze zahlreicher Polizisten — für deren Hilfe „unter unsichtiger Leitung“ sich jetzt die katholische „Vollstimme“ in Gleiwitz bedankt — und des Hausfriedensbruchsparagraphen abgehalten worden.

In Domb bei Kattowitz wurde ein Socialdemokrat für einen protektierenden Zwischenruf von den Centrumsleuten arg gemißhandelt. Die Kunde von dieser Mißhandlung verbreitete sich sehr schnell und wurde auch in Laurahütte verbreitet. Die Erregung wuchs. Vor der Versammlung war auch bekannt geworden, daß auf Grund des Koppischen Sixtenschreibens einigen Anhängern der radikalpolnischen Bewegung die kirchlichen „Gnadennittel“ verweigert werden seien. Es war kennzeichnend, daß in der Versammlung gerufen wurde: „Wir sind auch katholische Christen, wir lassen es uns nicht gefallen, unserer politischen Gesinnung wegen kirchlich vergewaltigt zu werden.“

Sofort nach Auflösung der Versammlung nahmen die Beamten eine Verhaftung vor und wollten den Verhafteten gefesselt abführen. In wenigen Minuten war der Verhaftete von der Menge befreit. Später wurde ein anderer verhafteter Arbeiter — auch in Ketten — losgeschlagen. Viele Augenzeugen erzählen, daß die Menge sich beruhigt hätte, wenn man nicht den kalten Strahl losgelassen hätte. Die Erregung steigerte sich dadurch ungemein. Einem Arbeiter soll das Wasser das Auge herausgedrängt haben. Die Kattowitzler Mütter berichten, daß der Getörete, der Schmid Trafalczky von dem Gendarm Weder erschossen wurde, als er zu einem Steinwurf aus-

holte. Diese Darstellung scheint vor amtlicher Stelle — also den Gendarmen selbst zu stammen. Arbeiter, welche in direkter Nähe von Trafalczky standen, erzählten unmittelbar nach der That, daß die Schüsse mitten in die Menge abgegeben worden sind.

Am Montag begann die Untersuchung, geführt durch einen Untersuchungsrichter, den Ersten Staatsanwalt des Landgerichts Beuthen und dem bekannten Polizeirat Mädlar. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Am Dienstag kamen wieder Wagen mit 16 Verhafteten in Kattowitz an.

Bei dem polnischen Arzt, dem nationalpolnischen Kandidaten Dr. Steski in Laurahütte wurde — wie die polizeilich informierte „Kattowitz Zeitung“ berichtet — am Montagabend durch den Polizeirat Mädlar und den Amtsvorsteher Snarig eine Hausdurchsuchung vorgenommen, zwecks Feststellung der verwundenen Personen, die sich in seine Behandlung begeben hatten. Sollte sich das bestätigen, so würden wir es mit einem effektanten Bruch des gesetzlich garantierten ärztlichen Berufsgeheimnisses zu thun haben.

Am Sonntag verließen fast alle Centrums-Versammlungen im Kreise Kattowitz-Jahrze sehr stürmisch. In Domb gingen die Centrumsgegner demonstriativ aus dem Saal. In Jahrze mußte die Versammlung, die von Hunderten besucht war, geschlossen werden. Die Versammelten zogen mit den Rufen: „Hoch Korfanty“, „Nieder mit dem Centrum“, „Hoch die Socialdemokratie“ auseinander. In der Versammlung selbst fiel der die Situation kennzeichnende Zwischenruf: „Die Kirche achten wir — aber: Fort mit dem Centrum!“ In Boguszy bei Kattowitz hat der Pfarrer Slowronel die polnischen Predigten und den polnischen Kommunionunterricht eingestellt — bis Letocha gewählt werden wird. Vorläufig streift der Pfarrer. Aus einer Centrumsversammlung in demselben Orte nutzten sich die Geistlichen flüchten. In Nicolai (Kreis Plesch-Kuhnil, Stichwahl zwischen dem Polen Kowel Dyl und Centrum) wurde nach der Kirche ein polnischer Stimmzettelvertheiler von dem Geistlichen eigenhändig geprügelt. —

Breslau, 24. Juni. (B. L. A.) Wie der „Breslauer Generalanzeiger“ meldet, beträgt die Zahl der aus Anlaß der Unruhen in Laurahütte verhafteten Personen jetzt 16. Im morgen bei der Stichwahl Zwischenfällen vorzubeugen, wurde nach Jaborze Militär verlegt.

Deutsches Reich.

Die Internationale.

Aus dem Haag erhalten wir den folgenden Stichwahlgruß: Die socialdemokratische Arbeiterpartei im Haag sendet herzliche Glückwünsche zu dem Siege am 18. Juni und sieht vertrauensvoll dem 25. Juni entgegen. Broel, Vorsitzender. —

Selbstbestimmung in Sachsen.

In Sachsen hat die Kartellpolitik, die Politik der Arbeiternebelung, der kleinlichen Postgeizigkeit, der Wahlentrechtung, am 16. Juni die vernichtendste Niederlage erlitten und der 25. Juni wird sie noch vervollständigen. Da ist es nicht uninteressant, das Urteil eines Blattes über die dadurch geschaffene politische Situation zu hören, das bisher sein redlich Teil zur Stärkung der Reaktion beigetragen hat. Der „Dresdener Anzeiger“, Amtsblatt der dortigen Behörden, der fleißig mitgegeben hat, dessen Redakteure städtische Beamte sind, schreibt in einer Wahlbetrachtung:

„Die bestunterrichteten Arbeiter (die deutschen sind gemeint. Die Red.) der Welt besitzen auch die stärkste und solideste Organisation, ihre Solidaritätsgedanke bildet eine Macht, das, wie die Erfahrung gelehrt, selbst ein Zerbrechen der früheren Organisationsformen nicht mehr erschüttern kann. Wer sich dieser Wahrheit nicht verschließt und den Mut besitzt, selbst lieb gewordenen Illusionen und Täuschungen zu entsagen, der gelangt auch zur Erkenntnis, daß die arbeitenden Klassen im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 als ein gleichberechtigter Faktor behandelt werden müssen. . . Es sind auch nur keine (! D. A.) Kreise, deren Stimmen man vernimmt, wenn in den „Hamburger Nachrichten“, in den „Berliner Neuesten Nachrichten“, in der „Post“ usw. die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und die Politik der „starken Faust“ verlangt wird. Diese Kreise haben nicht einmal das Recht, sich auf den ersten Reichstanzler zu berufen. Dieser hat das allgemeine Wahlrecht allerdings zuerst aus Gründen der äußeren Politik auf seine Fahne geschrieben, für den Beschluß der Durchführung war aber mit entscheidend der ausgesprochene Zweck, den Staat dem parlamentarischen Regiment, einer Vertretung von Sonderinteressen zu entziehen. Der Staat kann seine Aufgaben nicht erfüllen, wo sich eine Claqueurwirtschaft ausbildet. (Sachsen!! D. Red.) Kein Wahlrecht, weniger Agitation, mehr Ruhe! So kalkulieren die Schmarotzer. Und für die Realisierung dieses Vieles haben die „Hamburger Nachrichten“, die „Post“ usw. den „starken Mann“ schon in Verreitschaft. . . Für eine gänzlich veränderte Weltlage müssen ganz andre Gesichtspunkte Geltung erlangen wie vor zwanzig Jahren. . . Im „freien“ britischen Reich ist man . . . in Verlegenheit, geeignete Arbeiterkandidaten für das Parlament zu finden. Die internationale Socialdemokratie ist bedeutungslos und überhaupt nicht vertreten im englischen Parlament, ein Zustand, der Anzuehtigen ideal erscheinen mag, in Wahrheit aber große Gefahren für die Zukunft in sich birgt. Rehnliche Verhältnisse bestehen in Amerika. In Deutschland hat die gute Schulbildung aber auch dazu beigetragen, der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt rasch einen hervorragenden Platz zu sichern. Sollen wir dies bedauern, weil nun die Arbeiter auch Anspruch auf Wahrung ihrer Gleichberechtigung erheben? Wir halten daher den Weg, den die Reichspolitik nach den Wünschen unserer Schatzmacher betreten soll, für ungangbar und in hohem Grade verderblich. (Sachsen!! D. A.) . . . Der Weg, den die Schatzmacher wandeln, führt zur Vertiefung des Klassenwiefals, zum wirtschaftlichen Rückgang und zur Katastrophe.“ (Sachsen!! D. A.)

Wir würden es für sehr erfreulich halten, wenn diese Stimme richtiger Erkenntnis nicht vereinzelt bliebe. Daß sie gerade in dem Amtsblatt der sächsischen Weisung laut wird, ist immerhin beachtenswert.

Worum der Kaiser gelitten hat! Der offizielle Telegraph verbreitet unmittelbar vor den Stichwahlen eine Rede des Kaisers, aus der hervorgeht, daß die Wähler sein Interesse für den Segelsport nicht vermindert haben.

Auf einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie (Wallin) fand ein Festmahl statt; in Erwiderung auf einen Trinkspruch des Ehrenpräsidenten des Regattaverins Bürgermeister Mönckberg bemerkte der Kaiser u. a.:

„Es ist in der freundlichsten Weise darauf Bezug genommen worden, daß die schöne Nacht, die den Namen der mächtigen Hansestadt Hamburg trägt und die zum erstenmal sich auf der Elbe gezeigt hat, meiner Initiative zu danken ist. Das ist wirklich zu viel gesagt, denn es steht in den Hansestädten und zumal in Hamburg so enorm viel Initiative, daß wenn man bloß den leinsten Hinweis giebt, so geht schon die hanseatische Unternehmungslust ihren Weg und weiß ihren Weg zu finden. Es ist mir eine besondere Freude gewesen, die heutige Regatta mitzusehen zu können. Es ist das erste Mal, daß ich mit einem ebenbürtigen, gleichartigen Gegner zu kämpfen hatte, und ohne diese unangenehme Bestimmung der Zeitvergehung empfinden zu müssen, unter der ich jahrelang gelitten habe. Die Herren, die bisher den Vorteil davon gehabt haben, werden das vielleicht nicht so begreifen; aber angenehm ist es doch, wenn man einen ebenbürtigen Gegner hat, zumal wenn sich auf des Dedes Planen das Staatsoberhaupt von Hamburg bewegt, das

heute zum erstenmal sich der Elbe vermischt hat. Es ist sodann erwähnt worden, daß der neue Hafen meinen Namen bekommen hat. Ich bitte auch dafür herzlichsten Dank auszusprechen zu dürfen.“

Der Trinkspruch schloß: „Alles, was ich sonst auf dem Herzen habe, fasse ich zusammen in dem Rufe: Hamburg, der Norddeutsche Regattaverin und die Amerikaliner hurra! hurra! hurra!“ —

Vaterland oder Konarch.

Der Oberst a. D. Gaedle hat im „Berliner Tageblatt“ zur serbischen Königsschlacht Betrachtungen veröffentlicht:

„Nach der bei uns herrschenden Auffassung ist das Verhältnis persönlicher Treue des Heeres zu seinem Kriegsherrn ein besonders heiliges; es bildet für das Offiziercorps einen Teil seiner Berufsethre. Nach der Begründung der Maßnahmen des Herrschers zu forschen, ist nicht Recht noch Aufgabe des Heeres; in schweigendem Gehorsam ist es nur ein Vollstrecker seiner Befehle, für die nur er die Verantwortung trägt. Mit ihrem Leben hat die Truppe das Leben des Herrschers zu decken, den geschworenen Fahnenred mit ihrem eignen Blute zu besiegeln. Kein Zweifel, gegen diese Pflicht hat das serbische Heer schwer gefehlt. Doch giebt es eine andre, ebenso heilige und erhabene Pflicht wie die persönliche Treue gegen den Kriegsherrn, eine noch ältere Pflicht sogar; denn sie ist uns bereits mit unsrer Geburt geworden. Das ist die Bürgerpflicht gegen unsren Staat, gegen das Vaterland, von der der Treueid gegen den Monarchen uns niemals entbinden kann. Und im gewöhnlichen Laufe der Dinge fallen beide Pflichten glücklicherweise zusammen. Wie aber, wenn das nicht mehr so ist, wenn sie vielmehr im schärfsten Gegensatz aufeinanderstehen, wenn das heilige Gesetz der salus publica sich mit dem Treueid gegen den Kriegsherrn nimmermehr deckt? Das ist sicher der härteste Konflikt der Pflichten, vor den ein Ehrenmann gestellt werden kann.“

Ob diese Ausführungen gerade auf Serbien passen, sei dahingestellt. Im übrigen sind sie selbstverständlich. In demokratischen Staaten ist das Heer überhaupt auf die Verfassung vereidigt; und der Treueid gegen den Fürsten gilt ihm niemals als Person, sondern lediglich als Träger der Staatsouveränität, der Verfassung. Jede andre Ansetzung würde aus dem Volk in Waffen eine Prätorianertruppe machen, ein gemeingefährliches Werkzeug für die Willkür eines auf dem Thron Gerathenen.

Dennoch denunziert die „Kreuz-Zeitung“ den Oberst a. D. also: „Ein ehemaliger höherer deutscher Offizier behauptet, daß die Bürgerpflicht gegen den Staat für den Offizier eine ältere Pflicht sei als die persönliche Treue gegen den Kriegsherrn.“ Ein trauriger Beweis, zu welcher Vergriffenheit die Subjektivität unserer Zeit führt. Wenn also mit der subjektiven Ueberzeugung eines Offiziers, die vielleicht sich stützt auf die Autorität bürgerlicher Parteien, die Regierung seines Kriegsherrn nicht übereinstimmt, dann tritt die „Ältere ebenso heilige und erhabene Pflicht wie die persönliche Treue gegen den Kriegsherrn, die Bürgerpflicht entscheidend in Kraft!“ Auf jede weitere Kritik wie auf die Klarlegung der Konsequenzen dieser Anschauungen verzichten wir. Eine Konsequenz wird aber hoffentlich jeder Offizier, der etwa — wir glauben es nicht — diese Ansicht des Herrn Oberst a. D. Gaedle teilt, als ehlicher Mensch ziehen — schnellst seinen Abschied aus einem Corps zu nehmen, in das er innerlich nicht mehr hineingeht.

Es wäre traurig um das Heer bestellt und das wichtigste Argument gegen jeden Militarismus, wenn nicht die natürlichen Anschauungen Gaedles, sondern die Prätorianer-Grundsätze der „Kreuz-Zeitung“ in der Armee herrschten. Es kann keine höhere Pflicht — gerade vom Standpunkte eines nationalen Mannes gesehen — als die gegen das Vaterland.

Nedrigens teilen diese Auffassung ja auch wohl die Hohenzollern! Sonst hätten sie niemals den hannoverschen, heftigen und nachlässigen Offizieren und Soldaten, die 1866 ihre obersten Kriegsherrn infolge der von Preußen veranstalteten dynamischen Revolution gewaltsam verloren, zugemutet, sich im Interesse des Deutschen Reiches damit abzufinden, daß sie ihren obersten Kriegsherrn unterwerfen müßten! Nach der „Kreuz-Zeitung“ hätten sie die Plünder und den Säbel nicht aus der Hand legen dürfen! —

Ein Stichwahl-Schwindel. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ läßt das folgende Reptil ausstrichen:

„Die Socialdemokratie, sollte sie zur entscheidenden Macht in unrem Vaterlande gelangen, wird alle mit teurem Blut erkauften Errungenschaften wieder vernichten, uns in dieselbe Ohnmacht gegenüber allen feindlichen Angriffen von außen stürzen, wie zu Zeiten der unseligen Verfallperiode des ehemaligen Deutschen Reiches und Bundes! Abg. Singer trägt kein Bedenken, Elsaß-Lothringen, das einstige deutsche Land, welches wir erst infolge eines uns frivols angebrungenen Krieges durch siegreiche Waffen von den Franzosen zurückgewonnen, wieder an Frankreich auszuliefern! Das erklärte Singer bereits heute einem Redakteur des Pariser „Temps“, dem er hundertfach Audienz gewährte. Frankreichs Interesse wie auch das des übrigen Auslandes ist deshalb an dem Ausfall der Wahlen ein großes, da es in dem Siege der Socialdemokratie eine Schwächung der Weltmachtstellung Deutschlands sieht und schon jetzt nach dem Verhalten Singers naturgemäß sehen muß, zudem auch alle jene Elemente in Deutschen Reich, die offen die Loslösung von Deutschland auf ihre Parteilafne schreiben, wie die Polen und Dänen Deutschlands, die intensivste Unterstützung und Förderung von Seiten der Socialdemokratie erfahren.“

Genosse Singer hat mit dem Mitarbeiter der „Temps“ überhaupt nur ein paar Worte gewechselt und hat auf die Frage, wie er über Elsaß-Lothringen dächte, geantwortet, daß das ein rein akademisches Problem wäre. Er fügte hinzu, gemäß den Anschauungen, die die Socialdemokratie seit jeher verfochten hat, daß wir immer und überall für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten. Nichts anderes steht auch im „Temps“.

Die „Auslieferung“ von Wölsern an fremde Herrschaft ist eine Uebung des herrschenden Systems. Die Socialdemokratie hat mit dieser Politik der Bergewaltigung nichts zu thun und wird niemals etwas zu thun haben! —

Gute Sitten, staatliche Ordnung und religiöser Friede im Schutze der Freijungigen. In Nürnberg ist ein neues großes Stadt-Theater im Bau, das im Jahre 1905 dem Betriebe übergeben wird. Jetzt schon wurden vom Magistrat die Bedingungen festgelegt, unter denen der Betrieb des Theaters an einen Unternehmer vergeben werden soll. Dabei hat man eine Bestimmung eingeschmuggelt, die nichts weiter bedeutet, als die Einführung der Censur. Alle Stände sollen vor der Aufführung einer Regattakommission vorgelegt werden. Diejenigen Stände, die gegen die guten Sitten, die staatliche Ordnung und den religiösen Frieden verstoßen, werden von der Aufführung ausgeschlossen. Im Gemeindefestlegungsprotokoll, das in solchen Dingen das letzte Wort hat, entspann sich am Dienstag über diese Frage eine lange Debatte. Verschiedene Herren bejahten sich auf ihren Freisinn und erklärten, daß ihnen die Sache nicht gefalle. Die Freunde dieser Bestimmung bemühten sich, darzutun, daß es sich gar nicht um Einführung der Censur handle, der Magistrat beantrage das Recht, die Stände vor der Aufführung zu prüfen, nicht als Polizeibehörde, sondern er wolle sich nur seinen Einfluß als „Hausherr“ wahren auf das, was in seinem Hause geschehe. Dabei wurde auch verriet, aus welchem Anlaß die Bestimmung entstanden ist. Es wurde vor einiger Zeit im alten Stadt-Theater ein Ständ aufgeführt: „Der letzte Knappe“, das so unrichtig sein soll, daß einige Stadtväter, die der Aufführung betwohnten, vor Scham erröteten. (Die guten Stadtväter!) Man wolle durch Aufnahme des strittigen Passus in die Vertragsbedingungen nur verhindern, daß solches jemals wieder vorkomme. Der Censurparagraph, den u. a. auch der Ehrenbürger des freijungigen Blattes sehr warm verteidigte, wurde schließlich gegen wenige Stimmen angenommen.

Begnadigt! Der Fabrikbesitzer Georg Klein in Sipstadt wurde von der Dornmünder Strafkammer wegen schuldiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in seinem an der

Röhre 7 gelegenen Jagdrevier einen alten Arbeiter erschossen. Jetzt ist auf dem Gnadenwege die Strafe in Festung umgewandelt worden. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Ministerkrise kann vorläufig als beendet gelten, nachdem der neue Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary den Führern der Unabhängigkeitspartei gegenüber den letzten Verzicht auf das Wehrrecht erklärt hat. Der Telegraph meldet darüber:

Budapest, 24. Juni. Der Vizegraf Khuen-Hedervary erklärte heute gegenüber den Führern der Unabhängigkeitspartei, daß er die erhöhten Rekrutenvorlagen fallen lassen und nur das gewöhnliche Rekrutenkontingent verlangen werde. Die Mission des Vizegrafen ist somit gelungen. Er begibt sich nachmittags nach Wien, um dem Kaiser zu berichten, und dürfte morgen nach Budapest zurückkehren, um das Kabinett zu bilden.

Schweiz.

Jura-Simplon-Bahn. Im Nationalrat in Bern wurde heute an den Bundesrat die Frage gerichtet, welche Gründe für die Verzögerung der Uebertragung der Simplon-Lösung seitens Italiens an den Bund vorliegen. Bundesrat Jemp bemerkte, der Bundesrat habe es an Bemühungen nicht fehlen lassen; er habe die italienische Regierung auf die Dringlichkeit aufmerksam gemacht und hoffe immer noch, daß das italienische Parlament über die Angelegenheit noch vor seinem Ferienverhandeln werde, da sonst die Sache bis zum November verschoben werde und die Bundesversammlung sich noch nicht einmal im Dezember mit dem Rückkauf der Jura-Simplon-Bahn befassen könne. Verschiedene Redner betonten hierauf, daß eine baldige Regelung im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zu einander liege, und ersuchten den Bundesrat, bei der italienischen Regierung nochmals auf Beschleunigung zu dringen.

Paris, 24. Juni. Der neugewählte Abgeordnete Sybeton überfiel gestern Abend in der Rue Nivoli seinen Gegenkandidaten, den radikalen Rechtsanwalt Lefebvre, und verleierte ihm einen Faustschlag, weil in einem Wahlplakat Lefebvres behauptet worden war, daß Sybeton eine Engländerin geheiratet habe.

Frankreich.

Zwei Kammerwahlen. Paris, 22. Juni. (Fig. Ver.) Der zweite Pariser Bezirk, ein großhändlerischer und kleinbürgerlicher Stadtteil, hat den Nationalisten Sybeton wieder in die Deputiertenkammer geschickt. In den allgemeinen Wahlen 1902 hatte Sybeton über den früheren linksradikalen Deputierten Refour mit 7894 gegen 6831 Stimmen gesiegt. Trotz dieser erheblichen Mehrheit wurde Sybetons Wahl failliert einzig wegen seiner verheerenden Wahlagitatorik. Die Kammermehrheit, die sich sonst in der Mandatsprüfung recht lax gezeigt, wollte an diesem demagogischen Hauptstück ein Exempel statuieren, obwohl die anderen gewählten nationalistischen Kandidaten mit demselben Mittel gearbeitet hatten. Diese Ausnahmebehandlung des Mißbegünstigten der „Vaterlandslige“ war natürlich am wenigsten geeignet, seine reaktionären Wähler zur Republik zu bekehren. Er wurde glatt wiedergewählt mit 6857 gegen 4897 republikanische Stimmen.

Am Abend nach der Wahl feierten die Patrioten ihren Sieg durch wüste Ausschreitungen. Mit Steinen und Eisenstücken warfen sie die Fenster in den Redaktionsgebäuden der ministeriellen Zeitungen „Lanterne“ und „Matin“ ein. Die Polizei des Herrn Sépine kam natürlich diesmal zu spät, da es sich ja um eine patriotische Kundgebung handelte. Einer der Verhafteten, ein 16jähriger Junge, sagte aus, er wäre um 2 Fr. angeworben worden.

Empfindlicher als Sybetons Wiederwahl ist für den „Bloc“ der Verlust eines Mandats in Montbrison (Loire). Dort siegte in der Stichwahl der Radikale Drj über einen linksradikalen mit 6720 gegen 7792 Stimmen. —

Der Gesetzentwurf betreffs der Säkularisierung der Kongregationen ist gestern mit der Resolution Duiffon in der Deputiertenkammer zur Annahme gelangt. Vorher kam es nach zu äusserst erregten Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen der Radikalen und der Linken. Dieselben suchten einander am Sprechen zu verhindern. Als de Castellan einen Änderungsantrag befristete, hinderte ihn die Linke, zu sprechen; die Rechte verließ hierauf den Saal; sie formuliert einen Protest, in welchem sie die Majorität der Kammer beschuldigt und sie für ihre Missetate auf die Freiheit verantwortlich macht. Erst als die Abstimmungen begannen, lehrte die Rechte in den Sitzungssaal zurück. Es wird ein Amendement Leroy angenommen, wonach Kongregationen für den Unterricht in Elementarschulen eines Erlaubnisbeschlusses bedürfen; dieses Amendement wird Artikel 2 der Vorlage. Hierauf wird mit 306 gegen 107 Stimmen die Kommissionfassung des Gesetzentwurfs angenommen, wonach jedem Kongregationsmitglied unterlagt wird, in der Gemeinde, wo er früher unterrichtet, oder in einer Nachbargemeinde weiter zu unterrichten, falls er nicht den Nachweis bringt, daß er tatsächlich säkularisiert ist. Sodann wird der Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung mit 329 gegen 66 Stimmen angenommen. Schließlich gelangt mit 308 gegen 14 Stimmen die Resolution Duiffon zur Annahme, wonach jede Kongregation aufgelöst ist, die durch Mittelpersonen eine oder mehrere bereits aufgelöste Instanzen neu errichtet hat.

Serbien.

Der Einzug des Königs Peter I. in Belgrad ist heute unter der bei solchen Anlässen üblichen Begeisterung und patriotischen Hofseligkeit vor sich gegangen. Es wurde viel „Jivio“ geschrien, die Musikkapellen spielten, die Führer der Deputationen und der Ministerpräsident Avramowitsch hielten schöne Ansprachen usw. Die fremden Gesandten nahmen nicht an dem Trubel teil. Nur der russische und der österreichische Gesandte waren zur Begrüßung am Bahnhof erschienen. Die Gesandten Englands, Frankreichs, Hollands und der Türkei sind am Dienstagabend von Belgrad abgereist. Die Gesandten Deutschlands, Italiens, Belgiens und Rumäniens sind zwar in Belgrad zurückgeblieben, nahmen aber von dem Einzug keine Notiz. —

Die serbischen Sozialisten und das neue Regime. Das Komitee der serbischen Sozialisten in Genf veröffentlicht im „Peuple de Genève“ eine Erklärung, in der es heißt, daß die serbischen Sozialisten die Bluttaten im Konflikt mit Belgrad ebenso verurteilen wie die Gewalttaten in jedem andern Falle. Sie erwarten von dem Regierungswechsel keinerlei Besserung der politischen und sozialen Verhältnisse, sie befürchten im Gegenteil, daß der Militarismus durch die letzten Ereignisse ein großes Übergewicht zum Schaden des Volkes erlangt hat. Die Konstitution von 1888, die Peter wieder herstellen wollte, sei zwar weniger schlecht als die spätere, aber in das Lob, das ihr gesendet werde, könnten sie (die serbischen Sozialisten) nicht mit einstimmen. Wenn der neue König halten wolle, was er versprochen habe, nämlich wenn er sich die Schweiz zum Vorbild nehmen wolle, so müsse er vor allen Dingen das allgemeine gleiche Wahlrecht einführen. Nur wenn durch eine neue Verfassung die Rechte des Königs beschränkt und ein Wahlrecht gegeben werde, könnten für das serbische Volk die blutigen Ereignisse von Belgrad der Beginn einer neuen Epoche gesunder Entwicklung bilden. —

Rumänien.

Zum Renten-Auflösungswinkel. Die Angelegenheit der betrügerischen Forderungen der rumänischen Rente wurde vom Untersuchungsrichter zur Beurteilung an das Justizpolizeigericht verwiesen. In derselben sind die Beamten des Finanzministeriums Parisiano und Dumitresco, der Wechsel Makharay und dessen Bruder, der Wechsel Behar sowie der Bankbeamte Wally wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, die beiden letztgenannten außerdem wegen Erpressungsversuches gegen die Diskontogesellschaft und den rumänischen Staat angeklagt worden. Die Hauptverhandlung findet am 2. Juli statt.

Amerika.

Lynchjustiz. Ein großes Schlaglicht auf die Humanität und Bestimmung der amerikanischen Bevölkerung wirft der nachfolgende Bericht über einen Akt brutalster Lynchjustiz, der vor einigen Tagen in Wilmington an einem Neger vollzogen worden ist.

Die Vollstreckung des Lynchurteils gegen den Neger George White, der, wie bereits gemeldet, am Montag in Wilmington (Delaware), nicht weit von Philadelphia und New York entfernt, lebendig verbrannt wurde, gestaltete sich zu einem wahren Volksfest, bei welchem namentlich die Teilnahme zahlreicher Frauen zu bemerken war. Die elektrischen Bahnen trugen dem Andrang des Publikums durch Einlegung von Sonderzügen Rechnung. Bei der Verbrennung Whites wurde eine Grausamkeit an den Tag gelegt, die selbst bei Lynchgerichten ungewöhnlich ist. Nachdem White von der Volksmenge aus dem Gefängnis herausgeholt worden war, welches die Polizei unter Benützung ihrer Schutzaffen vergeblich gegen die Stürmenden zu verteidigen versuchte, wurde er an den Ort geführt, wo er sein Verbrechen, Vergewaltigung und Ermordung eines weißen Mädchens, verübt hatte. Hier wurde ein Scheiterhaufen errichtet, der Regner darauf gestellt und in aufrechter Stellung erhalten, bis das inzwischen entzündete Feuer seine Kleidung in Brand gesteckt hatte. Dann wurde er mit dem Gesicht nach unten in die lodernden Flammen geworfen. Als die ihn fesselnden Stricke durchgebrannt waren, gelang es White für einen Augenblick, mit mächtigem Sprunge dem Scheiterhaufen zu entkommen. Er wurde jedoch sofort wieder ergriffen, von neuem gefesselt und in die Flammen zurückgeworfen, während die versammelte Menge seinen vergeblichen Versuch, sich zu retten, mit Hohn und Spottrufen ausnahm und dazu auf Signalhörnern eine Kagenmusik veranstaltete. Der Lärm dauerte so lange, bis White kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Dann verließen die Zuschauer den Ort der Hinrichtung unter lautem Pöbeln und setzten ihre Treiben auch noch auf dem Heimwege fort, wobei sie sich benahmen, als lehrten sie von einer großen Landpartei zurück.

Aus Industrie und Handel.

Rohisen-Produktion des Deutschen Reiches. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohisen-Produktion des Deutschen Reiches (einschl. Luxemburgs) im Monat Mai 1903 auf 858 811 Tonnen, darunter Siedereisen 155 841 Tonnen, Bessemer-Rohisen 69 027 Tonnen, Thomas-Rohisen 510 215 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 57 623 Tonnen und Puddel-Rohisen 87 105 Tonnen. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1903 wurden produziert 4 042 730 Tonnen gegen 3 318 703 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Bank für Bergbau und Industrie, Berlin. Nach dem Geschäftsbericht war das wichtigste Ereignis des abgelaufenen Geschäftsjahres die Ausführung des in der letzten Generalversammlung beschlossenen Rückkaufs von nom. 3 000 000 M. Aktien. Er konnte zu einem Durchschnittskurse von 35,26 Proz. bewirkt werden. In der Bilanz tritt der buchnmäßige Erfolg dieses Rückkaufs noch nicht hervor, da wegen des geschlossenen Sperrjahres der Rückkauf erst mit dem 14. Oktober d. J., an welchem Tage die zurückgekauften Aktien einzulösen sind, praktisch durchgeführt sein wird. Der Verlustsaldo wird sich im nächsten Jahre durch diese Transaktion um 1 942 133 M. verringern. Die Bilanz weist eine wesentliche Ermäßigung des Verlustsaldoes nicht auf, weil die auf Zinsen, Provisions-, Effekten- und Konfiskationskonten erzielten Ueberläufe zum Teil zu weiteren Abschreibungen verwendet wurden. Diese Ueberläufe betragen nach Abzug der Kosten von 36 192 M. und nach Abhebung von 38 910 M. Verlust auf Effekten-Konfiskations-Konto 36 841 M. Dadurch ermäßigt sich die Unterbilanz vom Vorjahre von 4 040 878 M. auf 4 913 037 M.

Die Kongo-Eisenbahngesellschaft hat soeben auf Kosten der belgischen Steuerzahler ein sehr feines Geschäft gemacht. Mit 32 gegen 20 Stimmen und 7 Stimmenthaltungen hat die Kammer den Vertrag, der zwischen dem belgischen Staat und der oben genannten Gesellschaft abgeschlossen ist, bestätigt. Das Kapital dieser Gesellschaft beträgt 30 Millionen Fr., von denen 15 Millionen dem Staat und 15 Millionen belgischen und ausländischen Kapitalisten gehören. Von den Ueberläufen erhält der belgische Staat unverhältnismäßig wenig. B. U. wurden die Ueberläufe im Jahre 1900 in folgender Weise verteilt: Der belgische Staat 1 150 000 Fr., die Aktionäre 8 729 000 Fr. und auf die Gründungsaktien entfielen 2 032 752 Fr. Der belgische Staat hätte nur das Recht gehabt, am 1. Juli d. J. die Eisenbahn zu übernehmen und die Aktionäre mit 500 Fr. pro Aktie abzufinden. Die Aktie hat heute einen Wert von 1300 Fr. In dem die Regierung von dem Rückkauf absah, machte sie den Aktionären also ein Geschenk von 24 Millionen Frank. Als Entschädigung für ihr Verhalten giebt die Regierung an, daß sie damit eine Herabsetzung der Fahrpreise und Transport-Tarife erreicht habe. Diese hätte aber niemals eintreten müssen, nachdem der Nettoüberschuß die Summe von 8000 Fr. pro Kilometer bei weitem übersteigt. (Innerhalb der letzten 8 Jahre wurde an Netto-Uberschuß von 17 000 bis 25 000 Fr. pro Kilometer erzielt.)

Vom Stahlsturz. Die „Evening Post“ verbreitet, wie telegraphisch aus New York gemeldet wird, ein bisher unbestätigtes Gerücht, wonach ein Demissionsgesuch des Vorsitzenden der Stahlkorporation Ende der Woche gemeldet werden würde. In gewöhnlich gutunterrichteten Kreisen wird dem Gerücht Glauben beigemessen.

Herr Schwab geht also, nachdem er schon neulich unter der Hand den größten Teil seines Besitzes an Stahlstahlhohes an der New Yorker Börse abgestoßen hat. Er ist geschickt.

Die Stichwahl im ersten Berliner Kreise.

Im großen Saal von Dräsel, Neue Friedrichstraße, hatten sich am Dienstag auf die Einladung des sozialdemokratischen Wahlkomitees bereits vor 1/9 Uhr so viel Wähler des ersten Wahlkreises eingefunden, daß die Polizei schleunigt zur Absperzung schritt. Ein Kriminalbeamter mußte die Eintretenden zählen, damit ja nicht die von der hohen Obrigkeit für den Saal vorgeschriebene höchstzulässige Besucherzahl überschritten werde. Auf zur Stichwahl! So lautete das Motto für das Referat des Genossen Victor Frankl. Die gewaltigen Erfolge der Sozialdemokratie am 16. Juni prägen, so meinte Redner, eine deutliche, unüberlegbare Sprache, und es bedürfe nichts gegen die Sozialdemokratie, wenn wirklich eine Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen von Nichtsozialdemokraten herührten. Es beweise nur, daß die Sozialdemokratie immer mehr als der wahre Hort von Freiheit und Gerechtigkeit erkannt werde. (Wieselsches Bravo.) Redner verwies dann auf das iberische Schauspiel, daß sämtliche bürgerlichen Parteien ihre Prinzipien und Programme preisgäben, um jetzt schnell noch ein paar Mandate zu erraffen. Besonders wies er an der Hand von Flugblättern und der sonstigen freimüthigen Stichwahl-Agitationsmittel im ersten Berliner Wahlkreis nach, wie sehr gerade hier der Freisinn jeder Selbstschätzung besitz sei. Wer es ernst meine mit Freiheit und Gerechtigkeit, dürfe nicht dem Freisinnigen, sondern müsse Leo Arons seine Stimme geben, damit die Hauptstadt des Deutschen Reichs am 25. Juni die Hauptstadt der Sozialdemokratie werde. (Stürmischer Beifall.) — Genosse Leo Arons, aufs lebhafteste begrüßt, nahm dann das Wort zu einem Vortrag, in welchem er hauptsächlich, verschiedene Wünsche folgend, über das Thema „Sozialdemokratie und Mittelstand“ sich ausließ. Unter Vertretung der Zahlen der Statistik erbrachte er den Nachweis, daß die Reduzierung des Handwerkers und des kleinen Kaufmanns eine Folge der kapitalistischen Entwicklung und ihrer sozialen Begleiterscheinungen sei, und daß, solange die heutige Gesellschaft existiere, ihnen einzig und allein durch eine allgemeine Hebung der sozialen Lage der drei Klassen Vollaufen genügt werden könne, wie sie die Sozialdemokratie anstrebe. Und ihrer Nachkommenschaft biete der Sozialismus eine gesicherte, freudvolle Existenz. Aber nicht nur Sozialisten, auch Demokraten müßten wir sein. Deshalb stimmte jeder am 25. Juni für die Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, an der sich verschiedene Freunde und Gegner der Sozialdemokratie beteiligten. Es war dem Genossen Arons ein leichtes, die gegen die Sozialdemokratie vorgebrachten Einwürfe zu widerlegen. Jubelnd stimmte die Versammlung ihm zu; die dann mit brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie ausbrach. — Ein außerordentliches Polizeiaufgebot füllte zwecklos die Straße. Wo drei zusammenstanden, um von einander Abschied zu nehmen, war auch schon ein Schutzmann da, sie zum Weitergehen aufzufordern.

Am Tage vor der Wahlschlacht im ersten Berliner Wahlkreise hatte das sozialdemokratische Wahlkomitee noch einmal die Wähler zu einer letzten Klärung der Meinungen zusammenberufen. In Tausenden waren sie dem Aulse gefolgt. Der Riesenaal des Feenpalastes mit seinen weiten Galerien war bereits um 8 Uhr bis zum letzten Platz gefüllt, so daß die außerordentlich stark vertretene Polizei zur Absperzung schritt. Als der sozialdemokratische Kandidat Genosse Dr. Leo Arons auf der Tribüne erschien, wurde er stürmisch bewillkommnet. Genosse Arons holte zu einer wichtigen Kritik freisinnigen Heldentums aus, die die Versammelten oft zu Beifallstundgebungen hinriß. Als Antwort auf die Frage, weshalb das freisinnige Bürgerium nicht den Einfluß habe, den es nach Meinung des freisinnigen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien im ersten Wahlkreise, kämpf, nach seiner Steuerkraft und Intelligenz haben müßte, verwies Redner auf die Abgabe Johann Jacobs an den Freisinn (Sozialdemokratie). Danach habe der Freisinn keine Zukunft wegen seines Mangels an Entschiedenheit im Kampfe mit den Gegnern. Den Beweis hierfür erbrachte Redner gründlich; die Mittel dazu bot ihm das reichhaltige Material der parlamentarischen Geschichte des Reiches, des Staates und der Kommune sowie der politische Kampf der letzten Zeit. Der Freisinn habe im Grunde geflüßt und in der Luft gebaut, wie es der freisinnige Volksmann Waldeck für den Fall vorausgesetzt hatte, daß das Bürgerium nicht die traurigen Ueberbleibsel des Feudalstaates besitze. Nach dem Sündenregister des Freisinn entrollte Genosse Arons das Programm der Sozialdemokratie. Sein Naturruf, der Sozialdemokratie den Sieg zu sichern, fand brausenden Widerhall. — Zur Debatte meldete sich als Gegner nur der nationalsoziale Herr Hagena, aus dessen Ausführungen hervorging, daß er eine starke Linke im Reichstage wünscht, die Sozialdemokraten für die besten Liberalen hält und es gern sähe, wenn die Sozialdemokratie monarchisch würde. — Genosse Arons antwortete kurz in einem Schlusswort, das in ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausklang, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Unter Hochrufen auf den Kandidaten trennte man sich.

Auf der Straße erregte das Raffenaufgebot von Schutzleuten bei den ruhig ihres Weges gehenden Wählern einiges Auffsehen.

Sociale Rechtspflege.

Gastwirtsgehilfen-Verordnung und Gäste bedienende Hausdiener. Der Gastwirt Vandelow beschäftigte einen Hausdiener, der vertragsmäßig außer den üblichen Hausdienerarbeiten noch Stellendienste zu verrichten hatte. Seine Thätigkeit begann morgens um 7 Uhr und währte bis zum Geschäftsabschluss, oft bis 1 Uhr nachts. Die Vorschriften der Bundesrats-Verordnung, welche zum Schutze der Kellner ist, wurden nicht befolgt. Insbesondere schloß das Verzeichnis mit den vorgeschriebenen Eintragungen über Ruhezeit. Vandelow wurde deshalb wegen Uebertretung der Verordnung angeklagt und in zweiter Instanz auch verurteilt. Er legte Revision ein und befrucht die Anwendbarkeit der Verordnung auf Hausdiener, die mit Kellnerdiensten betraut werden. Wenn die Verordnung von Personen inrede, die als Kellner beschäftigt wurden, dann meine sie richtige Kellner und nicht Hausdiener, die zeitweilig und nebenbei auch bedienten.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision mit der Begründung, daß die Bundesrats-Verordnung mit Recht angewendet worden sei.

Kündigungsausschluß durch Arbeitsordnung. Die Kartonnagenarbeiterin J. beanspruchte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von ihrem früheren Arbeitgeber Kohrig eine vierzehntägige Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung. Ihr wurde entgegen gehalten, daß ja durch die Arbeitsordnung in der Fabrik die gesetzliche Kündigungsfrist ausgeschlossen sei, worauf sie erwiderte, daß man ihr nicht ein Exemplar der Arbeitsordnung ausgehändigt habe. Sie kenne ihren Inhalt nicht, wenn sie auch gesehen habe, daß ein entsprechendes Plakat aushänge. Sie sei auch nicht auf die Arbeitsordnung verwiesen worden. Nach erfolgter Beratung wurde die Klägerin dringend ermahnt, die Klage zurückzunehmen. Das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß in Betrieben von mehr als 20 Arbeitern, wofür die Arbeitsordnungen obligatorisch vorgeschrieben seien, der bloße Aushang der Arbeitsordnung genüge, ihren Inhalt für die beschäftigten Personen verbindlich zu machen. Die Vorschriften, daß in solchen Betrieben den Arbeitern je ein Exemplar der Arbeitsordnung auszuhändigen sei, andere daran nichts. Das sei nur eine Ordnungsvorschrift. — Fräulein J. nahm die Klage zurück.

Versuch der Verteilung zum Kontraktbruch als Entlassungsgrund. Wegen eine Lohnentschädigungsklage mehrerer Arbeiterinnen wandte der Beklagte B. ein, er habe die Klägerinnen plötzlich und ohne vorherige Kündigung entlassen dürfen, weil sie versucht hätten, seine andern Arbeiterinnen zum Kontraktbruch zu verleiten. Die Verhandlung vor dem Berliner Gewerbegericht ergab, daß bei verschiedenen Arbeiterinnen eine gewisse Nichtstimmung gegen die Direktrice herrschte. Es fielen Aeußerungen, die auf eine Beseitigung der Direktrice abzielten. Zum Beispiel sagte die eine Klägerin: Wenn wir uns alle zusammethun, dann muß die Direktrice gehen, oder wir gehen alle. Zwei Kolleginnen, die sich passiv verhielten, wurde zugeredet, sich anzuschließen. Es kam jedoch nicht zum Streit. Die Angelegenheit wurde nach etwa 14 Tagen dem Arbeitgeber hinterbracht, der die Entlassung der „Aufwieglerrinnen“ anordnete. — Das Gewerbegericht wies die Klägerinnen ab, indem es als festgestellt erachtete, daß sie versucht hätten, ihre Mitarbeiterinnen zum Kontraktbruch, d. h. zu einer gegen die Befehle verstoßenden Handlung zu verleiten. Der Versuch zu einer solchen Verteilung sei ein Entlassungsgrund gemäß § 123 Nr. 7 der Gewerbe-Ordnung. Daß die Entlassung erst 14 Tage nach dem Vorfalle erfolgte, sei unerheblich gegenüber der Thatsache, daß der Beklagte erst 14 Tage später davon erfuhr. Demnach § 123 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung sei die Entlassung auf Grund des § 123 Nr. 1—7 nur dann nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegende Thatsache dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt seien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englisches Unterhaus.

London, 24. Juni. Auf eine Anfrage erklärt Minister Chamberlain, der Oberkommissar für Kanada habe namens der kanadischen Regierung in den Jahren 1898 und 1899 Vorstellungen wegen der Tariffrage erhoben, die durch den englischen Vorkämpfer in Berlin zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht worden seien. Im Jahre 1901, als sich diese Vorstellungen fruchtlos erwiesen hätten, habe die kanadische Regierung die Angelegenheit mit dem deutschen Generalkonsul in nicht formeller Weise besprochen. Seit 1901 sei kein formeller Gehörtausch mit der kanadischen Regierung über den Gegenstand gepflogen worden.

Bonn, 24. Juni. (O. S.) Wegen Verbreitung von Falschgeld wurde heute vom Schwurgericht der Tischler Heinrich Bourbones aus Vergerhof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Trier, 24. Juni. (O. S.) In den beiden letzten Nächten sank die Temperatur in der Eifel auf den Gefrierpunkt; auf den Höhen hat es gereist.

Prozeß wegen Beleidigung des Hofpredigers a. D. D. Stöcker.

Königsberg, 23. Juni.

Ueber den Stöckerprozeß in Königsberg, von dem wir gestern schon kurz berichteten, geht uns noch der folgende eingehendere Bericht zu:

Nach Verlesung des Anklagebuchs bemerkt Angeklagter Röske

auf Befragen des Vorsitzenden: Er habe den Artikel selbst verfaßt und übernehme dafür die volle Verantwortung. Stöcker habe im Reichstage auf eine Rede von Belieben die Bemerkung gemacht: Der Begründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, habe er selbst im Duell gefallen. Es sei also eine Unwahrheit, wenn die Sozialdemokraten behaupten, sie seien die größten Gegner des Duells. Der „Ostpreussische Landbote“ sei ein sozialdemokratisches Blatt, er (Angeklagter) sei also berechtigt gewesen, den unehrenhaften Angriff Stöckers zurückzuweisen, denn es sei absolut unwahr, daß außer Lassalle sich jemals ein Sozialdemokrat duelliert habe. Es sei auch zur Genüge bekannt, daß die Sozialdemokratie von jeher das Duell als etwas Unnützes auf das entschiedenste bekämpft habe. Um diesen Angriff in gehöriger Weise zurückzuweisen, habe er es für notwendig erachtet, darauf hinzuweisen, daß Stöcker in einem Beleidigungsprozeß in Berlin wesentlich unter seinem Eide die Unwahrheit gesagt habe. Dies sei nicht bloß vielfach von sozialdemokratischen, sondern auch von vielen bürgerlichen Zeitungen demokratischen bezw. freisinniger Richtung, ja selbst einmal vom „Bladderbach“ behauptet worden. Im übrigen sei Stöcker in dem Beleidigungsprozeß wider den Redakteur der verflochtenen „Freien Zeitung“ in Berlin (freisinnige Richtung) der wesentlichen Unwahrheit überführt worden.

Vorsitzender: Wir werden zunächst das Erkenntnis im Prozeß gegen Stöcker,

das die zweite Strafkammer des Landgerichts Berlin I am 18. Juni 1885 gesprochen hat, verlesen.

Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Meyer: Ich protestiere gegen die vollständige Verlesung des Erkenntnisses. Es genügt, wenn die auf diesen Prozeß bezüglichen Stellen verlesen werden. In dem Erkenntnis sind außerdem eine Anzahl Aussagen von Zeugen enthalten, die zum Teil noch leben, also als Zeugen vernommen werden können.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase: Ich kann nur meinen bereits früher gestellten Antrag auf vollständige Verlesung des Erkenntnisses wiederholen. Das Erkenntnis ist als Beweismittel beigebracht, es muß daher auf Grund der klaren Bestimmungen der Strafprozeß-Ordnung vollständig verlesen werden.

Staatsanwalt Wagner: Ich muß mich dem Antrage des Herrn Verteidigers anschließen. Durch eine bloß teilweise Verlesung des Erkenntnisses würde sofort ein Revisionsgrund geschaffen werden. Es soll durch die Verlesung des Erkenntnisses auch nicht der Beweis geführt werden, daß das, was in dem Erkenntnis gesagt ist, wahr sei, sondern nur angeführt werden, welches Urteil ein Berliner Gerichtshof gefällt hat.

Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, das Erkenntnis vollständig zu verlesen.

Staatsanwalt: Vor der Verlesung habe ich an den Angeklagten noch einige Fragen zu stellen. Herr Röske, wodurch wurden Sie so sehr erregt?

Angekl.: Weil Hofprediger Stöcker, wie schon vielfach, aber meine Partei

eine Unwahrheit

behauptet, der hiesige „Volksfreund“ dieselbe weiterverbreitet und zu einem Angriff gegen die sozialdemokratische Partei benutzt hatte.

Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, wie viel Mal Hofprediger Stöcker im Reichstage

„Reineidschwüre“

genannt wurde? Sie haben behauptet: Hundert Mal.

Röske: Wie viel Mal das geschehen ist, kann ich natürlich nicht sagen, ich weiß bloß, daß es vielfach geschehen ist.

Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Meyer: Es kann der Nachweis geführt werden, daß dieser Jurus ein einziges Mal im Reichstage gefallen ist, von einem Redner ist der Ausdruck niemals gebraucht worden.

Vors.: Hierüber ist wohl auf das Zeugnis des Herrn Zuhauer Bezug genommen.

Vors.: So ist es.

Es wird alsdann das erwähnte Erkenntnis wider Stöcker verlesen. Die Verlesung dauert etwa 1 1/2 Stunden. Hofprediger Stöcker erbittet danach in seiner Eigenschaft als Nebenkläger das Wort. Das verlesene Erkenntnis hat zur Zeit meiner Disziplinarbehörde, dem Evangelischen Oberkirchenrat vorgelegen, dieser hat aber keine Veranlassung gehabt, gegen mich vorzugehen. Der Justizrat des Evangelischen Oberkirchenrats hat das Erkenntnis ein Konstrukt genannt. Dasselbe enthält eine Reihe schwerer Irrtümer. Ich bin in der Lage, sofort durch Nennung von Zeugen fünf schwere Irrtümer nachzuweisen. Im übrigen hat auch der verstorbenen Reichsgerichtsrat a. D. Bähr, nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter, das Erkenntnis einer vernichtenden Kritik unterzogen. Vielleicht ist es gestattet, diese Schrift vorzulesen.

Der Vertreter des Nebenklägers beantragt, die hiesige Schrift zu verlesen. — Staatsanwalt und Verteidiger widersprechen dem Antrage. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, da es gleichgültig sei, welche Kritik ein früherer Richter über das verlesene Erkenntnis geübt hat. — Es werden alsdann mehrere Reichstags- und Landtagsreden verlesen.

Es wird danach

Stadtvorordneter Ewald-Berlin als Zeuge

aufgerufen: Im Januar 1884 ist vor dem Schöffengericht in Berlin Stöcker in einem von dem Redakteur Verndt gegen mich, Zuhauer usw. stattgefundenen Beleidigungsprozeß als Zeuge erschienen. Hofprediger Stöcker sagte damals, nachdem er vereidigt worden war: „Ich sehe Herrn Ewald heute zum erstenmal.“ Ich erhole mich darauf und sagte: „Herr Hofprediger, Sie kennen mich!“ Der Vorsitzende sagte: „Herr Hofprediger, was sagen Sie dazu?“ Herr Stöcker erwiderte:

„Ich kenne Herrn Ewald nicht!“

— Ich bemerkte nun: Ich war Anfang der 1880er Jahre gewissermaßen Führer der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung in Berlin. Im Jahre 1883 kam ein Mann, Namens Krauß, zur Zeit Redakteur des „Christlichsozialen Korrespondenzblattes“, zu mir und sagte: Er komme zu mir im Auftrage des Hofpredigers Stöcker mit der Frage: ob ich zur christlichsozialen Partei übertreten wolle. Ich wolle eine große Rolle in der Deffentlichkeit spielen, wenn ich mich

nur von Bebel und Liebknecht loslösen

wolle. Ich antwortete Herrn Krauß: Geben Sie sich keine weitere Mühe, ich bin Sozialdemokrat. Krauß ist drei bis viermal bei mir gewesen. Als er einsah, daß seine Bemühungen keinen Erfolg hatten, ist er nicht mehr wieder gekommen. Herr Stöcker hat auch später zugegeben, daß dieser Herr Krauß sein Mittelsmann war.

Kurze Zeit darauf, fand in der „Tonhalle“ in Berlin eine Versammlung der christlichsozialen Partei statt. In dieser war Stöcker Vorsitzender und Meixner. Stöcker beschimpfte in dieser Versammlung die sozialdemokratische Partei. Ich meldete mich deshalb zum Wort.

Stöcker sagte: „Der bekannte Vergolder Ewald hat das Wort.“

Ich stand dicht neben Stöcker. Gleich als ich begann, wurde ich durch Lärm und Juruse wie Gallante, Judenwecht usw. unterbrochen. Herr Stöcker sagte zu mir: „Seien Sie unbesorgt, ich werde Ihnen schon Ruhe verschaffen.“ Der Lärm wurde aber immer größer und die Juruse vermehrten sich. Ich versuchte trotzdem weiterzusprechen. Da wurde gerufen: „Der Herr scheint sich aus den Jurufen gar nichts zu machen, er scheint Sozialdemokrat zu sein.“ Ich rief: „Jawohl, meine Herren, ich bin Sozialdemokrat.“ In diesem Augenblick warf Stöcker meinen Hut zur Erde und der Polizeikommissar erklärte mich für verhaftet. Es wurden Schirme und Stöcke gegen mich erhoben, ein Schutzmann mußte blank ziehen, um mich gegen die Wut der Menge zu schützen. Etwa im November 1888 wurde von Eugen Richter in der „Breslauer Morgenzeitung“ der Vorwurf gegen mich erhoben: ich palliere mit der christlichsozialen Partei. Ich briefte deshalb nach dem „Neuen Gesellschaftshaus“, der sogenannten „Alten Linde“, in Berlin eine Volksversammlung und lud die Herren Eugen Richter und Hofprediger Stöcker schriftlich zu dieser Versammlung ein. Eugen Richter erschien nicht. Es waren mindestens 2000 Personen in der Versammlung. Mäßig machte sich in der Versammlung eine Bewegung geltend, es hieß, Hofprediger Stöcker sei in den Saal getreten.

Stöcker kam auf das Podium, reichte mir die Hand, begrüßte mich mit den Worten: „Guten Abend, Herr Ewald!“

und setzte sich neben mich. Die erste Rede hielt ich. Alsdann nahm Stöcker und nach dem der verstorbenen Abg. Krauß das Wort. Während der Rede Krauß wurde die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes polizeilich aufgelöst.

Ich habe mich alsdann noch längere Zeit Auge in Auge mit Stöcker unterhalten.

Vors.: Wann war der Prozeß wider Verndt?

Ewald: Soweit ich mich erinnere, im Januar 1884.

Vors.: War es nicht im Januar 1885?

Ewald: Nein, ich wurde am 13. Dezember 1884 aus Berlin ausgewiesen, es muß also im Januar 1884 gewesen sein.

Vors.: In dem Erkenntnis wider Stöcker ist erwähnt, daß der Prozeß Verndt im Januar 1885 war.

Ewald: Das kann nicht sein, denn im Januar 1885 war ich bereits ausgewiesen.

Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Meyer, beantragt einen Bescheid des Berliner Ersten Staatsanwalts an den Berichterstatter Kunzendorf in Berlin zu verlesen, daraus werde hervorgehen, daß der Prozeß wider Verndt im Januar 1885 stattgefunden hat. — Nach kurzer Beratung lehnt der Gerichtshof den Antrag ab.

Vors.: Sind Sie sonst noch einmal mit Hofprediger Stöcker zusammengetroffen?

Ewald: Jawohl, Herr Hofprediger Stöcker erschien einmal in einer Berliner Vertrauensmänner-Versammlung, in der auch der Abgeordnete Singer zugegen war. In dieser machte Hofprediger Stöcker auch den Versuch, uns für seine Partei zu gewinnen. In dieser Versammlung habe ich allerdings mit Herrn Stöcker nicht gesprochen.

Der folgende Zeuge ist der bisherige Abgeordnete

Zischnermeister Zuhauer-Berlin.

Dieser wird, ebenso wie Ewald, unter vorläufiger Aussetzung der Verteidigung, vernommen. Er bekundet auf Befragen des Vorsitzenden: Der Jurus „Reineidschwüre“ sei wohl im Reichstage mit Bezug auf Stöcker mehrfach erfolgt. Wie dies geschehen sei, ob der Ausdruck auch von einem Abgeordneten in einer Rede gebraucht worden, sei ihm nicht erinnerlich. Im weiteren bestätigt der Zeuge im wesentlichen die von Ewald bekundeten Vorgänge in der im „Neuen Gesellschaftshaus“ in Berlin stattgefundenen Versammlung und in der Prozeßverhandlung wider Verndt. Er wisse sich aber auch nicht zu erinnern, ob dieser Prozeß im Januar 1884 oder 1885 war.

Danach wird Abgeordneter Hofprediger Stöcker

ebenfalls unter vorläufiger Aussetzung der Verteidigung als Zeuge vernommen. Ich habe an die hier in Rede stehenden Vorgänge die Erinnerung verloren, ich bin aber entfernt, das, was die Herren Ewald und Zuhauer hier ausgesagt und wohl auch beschworen werden, abzuleugnen. Es ist leicht möglich, daß ich mit Herrn Ewald in der Tonhallen-Versammlung gesprochen habe. Man muß sich nur vergegenwärtigen: ein Mann, der sich zum Wort gemeldet hat, kommt zur Treppe hinauf. Sobald er aber zu sprechen beginnt, dreht er dem Vorsitzenden den Rücken. Die Versammlung in der „Tonhalle“ ist mir wohl erinnerlich, ich erinnere mich aber nicht, in dieser mit Herrn Ewald gesprochen zu haben. Auch die zweite Versammlung ist mir erinnerlich. Ich erinnere mich, eine Einladung zu dieser Versammlung erhalten zu haben.

Ich hielt es für meine Pflicht, in diese Versammlung zu gehen, um Herrn Ewald zu bezugen, daß der gegen ihn erhobene Vorwurf, er habe gegen seine Partei Verrat geübt, unwahr sei.

Ich glaube nicht, daß Herr Krauß von mir beauftragt war, Herrn Ewald zu besuchen, denn solche Leute müsse ich selbständig zu handeln. Ich gebe aber die Möglichkeit zu, daß Herr Krauß mit meinem Einverständnis zu Herrn Ewald gegangen ist. Ich gebe auch die Möglichkeit zu,

daß ich in der Versammlung im „Neuen Gesellschaftshaus“ mit Herrn Ewald gesprochen habe.

Als ich aber in dem Prozeß Verndt als Zeuge vernommen wurde, war mir die Person Ewald

nicht mehr bekannt.

Wenn dieser Prozeß im Januar 1885 stattgefunden hat, dann war das unmittelbar nach den Reichstagswahlen, also zu einer Zeit, in der ich allabendlich zumeist in verschiedenen Versammlungen erschienen und sprechen durfte und täglich Tausende von Personen gesehen habe. Es wurde mir im übrigen damals von einem Polizisten in Berlin gesagt: es gebe in der Berliner sozialdemokratischen Bewegung mehrere Ewalds. Das Berliner Adreßbuch zählt mindestens 150 Ewalds auf. Ich hatte jedenfalls damals die Ueberzeugung, Herrn Ewald zum erstenmal zu sehen. Ich hatte auch nicht den mindesten Grund, zu Gunsten des Herrn Ewald eine Unwahrheit zu sagen und einen Meineid zu leisten. Es wäre doch auch geradezu Wahnsinn gewesen, wenn ich etwas unter meinem Eide hätte ableugnen wollen, was Tausende von Menschen gesehen haben.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase: Herr Hofprediger! Geben Sie zu, daß Sie bemüht waren, sozialdemokratische Führer, speziell Herrn Ewald, für die christlichsoziale Partei zu gewinnen?

Stöcker: Ich selbst habe jedenfalls einen solchen Versuch nicht gemacht, es ist aber möglich, daß christlichsoziale Persönlichkeiten, die im allgemeinen selbständig handeln, einen solchen Versuch unternommen haben.

Vers. Rechtsanwalt Haase: Geben Sie zu, Herr Hofprediger, daß Sie nach Veröffentlichung des bekannten Scheiterhaufenbroschures, den Sie im August 1888 an den bekannten Freiherren v. Hammerstein richteten, Sie von Zeitungen, die Ihnen politisch nahe stehen, wie der „Post“, den „Berliner Neuesten Nachrichten“, der „Lügenhaftigkeit“, der Doppeltgängigkeit und der Hinterlist gesprochen wurden, mit dem kein rechtshaffener Mann eine Gemeinschaft haben könne?

Hofprediger Stöcker: Ich habe solche Äußerungen, wie sie der Herr Verteidiger vorgebracht, nicht gelesen, ich gebe sie aber als möglich zu. Ich muß jedoch bemerken, daß die „Post“

mir niemals politisch nahe gestanden hat. Keine andre Zeitung hat mich wohl derartig angegriffen, wie gerade die „Post“. Hofprediger Stöcker bemerkt noch: er habe nur loyal gehandelt, als er im November 1880 im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt habe: der vierte Teil der Unterzeichner der bekannten Rotabehel-Erklärung zu Gunsten der Juden habe den Hergentanz um das goldene Kalb mitgemacht. Er habe die Namen der Leute, die diesen Hergentanz mitgemacht, nicht nennen wollen. — Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Meyer, beantragt, eine Reichstagsrede des Abgeordneten Singer zu verlesen, in der dieser erklärt habe: Es ist uns niemals eingefallen, Herrn Stöcker der des wissenschaftlichen Meineides zu beschuldigen.

Ewald bemerkt darauf auf Befragen des Vorsitzenden: Er halte seine Bekundung vollständig aufrecht, nur betrefse der Daten sei er nicht ganz sicher.

Vors.: Sie geben also die Möglichkeit zu, daß der Prozeß Verndt im Januar 1885 stattgefunden habe?

Ewald: Ich kann mir das nicht denken, da ich im Januar 1885 schon aus Berlin ausgewiesen war, auf meinen Eid will ich es aber nicht nehmen.

Ewald, Zuhauer und Stöcker werden danach vereidigt. Damit war die Beweisaufnahme beendet.

Staatsanwaltschaftsrat Wagner:

Ich gebe zu, daß der Zeuge Hofprediger Stöcker bei seiner Zeugenvernehmung objektiv von der Wahrheit abgewichen ist. Der Herr Zeuge würde allerdings vorzüglicher gehandelt haben, wenn er gesagt hätte: Soweit ich mich erinnere, sehe ich Herrn Ewald heute zum erstenmal. In keiner Weise ist aber doch auch nur im entferntesten der Nachweis erbracht, Hofprediger Stöcker habe wesentlich einen Meineid geleistet. Zu damaliger Zeit kam Stöcker täglich mit Tausenden von Menschen zusammen, es ist auch möglich, daß er auch mit andern Ewalds zusammengekommen ist. Als er nun nach Jahr und Tag Ewald in der Gerichtsverhandlung wieder sah, da erinnerte er sich aber nicht mehr, Ewald gesehen zu haben. Die Beweisaufnahme hat auch nicht ergeben, daß der Zeuge Stöcker in seiner im November 1880 gehaltenen Rede im Abgeordnetenhaus illoyal gehandelt habe, er wollte eben niemandem Kompromittieren. Er beantragt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, Publikationsbefugnis für den Zeugen Stöcker auf Kosten des Angeklagten im Berliner „Vorwärts“, im „Reichsbote“, in der „Königsberger Volkszeitung“, der „Ostpreussischen Zeitung“, der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ und der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase:

Ich halte den Vorwurf des wissenschaftlichen Meineides im Falle Ewald für erwiesen. Herr Stöcker kannte Ewald sehr genau. Er hatte ihn mehrfach gesprochen, ihm die Hand gegeben, ihn mit „Herr Ewald“ angesprochen und gefragt: „Wie geht es, Herr Ewald?“ Wenn Herr Stöcker jetzt sagt: er habe gehört, es gab in der sozialdemokratischen Bewegung mehrere Ewalds, so ist das nur ein Alibi. Herr Stöcker wußte genau, daß es sich nur um diesen Ewald, der damals Führer der politischen und gewerkschaftlichen sozialdemokratischen Bewegung in Berlin war, handeln konnte. Dafür spricht doch auch, daß er in der Tonhallen-Versammlung sagte: „Der bekannte Vergolder Ewald hat uns Wort gebeten“. Ein Zweifel konnte bei Herrn Stöcker über die Person Ewalds nicht bestehen.

Herr Stöcker hatte auch einen Beweggrund, die Bekanntschaft mit Ewald abzuleugnen. Es war ihm peinlich, zugegeben zu müssen, daß er bemüht war, Ewald zu bezugen, zu ihm überzutreten und somit Verrat an der eignen Partei zu üben. Herr Stöcker hat allerdings in Abrede gestellt, daß er bemüht war, sozialdemokratische Führer für seine Partei zu gewinnen, er hat aber die Möglichkeit zugegeben, daß Herr Krauß in seinem Auftrage Herrn Ewald besucht hat. Einen noch größeren Wert lege ich aber auf die Bemerkung Stöckers betreffs der Rotabehel-Erklärung im Abgeordnetenhaus. Herr Stöcker sagte: ein Viertel der Unterzeichner der Rotabehel-Erklärung habe den Hergentanz um das goldene Kalb mitgemacht. Als er nun gedrängt wurde, Namen zu nennen, da sagte er, er habe dies nur in gutartigerem Sinne gemeint. Er habe nicht sagen wollen: ein Viertel der Unterzeichner der Rotabehel-Erklärung habe als Gründer mitgewirkt, sondern nur, daß diese Leute sich zu Ausschüßräten bei Aktiengesellschaften haben mißbrauchen lassen. Diese offenkundige Ausrede hat der Zeuge Stöcker im Prozeß wider Verndt erbracht, er hat also damit einen wissenschaftlichen Meineid geleistet. Herr Stöcker hat eben nicht den Mut gehabt, die Wahrheit zu bekennen. Ich gebe zu, daß der Angeklagte sich einer formalen Beleidigung im Sinne des § 185 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hat. Allein dafür wird man eine kleine Geldstrafe für eine ausreichende Sühne erachten.

Das Erkenntnis

lautet, wie schon gestern mitgeteilt, auf drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hat wohl in der Bekundung des Hofpredigers Stöcker in der Verhandlung wider Verndt

eine objektive Unwahrheit

gefunden, denn es ist durch das Zeugnis des Herrn Ewald festgestellt, daß dieser zweimal mit Hofprediger Stöcker zusammengetroffen ist. Allein angesichts des Umstandes, daß Hofprediger Stöcker zur Zeit mit vielen Tausenden von Menschen zusammenkam, ist diesen zu glauben, daß ihm nach Verlauf von einem halben Jahre Ewald nicht mehr persönlich bekannt war. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß Stöcker dem Ewald die Hand gereicht und ihn mit „Herr Ewald“ angesprochen hat. Ebenso wenig hat der Gerichtshof für nachgewiesen erachtet, daß Stöcker betreffs der Rotabehel-Erklärung einen wissenschaftlichen oder sachlichen Meineid geleistet hat.

Bereins- und Versammlungsrecht der Frauen.

Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuchs hatten sich gestern der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Karl Leid und der Schriftsteller Abgeordneter Arthur Stadthagen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Am 10. Juni 1903 hielt der Angeklagte Stadthagen vor einer im „Adömer Hof“ in der Adömerstraße tagenden Volksversammlung, die von Männern und Frauen besucht war, einen Vortrag über das Thema: „Was wollen die Frauen von der Polizei?“ Er polemisierte dabei gegen § 8 des sogenannten Vereinsgesetzes oder der Verordnung vom 11. März 1850, wonach Frauen nicht als Mitglieder politischer Vereine aufgenommen werden, noch an den Versammlungen solcher Vereine teilnehmen dürfen. Dieser § 8 stehe im Widerspruch mit der preussischen Verfassung. Diese garantiere durch die Art. 4, 29 und 30 a l e n Preußen, also auch den Frauen, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Nur durch Gesetz könne die Ausübung des Vereinsrechts geregelt und könnten politische Vereine, Beschränkungen und vorübergehenden Verbote“ unterworfen werden. Der § 8 der Verordnung enthalte aber gegenüber dem weiblichen Teile der Bevölkerung ein dauerndes Verbot, also eine materielle Änderung der Verfassung. Die vorgeschriebene Form einer Verfassungsänderung sei bei der Schöpfung des sogenannten Vereinsgesetzes nicht gewahrt worden, da im Gegensatz zu der Vorfrist des Artikels 107 der preussischen Verfassung nur eine einmalige Abstimmung in beiden Kammern stattgefunden habe. Um die Frage der Rechtsgültigkeit einer reichsgerichtlichen Entscheidung zu unterziehen, wandte Stadthagen sich alsdann mit folgendem Appell an die anwesenden Frauen: „Lieben Sie Frauen

Das Vereins- und Versammlungsrecht aus, kimmern Sie sich nicht um die in § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 aufgeführten Schranken. Ich fordere Sie ausdrücklich zum Ungehorsam gegen die Vorschriften des § 8 des sogenannten Vereinsgesetzes auf; kimmern Sie sich nicht um seine Vorschriften, handeln Sie gegen seine Verbote, seien Sie ungehorsam gegen die in ihm enthaltenen Gebote und Verbote." — Ueber die Versammlung und diese Aufforderung Stadthagens hatte der "Vorwärts" einen zutreffenden Bericht gebracht und die an die Frauen gerichteten Stellen in gespanntem Druck wiedergegeben. Die Anklage nimmt auf Grund dieser Thatsache an, daß der Angeklagte Leid, entsprechend der Stellung des "Vorwärts" innerhalb der socialdemokratischen Partei, damit selbstständig die Aufforderung zum Ungehorsam habe wiederholen wollen. — Der Angeklagte Stadthagen gab zu, daß er die fragliche Aufforderung an die Frauen erlassen habe und zwar ausschließlich in der Absicht, endlich eine Entscheidung des Reichsgerichts über die Rechtswirksamkeit des § 8 der Verordnung herbeizuführen. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht führt aus, daß § 8 zu Recht bestünde und daß die Verordnung vom 11. März 1850 gültiges Gesetz sei, da es vorchriftsmäßig als solches publiziert sei und sich in Uebereinstimmung mit der Verfassung befinde, da es nur Beschränkungen enthalte. Der Richter habe nicht nachzuprüfen, ob das Gesetz gültig sei. Der Angeklagte Stadthagen habe sich daher gegen § 110 des Strafgesetzbuchs vergangen. Dasselbe müsse bezüglich des Angeklagten Leid behauptet werden. Die Stellung, die der "Vorwärts" innerhalb der socialdemokratischen Partei einnehme, sei bekannt. Im "Vorwärts" werden täglich Weisungen an die socialdemokratische Partei veröffentlicht, und die Socialdemokraten seien gewohnt, die Rathschläge und Weisungen des "Vorwärts" zu befolgen, und wenn der "Vorwärts" den Appell des Angeklagten Stadthagen in gespanntem Druck wiederhole, so wiederhole er selbst diese Aufforderung zum Ungehorsam. Der Staatsanwalt beantragte gegen Stadthagen 14 Tage, gegen Leid eine Woche Gefängnis.

Angellagter Stadthagen beantragt Freisprechung und Uebernahme auch der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse. Zum Ungehorsam gegen § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 habe er die Frauen aufgefordert. Das sei aber nicht strafbar, da § 110 lediglich Ungehorsam gegen ein gültiges Gesetz im Auge habe. § 8 sei materiell und formell ungültig, kein Gesetz. Zunächst entfällt lit. b (Zusammenkunftsbefehl), da dieser durch Reichsgesetz vom 11. Dezember 1899 aufgehoben ist. Als mögliche Ungehorsamkeiten der Frauen blieben drei übrig: a) Sie könnten politische Vereine bilden und in diesen als Mitglieder Frauen aufnehmen. Das ist nach Freisprechung des Reichsgerichts (Erkenntnis gegen den Arbeiterinnenverein vom 18. Februar 1887) strafbar. b) Frauen können sich als Mitglieder politischer Vereine aufnehmen lassen. Auch das ist nach § 16 strafbar. c) Sie können der Vorschrift des Absatz 2 zuwider Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine beizubehalten. Die Aufforderung zu diesen drei, teilweise strafbaren Ungehorsamkeiten ist nicht strafbar, weil § 8 kein Gesetz im Sinne des § 110 ist, da es kein gültiges Gesetz ist. Dem ihm stehen nach den drei angeführten Nichtigungen Artikel 29 und 30 der Verfassung gegenüber. Danach steht Versammlungsrecht und Vereinsrecht auch Frauen zu. Die Verfassung räumt dem Gesetz ausdrücklich nur das Recht ein, die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes, soweit es sich um Versammlungen in geschlossenen Räumen handelt, zu regeln. Die Aufhebung eines Rechts ist keine Vergebung einer Ausübung eines Rechts. Ferner läßt die Verfassung Beschränkungen und vorübergehende Verbote zu, nicht aber dauernde Verbote. Ungehorsam der Verfassung ist § 8, er aber habe zum Gehorsam gegen diese aufgefordert. Der Richter schuldet dem Gesetz nur "verfassungsmäßigen Gehorsam". Bei Widerstreit zwischen Verfassung und Gesetz geht die Verfassung vor. Dem sei ist das Staatsgrundgesetz, die höchste, beschworene Rechtsquelle, auf die die sämtlichen andern Gesetze erst beruhen. Erst dann verliert eine Vorschrift der Verfassung ihre Kraft, wenn sie durch eine Verfassungsnovelle aufgehoben oder abgeändert ist. Das ergebe sich auch aus Art. 109. Das sogenannte Vereinsgesetz bezieht sich nicht als Verfassungsänderungs-Gesetz, hat auch die nach Artikel 107 erforderlichen zwei Lesungen nicht passiert. Nun habe freilich das Oberverwaltungsgericht angenommen, es habe die Rechtswirksamkeit nach Artikel 106 der Verfassung nicht zu prüfen. Diese Ansicht, die sich auf Stengel, G. Meyer und andre Staatsrechtler stütze, ist eine irrige. Sie beruht auf völliger Verleugung des Wortlauts und der Entstehungsgeschichte des Artikel 106. Hervorragende Rechtslehrer wie Gneist, Wächter, Planl haben angenommen, der Richter habe die Gültigkeit der Gesetze zu prüfen. Artikel 106 spricht in seinem ersten Satz von der Notwendigkeit der Publikation der Gesetze und Verordnungen. Im zweiten Absatz schließt er die Prüfung der Rechtswirksamkeit von königlichen Rechtsverordnungen (Art. 63) aus, nicht aber die von Gesetzen. Die Entstehungsgeschichte, auf die Angellagter eingiht, erweist, daß der Vorstoß, die Prüfung der Rechtswirksamkeit von Gesetzen dem Richter anzuverleihen, abgelehnt ist. Außerdem widerspreche es der Logik, auf der einen Seite die Beobachtung des Art. 106 der Verfassung zu fordern, auf der andern Seite an der Beobachtung anderer Artikel der Verfassung (29 und 30) sich gehindert zu fühlen. Die Ausübung des richterlichen Amtes ist ohne Prüfung der Rechtswirksamkeit der Gesetze schlechterdings undenkbar. Zum mindesten kann der Gesetzgeber dem Richter nicht auferlegen, einem rechtswirksamen Gesetz gehorsam zu sein. Auf der einen Seite zu sagen: das Gesetz prüfe ich nicht, weil mir die Verfassung das verbietet, auf der andern Seite das beschworene Vereins- und Versammlungsrecht, das dieselbe Verfassung garantiert, als nicht vorhanden anzusehen, ist ein unlösbarer Widerspruch. Stehen sich zwei Gesetze entgegen, so hat das schwächere Gesetz, d. h. das Specialgesetz, das sein Recht erst aus der Verfassung ableitet, dem stärkeren, der Verfassung selbst, zu weichen.

Für den Angellagten Leid schloß sich Rechtsanwalt Dr. Heinemann dieser Rechtsdeduktion an und führte für seinen Klienten noch an, daß die Wiedergabe einer Rede nicht selbst die Aufforderung zum Ungehorsam, sondern nur die Erfüllung der publizistischen Pflicht darstelle. Ueberdies liegt in der Thätigkeit des verantwortlichen Medaillisten keine "Verbreitung", wie sie § 110 fordert. Der Staatsanwalt suchte darzutun: § 8 enthält nur eine "Beschränkung", kein dauerndes Verbot, da ja § 1 für die Heft der Wahlen die Verbote aufhebe. Stadthagen erwidert: Das ist irrig. § 8 trifft politische Vereine, § 21 schließt nur für Wahlvereine, die für eine konkrete Wahl gebildet werden, die Anwendbarkeit aus, für alle übrigen politischen Vereine bleibt sie bestehen.

Der Gerichtshof kam zur Verurteilung des Angellagten Stadthagen. Der Schwerpunkt liege in der Frage, ob der § 8 der Verordnung rechtswirksam sei oder nicht. Der Gerichtshof stehe auf dem Standpunkt, daß der Richter dies nicht nachzuprüfen habe, sondern daß es nur darauf ankomme, ob ein rechtswirksam verhängtes Gesetz vorliege. Dies sei der Fall. Ueberdies sei das Gericht der Ansicht, daß der § 8 keinen Verstoß gegen die Verfassung darstelle. Der Angell. Stadthagen habe sich deshalb gegen § 110 Strafgesetzbuch vergangen. Bei dem Angell. Leid habe der Gerichtshof eine Aufforderung zum Ungehorsam nicht angenommen, wenn auch der Verdacht nicht abzuweisen sei, daß der Angellagte die Sache benutzt hat, um entsprechend der Tendenz des "Vorwärts" im Sinne des Angellagten Stadthagen auf die Frauen zu wirken. Bei dem letzteren seien strafbare Vorbestrafungen, andererseits sei aber berücksichtigt worden, daß sein Motiv nur gewesen, eine Rechtsfrage zum Austrag zu bringen, und daß das, wozu er aufgefordert hat, doch nur mit einer geringen Strafe bedroht ist. Demgemäß habe der Gerichtshof gegen den Angellagten Stadthagen auf 14 Tage Gefängnis erkannt, den Angellagten Leid dagegen freigesprochen. — Gegen das Urteil ist Revision eingelegt. Bestreiden muß es, daß, wenn überhaupt Verurteilung erfolgt, auf Gefängnis erkannt wurde. Die geringe Strafe ist § 3 Mark. Das Verlangen, daß Richter die Rechtswirksamkeit eines Gesetzes prüfen und daß Frauen ihre durch Verfassung gewährleisteten Rechte ge-

brauchen sollen, ist doch keine Zumutung, die der Gesetzgeber mit Gefängnisstrafe belegen wollte. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte der Direktor Leuschner, der konservative Abgeordnete Busch gehörte zu den Beisitzern.

Prozeß gegen die Pommernbank.

In der Sitzung am Mittwoch, den 24. d. M., wurde über ein neues Kapitel der Anklage verhandelt. In demselben wird den Angeklagten Schulz und Komeid Untreue und Bilanzfälschung durch künstliche Erhöhung des Reingewinns und Verteilung zu hoher Lantienmen vorgeworfen. Es handelt sich dabei um folgende Vorgänge: Die Pommernbank hat sich von ihren Nebengesellschaften erhebliche Vergütungen und Entschädigungen überweisen lassen, welche sie als Gewinne in ihre Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen einstellte. Die Anklage behauptet, daß diese Posten wertlos waren und aus andren Gründen in der gegebenen Art nicht eingestellt werden durften. Diese Posten waren: 1. laut Bilanz vom 31. Dezember 1897 von der Immobilien-Verkehrsbank 446,500 Mark, 2. laut Bilanz vom 31. Dezember 1898 von der Immobilien-Erwerbsgesellschaft 1,450,000 Mark, 3. von der Immobilien-Verkehrsbank 427,000 Mark, 4. laut Bilanz vom 31. Dezember 1899 von der Immobilien-Erwerbsgesellschaft 1,450,000 Mark, 5. von derselben 75,000 Mark, 6. laut Bilanz vom 31. Dezember 1900 von der Immobilien-Verkehrsbank 955,000 Mark, zusammen 3,553,500 Mark. Die ganze Maßregel habe nur den Zweck gehabt, die Bilanzen der Pommernbank zu verbessern und die Lantienmen und Dividenden unrichtmäßig zu erhöhen. Da die Angeklagten an diesen Lantienmen teilgenommen, haben sich die Angeklagten nach der Ansicht der Anklage der Untreue und auch gleichzeitig der Bilanzfälschung schuldig gemacht.

Es erhebt sich über diese Behauptungen der Anklage eine sehr lange und lebhaft Debatte, in welcher zur Sprache kommt, daß die Pommernbank sich bereit erklärte, die von der Immobilien-Verkehrsbank in der Substation erworbenen Grundstücke, die sie f. Z. mit zusammen 4,825,300 Mark zu 4% Prozent beliehen hatte, mit 6,115,000 Mark zu 3%, Prozent zu beleihen, wenn dagegen der Pommernbank als Entschädigung für Provisionen und Zinsverlust 446,500 Mark vergütet würden. Angellagter Schulz sucht wiederholt darzulegen, daß ihm aus jener Transaktion kein Vorwurf zu machen sei, während Staatsanwalt Veed und Geh. Rat Hecht anderer Meinung sind. Letzterer erklärt das Verfahren vom Standpunkte einer soliden Hypothekbank für absolut unzulässig. Es sei schon an sich ein Zeichen von der Mißwirtschaft, die bei der Immobilien-Verkehrsbank herrsche, daß so viele Grundstücke zur Substation kommen konnten. Die plötzliche Erhöhung der Beleihungssumme von 4,8 Millionen auf 6,1 Millionen lasse sich gleichfalls vom Standpunkte einer realen Hypothekbank nicht rechtfertigen, denn die Herabsetzung des Zinsfußes lasse deutlich erkennen, daß es sich um notleidende Grundstücke handelte.

Infolge eines weiteren Beweisanspruches der Verteidigung wird sodann Geh. Rat Bude noch einmal vernommen. In dem Antrage wird behauptet, daß die Berliner Hypothekbank eine Reihe von Grundstücken, die in der Anklage aufgeführt werden, unrichtig unter dem Werte verkauft habe. Der Angeklagte Schulz behauptete, daß aus den fraglichen Grundstücken bei Abzug von 15 Proz. Unkosten, des Mietzinses der leerstehenden Wohnungen und der Hypothekenzinsen nach seiner Rechnung ein Netto-Uberschuß von 29,962 Mark sich ergebe. Da aber diese Grundstücke nach der vom Architekten Jaeger erfolgten Abschätzung einen Realwert von 9,302,500 Mark gehabt, so habe sich die Pommernbank nicht in der Zwangslage befunden, diese Grundstücke mit einem Verlust von 726,483 Mark zu verkaufen, sie hätte vielmehr ruhig abwarten und nach und nach normale Mieten erzielen können, wodurch jeder Verlust abgewendet und noch ein Gewinn erzielt worden wäre. Der Angeklagte beruft sich darauf, daß die Widersprüche zwischen Kauf und Verkauf der Grundstücke der von ihm gegebenen Zusammenstellung aus den einzelnen Grundstücken bestätigt haben, und daß nach den Behauptungen des Prokurist Horwege der Uberschuß nicht nur auf 29,962 Mark, sondern auf über 32,000 Mark zu beziffern sei.

Geh. Rat Bude wendet sich ganz entschieden gegen diese Behauptungen des Angellagten Schulz, durch Vorführung der wirklichen einschlägigen Verhältnisse. Er bestreitet mit Nachdruck den Vorwurf, daß die Grundstücke verschleudert worden seien. Wenn die laduzierten 30 Millionen Mark Pfandbriefe mit in die Bilanz eingestellt worden wären, so würde er gezwungen gewesen sein, das zu thun, was seine Amtsvorgänger pflichtgemäß hätten thun müssen, nämlich den Konkurs anzumelden. Er wisse gar nicht daran, daß es Herrn Schulz möglich gewesen wäre, höhere Preise für die Grundstücke zu erzielen, aber nur durch die Art von Geschäften, wie er sie betrieben, ebenso würde es Herrn Schulz wahrscheinlich möglich gewesen sein, neue Gelder aufzubringen, aber wieder nur auf jene Art und Weise.

Die Verhandlung wird hier abgebrochen. Justizrat Bronner beantragt wiederholt namens der Verteidigung, außer dem Sonnabend auch noch einen andren Tag frei zu lassen, damit durch die an solchen Tagen stattfindende anstrengende Vorarbeit eine Abkürzung der Verhandlungen erzielt werden könne. Der Vorsitzende erklärt hierzu: Der Gerichtshof habe natürlich auch ein lebhaftes Interesse an der möglichen Beschleunigung, er werde die Dinge so erledigen, wie es notwendig sei, und kümmert um die billigen Wege der Wählblätter.

Die nächste Sitzung wird auf Freitag, 9 Uhr, anberaumt.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Ganz plötzlich nach nur kurzem Krankenlager ist in Gesehmden unser alter bewährter Genosse Friede verstorben. Mit ihm verlieren die Gesehmden einen treuen, eifrigen, langjährigen Anhänger unrer Sache.

Sociales.

Um Einführung der bedingten freien Arztwahl hat die Vertrauenskommission des ärztlichen Bezirksvereins München in einer Eingabe an das Gemeindefakultät gebeten. Die Eingabe wird in dem zuständigen Ausschuss vorbereitet.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lage der Fensterputzer wird und geschrieben: Seit Beendigung des Streiks bei der Firma Stähr u. Comp., Petrifraße, scheint den Unternehmern mächtig der Namm anzuschwellen. Nicht nur, daß man organisierte Arbeiter entläßt, man züchtet ordentlich das Demunziantentum. Bei einem der größten Reinigungs-Institute werden Prämien an denjenigen ausgezahlt, welcher der Firma anzeigt, wer Mitglied des Verbandes ist. — Die Arbeiter der Firma Glaser-Jung hatten in einer Betriebsstimmung drei Kollegen als Vertrauensleute gewählt. Am Tage der Lohnzahlung wurden die drei Kollegen entlassen. Bei zweien derselben wurde der Grund der Entlassung nicht angegeben, nur bei dem dritten wurde erklärt, für Vertrauensleute hätte man keine Beschäftigung in der Anstalt. — Bei der Firma Anheim u. Co., Kungestr. wurden einem Arbeiter bei der Entlassung 2 M. vom Lohn abgezogen, weil derselbe circa sechs Wochen vorher eine Scheibe eingestochen hatte. Um zu dem Gelde zu gelangen, mußte der betreffende Arbeiter das Gewerbeamt anrufen. — Aus alledem geht hervor, wie schlecht die Verhältnisse der Berliner Fensterputzer sind und wie sehr sie der Besserung bedürfen. Soll wirklich etwas geschehen, um die wirtschaftliche Lage derselben zu bessern, so ist es Pflicht eines jeden Bürgers, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, um mit Hilfe derselben sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Deutsches Reich.

Die Zimmerer Hamburgs sind nunmehr in den partiellen Streik eingetreten. Sie haben gestern auf verschiedenen Arbeitsstellen, wo die Forderung: 70 Pf. Stundenlohn, nicht bewilligt wurde, die Arbeit niedergelegt.

Lohnbewegung in Guben. Die Tischler, sowie die Maler und Anstreicher in Guben sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Tischler verlangen Herabsetzung der bisherigen Arbeitszeit von 50 1/2 auf 56 Stunden wöchentlich und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfennig. Auch bei den Malern und Anstreichern handelt es sich hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit; die bisherige 11stündige Arbeitszeit soll auf 10 Stunden bei gleichem Lohn herabgesetzt werden. Die Innung hat diese Forderung für berechtigt anerkannt und ist zu hoffen, daß auch über die andren Forderungen (Minimallohn u.) eine Verständigung erzielt wird.

Tarifgemeinschaft der Nürnberg Metallschlagger. Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, allgemeine Verwaltungsstelle Nürnberg, und der Vereinigung der Metallschlaggermeister Nürnberg wurde am 20. Juni nach neunwöchentlichem Streik eine Tarifgemeinschaft bis zum 1. September 1904 abgeschlossen. Gegenstand der Vereinbarungen sind: 1. Festsetzung der Arbeitszeit, 2. Festsetzung der Löhne für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, 3. Festsetzung der Kündigungsfrist, 4. Regelung des Lehrlingswesens, 5. Regelung der Arbeitsvermittlung, 6. Kontrolle und Regelung der Produktion. Die höchst zulässige Arbeitszeit beträgt wöchentlich 54 Stunden. Die Arbeit wurde in allen Handbetrieben am Montag in vollem Umfange aufgenommen.

Die Maler in Stuttgart befinden sich in einer Lohnbewegung. Es ist schon mehrfach eine Verständigung mit den Arbeitgebern versucht worden, jedoch ohne Resultat. Der Streik scheint unvermeidlich.

Eine in mehrfacher Beziehung wichtige Entscheidung hat der Strafsenat des preussischen Kammergerichts in seiner letzten Sitzung gefaßt. Gegen die §§ 1, 2, 12 und 13 des preussischen Vereinsgesetzes sollten die "Vorsteher" des Vereins "Gewerkschaftskartell für Kattowitz" dadurch verstoßen haben, daß sie Mitgliederverzeichnis und Statuten des "Vereins" der Polizei nicht einreichten und daß sie eine "Versammlung" in der öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen, nicht polizeilich anmeldeben. Die Angeklagten Baude und Gen. bestritten jede Verpflichtung dazu und erzielten auch in zweiter Instanz beim Landgericht Weihen insoweit ihre Freisprechung, als es sich um das Statut und das Mitgliederverzeichnis handelte. Das Landgericht nahm an, daß ein Gewerkschaftskartell überhaupt kein "Verein" im öffentlichen rechtlichen Sinne sei, wenn ihm, wie hier, nur die Vorstehenden und je zwei Delegierte der Gewerkschaftsvereine angehörten. (In Kattowitz sind 13 Gewerkschaften im Kartell vertreten.) Das Kartell wurde als Zentralorgan der Kattowitzer Gewerkschaften angesehen. — Die Angeklagten wurden jedoch vom Landgericht zu Geldstrafen von je 15 M. wegen der Nichtanmeldung einer polizeilich aufgelösten Sitzung des Kartells, wozu sich 22 Personen eingefunden hatten, verurteilt. Diese Sitzung sei als Versammlung anzusehen und es sei auch eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn dort über statistische Erhebungen in Bezug auf die Lage der Arbeiter gesprochen werden sollte, denn dadurch würden öffentliche Interessen berührt. — Der Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Herrn Lindenberg gab der Revision statt, hob die Vorentscheidung, soweit eine Verurteilung erfolgt war, auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Wenn nur Delegierte und wenn auch 22, zu Zwecken des Kartells zusammengekommen seien, dann könnte man nach Ansicht des Kammergerichts nicht von einer Versammlung, sondern nur von einer Sitzung des Kartells sprechen, die einer Anmeldung überhaupt nicht bedürftig hätte. Es stehe jedoch hier noch nicht genau fest, ob der Zusammenkunft nicht noch andre, dem Kartell nicht angehörende Personen beizuhören sollten oder konnten. Wenn dies der Fall wäre, dann würde allerdings eine Versammlung vorliegen. Das müsse noch nachgeprüft werden. — Auch sei es rechtsirrtümlich, wenn das Landgericht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten ohne weiteres in statistischen Erörterungen mit Bezug auf die allgemeine Lage der Arbeiter sähe. In solchen Erörterungen wäre eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten erst dann zu finden, wenn die Tendenz damit verbunden wäre, das Ergebnis der Statistik derart zu vertorten, daß eine bestimmte Aenderung, eine Umwälzung der Lage der Arbeiter erzielt werde. Hierüber fehlten ebenfalls nähere Feststellungen.

Christliche Gewerkschaftsbewegung. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sagt in seinem Bericht für das Jahr 1902: Dem Gesamtverbande sind angeschlossen 20 Organisationen mit 84,652 Mitgliedern gegen 23 Organisationen im Vorjahre. Der Bericht zählt dann noch 10 Organisationen mit 105,248 Mitgliedern als zu den christlichen Gewerkschaften gehörig, obwohl es sich hier fast ausschließlich um Bahn- und Postbeamte handelt. Eine Ausnahme bildet nur der christliche Metallarbeiter-Verband, welcher im vorigen Jahre aus dem Gesamtverbande ausgeschlossen wurde. Die Mitgliederzahl sämtlicher Organisationen soll um ca. 14,000 gestiegen sein, der Vergarbeiter-Verband habe am 1. April d. J. 40,500 und der Textilarbeiter-Verband 17,729 Mitglieder gezählt. Die Angaben über die Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften sind jedoch mit großer Vorsicht aufzunehmen. Genöthlich sind die Zahlen etwas hoch angegeben. Es heißt z. B. in dem Bericht, daß der Vergarbeiter-Verband im Jahre 1902 durchschnittlich 85,500 Mitglieder gezählt habe. Wenn man aber die Beiträge nachrechnet; so findet man, daß nur für 25,217 Mitglieder Beiträge entrichtet sind, demnach würden ca. 10,000 Mitglieder in den Listen geführt, welche keine Beiträge leisten. — Die Einnahmen der dem Gesamtverbande angeschlossenen Organisationen werden in dem Bericht mit 406,909 M. angegeben, die Ausgaben betragen 328,455 M. Von diesen Ausgaben fielen auf Streik- und Gemahregelsten-Unterstützung 88,626 M. Der Textilarbeiter-Verband hat die Hälfte der ganzen Summe allein ausgezahlt, sodas die übrigen 19 Organisationen insgesamt eine Ausgabe von 44,000 M. für diese Unterstützungen zu zahlen hatten. Beiträge von 10 M. pro Woche sind in den christlichen Gewerkschaften jetzt eine Seltenheit, da dieselben im Laufe des Jahres fast durchweg erhöht worden sind. Die Gewerkschaftspressen soll in einer Auflage von 210,000 Exemplaren erscheinen und sollen nach dem Bericht insgesamt 19 Organe herausgegeben werden und zwar 12 wöchentlich, vier alle 14 Tage, zwei monatlich und eins alle zwei Monate. Im Bericht wird dann angegeben, daß die christlichen Gewerkschaften insgesamt an 37 Streiks mit 2151 Personen beteiligt waren. Von diesen Streiks waren 22 erfolgreich, während 15 mit einem Mißerfolg endeten. Bedauer wird dann noch, daß auch die Unternehmer und Behörden durch Lokalstreikvereine den christlichen Gewerkschaften Schwierigkeiten bereiten. Aus dem Bericht geht unzweifelhaft hervor, daß die christlichen Gewerkschaften keine Fortschritte machen, es fehlt die werbende Kraft und die Vegetation für die Sache, selbst der Ruf am Schluß des Berichts, nicht zu verzagen und vorwärts zu streben, täuscht nicht über die pessimistische Stimmung, welche in den Kreisen der christlichen Führer selbst herrscht.

Ausland.

Handschuhmacher-Aussperrung in Schweden. In sämtlichen Handschuhfabriken der Landchaft Schonen wurden am Montag die Arbeiter ausgesperrt. Veranlassung zur Aussperrung war der Handschuhmacher-Streik in Lund. Die Handschuhmacher in den andren Städten Schörens sollten gestuzungen werden, Streikarbeit zu machen, was sie selbstverständlich ablehnten. —

Aus der Frauenbewegung.

Ober-Schönevide. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hält am Freitag, den 26., abends 8 Uhr, seine Generalversammlung bei Kaufhold, Wilhelmshöfferstr. 18, ab. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch oder Karte. Der Vorstand.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 25. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Das süße Mädel.
Deutsches. Donna Anna.
Deffen. 100 000 Thaler.
Central. Bis und Pöcket.
Residenz. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Valle.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Berlin, wie es weint und lacht.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.) Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.
Berliner. Der Halbeshaß.
Neues. Arche Noah.
Thalia. Das Alter.
Kleines. Nachtschl.
Bellevue. Artemis Colonna.
Langschellen.
Carl Weh. Das Geheimnis des roten Hauses.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng. —
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:
Pick und Pöcket.
Schwan mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen. Emil Sondermann.
Alex. Sommer. Wigi. Birkner.
Marie Joretsch.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwan in 3 Akten von H. Raab und Albert Barce. Deutsch v. Schönau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Dresdnerstr. 72/73.
Anfang 8 Uhr.
Zum erstenmal in Berlin.
Gastspiel d. schlesischen Volks-Theaters.
Zum erstenmal:
Das Alter.
KleinStadtstraße in 3 Akten v. B. Quensel.
Morgen: Dieselbe Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a — 5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Arche Noah.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 165. Male:
**Neuestes!
Allerneuestes!**
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater
Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Zum 50. Male:
Die Liebes-Insel.
Ausstattungs-Burleske von Benno Jacobson. Musik von Karl Stix.
Ferner: Glänzende Spezialitäten.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter. Straße 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag: 3 Uhr. Parfett 60 Pf.
Ilse Römer.
Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden.
Während und nach der Vorstellung:
Ball.
Anfang 8 Uhr, des Stückes 8 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.
Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen
in ihrem Repertoire.
Oskar Saldou, Humorist.
Erna Koschel.
Josefine Delisleur.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über **AGA!**
die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Neu! Peter I.
König von Serbien.
Neu!!
König Alexander
Königin Draga

DOLOGISCHER GARTEN
Heute nachmittags 4 Uhr:
Monstre-Militär-Konzert
zum Besten der Lungenheilanstalten zu Helzig u. Grabowsee. 6 Musikcorps. Koselows Bläserbund.
Feuerwerk. — Illumination.
Entrée 1 M.
Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhlmann.
Schönhäuser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Nur noch wenige Tage!
Das grosse Juni-Programm.
Neu! Metas Verlobung. Neu! Neu! Die Diebesfalle. Neu! Dazu: Nur noch kurze Zeit! Das mit großem Beifall aufgenommene **Selbsttötung**
Zur rechten Stunde und die erstklassigen Kunststücke.
Im Saal: **Gr. Ball.**
Die Kaffeebude ist von 3 bis 6 Uhr geöffnet.
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 68.
Neues Programm.
U. a.: Fred Dewey, Jongleur. Gebr. Vero, Akrobaten. Lucio Clair, Serpentin- und Flammensängerin sowie in ihrem Luftballett „Die Silberzüge“.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
mit **Willy Agoston** und **Klara Antonie.**
Anfang 4 Uhr.
Dienstag, den 30. Juni: Benefiz für **Schmidt-Hawkins.**

Prater-Theater
Kassanien-Allee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.
Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Auftreten erstklassiger Virtuositäten. U. a.: Marcel Schrüder u. Dentor, Relampagos Troupe; Overgard.
Ein Adles Gefängnis
Große Pantomime. Mokaschy Troupe.
Anf. 4 Uhr. Entrée 30 Pf., num. 31 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 75-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichbare **Riesen-Juni-Programm!**
Robert u. Becciam. Fritz Brand. Cafe-Ball. Soccaccio-Trio. The Nations. The Atlantics, Bellini-Duo etc.
Sonntag, Montag u. Dienstag: **Tanz.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Im prächtigen Garten:
Neues grossartiges Programm.
Thyra Peterlen, Karl Harzig, Elsa Marion, Salvador u. Selma, Cleo Diéca, Gelscha, Kaiser, Rud. Schatz, Bero und Barry.
Rittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**
Sonntags Anfang 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

Elysium.
Landsberger Allee 40-41.
Täglich: 19092
Vorstellung.
Kammers Quartettsänger.
Hamburger Säng.
Anfang 7 Uhr. Entrée frei.
Sonntag, Montag, Rittwoch: **Ball.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Berlin wie es weint und lacht.
Freitagabend 8 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.
Freitagabend 8 Uhr:
Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.

Hasenheide 108-111. Neue Welt Arnold Scholz.
Donnerstag, den 25. Juni 1903:
Elite-Tag.
Militär-Konzert. | Gala-Spezialitäten-Vorst.
Monstre-Feuerwerk.
Anfang 5 Uhr. 18962. Entrée 50 Pf.
Morgen Freitag: Erstes grosses Massenkonzert (6 Kapellen).

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Riesenprogramm 40 Nummern. Am Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Rittwoch: **Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.**
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeebude. — Volkseinführungen aller Art.

Königsthor. Schweizer-Garten. Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Poesen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Pöffe mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: **Ball.** Volkseinführungen. Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182.
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Rittwoch: **Die beliebtesten Kinderreize.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeebude ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Büchselläden, Rondelreel, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Industrie-Festsäle
Beuthstraße 19/20 (früher Cohn).
Nach vollständiger Renovierung Eröffnung Anfang August.
Säle. 150, 250 bis 1000 Personen fassend, mit und ohne Theaterbühne, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen etc. zur Verfügung.
Durch allerbeste Bewirtung und Bedienung, sowie grösstmögliche Coulanz hoffe ich bald die Zufriedenheit der mich Beehrenden zu erlangen und bitte daher um geneigten Zuspruch.
Bestellungen für die bevorstehende Saison werden jederzeit entgegengenommen.
Ergobenst
Max Wendt, früher langjähriger Geschäftsführer im „Segler-Schloss“, Hankels Ablage.

WINTER GARTEN
Agnes Sither, norweg. Soubrette.
Miss Volana, Schulleiterin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
Jim und Jam, komische Akrobaten.
Die Biscras, weibl. Trompetercorps.
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carezzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adele Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
Die 4 Scandias, Gymnastiker.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
In der Klemme.
Humoreske von Ressel.
Anfang: 8 Uhr.
Rittwochs: 7 Uhr.

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Säng.
Anfang: Sonntags 8 Uhr, Rittwochs 7 Uhr.
Wochentags: 8 Uhr, Rittwochs 8 Uhr.
Sonnt. u. Donnerst. nach der Seire: **Tanz.**

Elysium.
Landsberger Allee 40-41.
Täglich: 19092
Vorstellung.
Kammers Quartettsänger.
Hamburger Säng.
Anfang 7 Uhr. Entrée frei.
Sonntag, Montag, Rittwoch: **Ball.**

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Refektor-Saal: **Tanz.**

Besten Nordhäuser
Pils von 50 Pf. an, garantiert reines Getreideprodukt. H. Liqueur. [11732]
Martin Bernöt, Ritter- u. Prinzenstr. 4.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Haarleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Hühneraugen-Tod
beseitigt vollständig (schmerzlos) jedes **Hühnerauge**, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung.
Nachdem Sie alles Mögliche angemacht, machen Sie diesen letzten Versuch. Dose M. 1 frei nur bei **Otto Reichel,** Berlin 310, Eisenbahnstr. 4.
Siele Anerkennungen

Reichels weltberühmter
Hühneraugen-Tod
beseitigt vollständig (schmerzlos) jedes **Hühnerauge**, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung.
Nachdem Sie alles Mögliche angemacht, machen Sie diesen letzten Versuch. Dose M. 1 frei nur bei **Otto Reichel,** Berlin 310, Eisenbahnstr. 4.
Siele Anerkennungen

Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgrätzerstr. 27.
Homöop. Arzt, spec. für **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**

Centralverband der Steinarbeiter Deutschl. Marmorarbeiter.
Donnerstag, den 25. Juni 1903:
Oeffentliche Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung: 1. Die Gründung unseres Tarifes. 2. Wahl einer Tarif-Kommission. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Herren Arbeitgeber eingeladen.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.
Rohrleger und Helfer!
Um allen Versuchen und Mißverständnissen vorzubeugen, geben wir hiermit folgendes bekannt:
Es ist eine Umgehung unfres Tarifs, wenn Berliner Arbeitgeber in einem Vorort sich eine Stube mieten, einen Schreiber hineinschicken und dort die Rohrleger und Helfer annehmen, um kein Fahrgehd und keine Fahrzeit vom Hauptgeschäft in Berlin vergütigen zu müssen.
Wir ersuchen alle Kollegen, uns umgehend von solchen Schiebungen Kenntnis zu geben.
Die Ortsverwaltung.
118/6*

Steppdecken
Gelegenheitskäufe!
Cretome, doppelseitig 2,85
Triolet, doppelseitig 3,50
Wollatlas, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 5,25
Schlafdecken
in Wolle extra schwer
3 50 4 50 5 00 6 00 M.
Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstrasse 150.
Fehlerhafte Decken
spottbillig.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
16,970 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn Mark **100 000**
Lose a 3,30 Mk. (Porto u. Liste 30 Pfg.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW., Wilsnackerstrasse 63.
O., Andreasstrasse 46a.
O., Oranienstrasse 177.

Vering v. Max Richter, Berlin SO., 10.
Seiten erschien: Preis 1 Mark (auch d. alle Buchhandl. erhältlich).
Die Harnleiden,
ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgrätzerstr. 27.
Homöop. Arzt, spec. für **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**

Roichels weltberühmter
Hühneraugen-Tod
beseitigt vollständig (schmerzlos) jedes **Hühnerauge**, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung.
Nachdem Sie alles Mögliche angemacht, machen Sie diesen letzten Versuch. Dose M. 1 frei nur bei **Otto Reichel,** Berlin 310, Eisenbahnstr. 4.
Siele Anerkennungen

190 Personen, und elegantes Motorboot, 45 Personen fassend sind noch an Sonn- und Wochentagen billig zu vermieten. **R. Dietert,** Berlin O., Richthofenstraße 18. Abfahrtsstellen: Stummelsburg, Straßal und Dreptom.

Otto Grundmann
prakt. Naturheilkundiger
Röhmsdammstr. 72. 11-2, 8-8.
Charlottenburg, Berlinerstrasse 40. 8-9.

Centralverband der Steinarbeiter Deutschl. Marmorarbeiter.
Donnerstag, den 25. Juni 1903:
Oeffentliche Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung: 1. Die Gründung unseres Tarifes. 2. Wahl einer Tarif-Kommission. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind sämtliche Herren Arbeitgeber eingeladen.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.
Rohrleger und Helfer!
Um allen Versuchen und Mißverständnissen vorzubeugen, geben wir hiermit folgendes bekannt:
Es ist eine Umgehung unfres Tarifs, wenn Berliner Arbeitgeber in einem Vorort sich eine Stube mieten, einen Schreiber hineinschicken und dort die Rohrleger und Helfer annehmen, um kein Fahrgehd und keine Fahrzeit vom Hauptgeschäft in Berlin vergütigen zu müssen.
Wir ersuchen alle Kollegen, uns umgehend von solchen Schiebungen Kenntnis zu geben.
Die Ortsverwaltung.
118/6*

Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 22. Juni verstarb infolge Bluterkrankung unser Mitglied
Johann Krasky.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem neuen Nigdorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.
141/18 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Zur Nachricht, daß unser Kollege
Joh. Kraski
am 16. d. M. an Bluterkrankung verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Urban aus nach dem neuen Nigdorfer Kirchhof statt.
19132 Die Kollegen der Pianofabrik von H. Garn.

Orts-Krankenkasse der Sattler
Berlins.
Montag, den 22. Juni, verstarb unser Mitglied der Sattler
Josef Winkler.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Rind-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.
274/11
S. U.: H. Werner.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Anhabern und Kollegen der Firma Richter u. Co., welche an der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes teilgenommen haben, sage ich meinen herzlichsten Dank. Ebenso danke ich für die rege Beteiligung des deutschen Holzarbeiter-Berbandes, sowie ganz besonders für das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins Nigdorfer. Die tiefbetruerte Witwe L. Goris.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, sowie den Parteigenossen, ferner dem Gesangsverein „Melodia“, dem Staffklub „Kull“, die meinem lieben Mann und guten Vater die letzte Ehre erwiesen, sage ich hiermit meinen tiefgefühlten Dank.
14052
Witwe Martha Held
nebst Kindern.

Bilanz-Fertigstellung,
zweckmäßige Einrichtung, zeitweilige Fortführung der Geschäfts-Bücher, Bücher-Revisionen durch Wilhelm Münch in Naumburg a. S., hooeliger Buchverleger.

Gaskocher,
Berliner Gaskocherhaus
Georgenkirchpl. 14. (an Alexanderstr.)
Sparsamstes u. billigst. Fabrikat.
Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienerstrasse 1a.
Kranz mit Blumenschleifen, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art etc. preiswert.
18028*

Roh-Tabak
E. Erbe, August-Str. 36, Berlin C.

Erster Wahlkreis.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr:

Zwei Volks-Versammlungen.

1. Im großen Saale von Dräsel, Neue Friedrichstr. 35.
2. Im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: Verkündung der Stichwahl-Resultate. Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr:

2 Volksversammlungen.

1. Im großen Saale von Buggenhagen, Moritzplatz.
2. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: Verkündung der Stichwahl-Resultate. Das Wahlkomitee.

Charlottenburger Volkshaus, Rosinen-Str. 3.

Heute, Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr:

Zwei Volks-Versammlungen.

Tages-Ordnung: Verkündung der Stichwahl-Resultate. Das Komitee.

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. 50 Pf. und 1 M. Ebenso Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse etc. Schadet 30, 60 Pf. u. 1 M. Höchste Anerkennung. 17492*

1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Richter, schon gelegene Gde; Käufer erhält 50 Mark für den Befehl. Adressen unter "Befehl" an Annoncen-Expedition Brunnenstr. 3. 21256*

Land 2 Mark
Südwestlicher Borort, Wochenabnahme. Parzelle 60 x 215. 300 Mark, nur mündlich, verkauft Hinsche, Wilhelmstr. 1. 18992*

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.
Am Donnerstag, den 25. Juni 1903, abends 8 Uhr:
Versammlung
Tages-Ordnung: Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.
H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,
Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelboken, gegründet 1863.
empfiehlt als Spezialität: 1694L.*
Magdeburger und Nordhäuser Kautabak
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

6. Berliner Wahlkreis.

Zur Feier der Reichstagswahl 1903:

Grosse Siegesfeier.

Sonntag, den 27. Juni 1903:

Für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen
in Weimanns Volksgarten, Badstraße 56 und Ballschmieders Salon, Badstraße 16.

Theater. ♦ Specialitäten-Vorstellung. ♦ Lebende Bilder.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Anfang 4 Uhr. Die Kaffeefläche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Anfang 4 Uhr.

Für Moabit

in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48 und in der Walthalla, Alt-Moabit 104/105.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung. ♦ Turnerische Aufführungen.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.
Anfang 4 Uhr.

Sonntag, den 28. Juni 1903:

Für Schönhäuser Vorstadt
im Volksgarten, Schönhäuser Allee 101/102 und im Jägerhaus, Schönhäuser Allee 103.
Turnerische Aufführungen. ♦ Reigenfahrten. ♦ Kinderbelustigungen.
Großes Feuerwerk.
Eröffnung 12 Uhr. Die Kaffeefläche ist von 2 Uhr an geöffnet. Liter 60 Pfennig.

Für Wedding und Oranienburger Vorstadt
im Feldschlösschen, Müllerstraße 142.
Auftreten von Specialitäten. Theater. Kasperle-Theater. Kinderbelustigungen.
Gefangenaufführungen von Arbeiter-Gefangenen.
Jedes Kind erhält einen Bon zur Benutzung der Schaukel oder des Karussells.
Anfang 12 Uhr. Kaffeelocher a Liter 70 Pfennig, 1/2 Liter 40 Pfennig. Anfang 12 Uhr.

In allen 7 Lokalen:

Vokal- und Instrumental-Konzert.

In den Sälen: **Tanz.**
Serren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Billets: Im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 25 Pfennig.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Die Komitees.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Warten mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Partikellos, flottgehendes, sofort billig zu verkaufen. Witwe Ida Kotte, Köpenickerstr. 30. 20865*

Cigarren-Vorort. 165 Cauderuten, schön gelegene Gde; Käufer erhält 50 Mark für den Befehl. Adressen unter "Befehl" an Annoncen-Expedition Brunnenstr. 3. 21256*

Wahnhof Wilmersdorf, Hocherleime, Schwanapfaffabrik, Gdlicher, hochgelegene prachtvolle Bauwerke, gute 20 Mark, ohne Anzahlung, nur 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschlag. Dornblatt, Gdlicher, Hocherleime. 1701K*

Garbinenhaus, Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Gedächtnis, zurückgekehrte Herrenanzeige, Sommerpalast, Besteller sportlich, Deutsches Verbands, Sägerstr. 63, 1. Treppen. *

Nur der Grobhandel ist leistungsfähig! Durch Beteiligung an einer bedeutenden Fabrik bin ich in der Lage, Anzüge und Paletots noch preiswerter und gediegener zu liefern, als bisher. Denbar größte Leistungsfähigkeit für Lager und Maß. Hermann Schlegler, Turmstr. 85. *

Die besten Hosen bei Schlegler sind einfach großartig in dieser Saison, fein, schön und billig. Wo? Turmstr. 85. 1090K*

Reifenmangel, Reifenstühle, Reifenpaletts, Reifenwagen, 24 Räder. Dieses halbe Preise. Fabrik, Oberwallstraße 8, zweite Etage. 20266*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Casseker Markt 4, Bahnhofsstr. 90/19*

Sportlich Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Kissen, Anzüge, Remonturen, Uhrketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Randerstr. 6. Teilzahlungen gestattet. *

Steppdecken, sportlich, Fabrik Brunnenstr. 20. 497*

Panellotse, Salongarnitur, Truhen, Chaiselongue, Tischensofa. Kommandantenstr. 40 I. 720*

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Brederer, Engel-Ufer 30. *

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie, Postkarte genügt, in folgenden Geschäften: Belle-Alliancestr. 78, Adlerstr. 113, Frankfurter Allee 10, Dienerstr. 6. Gebrauchte 12,00, ladellos. Reparaturen billig. 20385*

Möbelangebot. Im Auktions-Versteigerer, Mödlerstr. 25, Hochbahn-Halle. Möbeldrucke, sowie verschiedene gebrauchte Kuchenschrank-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochwertige Salongarnituren, Panellotse, Kuchenschrank, Büchertische, Ankelbänke, Kuchenschrank, Schreibstisch 25,00, funktionsgeladene Kuchenschrank mit prachtvoller Dinandete 22,50, hochleganter Säulentrümen 30,00, prachtvolle Salontischplatte, schon 18,00, Nimmertischplatte 8,00, reichgeleimte Uebergabebänke, Spachtelstühle, Tischgarnituren, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Nähmaschinen 5,00, verschiedene Gelegenheiten sportlich. Adede, Auktionator. 16902*

Teppiche mit Farbentwürfen Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stahlstr. 40. 1601K*

Fahrräder, Nähmaschinen, gebraucht, nagelneue, tolleste Maschinen, ungläublich billig. Wandlungshaus Seydelstr. 30. 21126*

Nähmaschinen! Kingfisher, Adler, Central-Boffin, Orion (Rotations-Boffin), Besta, Lumbour, Glastic, Säulen- und Bienen-Maschinen. Elegante Ausstattungen, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Bellmann, Köpenickerstr. 26, nahe der Landwehrstr. 1593K*

Gasfischerhand! Javelkohagelocher 3,00, Treilochagelocher 7,00, Gasbühlapparate, Gasplättchen, Gasbefehlschalt, sportlich! Petroleumfischer, nichtstehend, zweifach 2,00. Wohlauer, Wollmertheaterstr. 32. *

Holzstufen, harter, mit Verklebung für Kolonisten, billig zu verkaufen, Bild Jansig Pfennig. Wollmertheaterstr. 16. 20606*

Absehnepumpen, Sauger, Röhren, Gartenspritzen, Gartenschläuche, neue, gebrauchte, billig. Schröder, Hochstr. 43. 19066*

Absehnepumpen, Brunnen, Druckpumpen, Hochbrunnen, Röhren, Sauger, Gartenschläuche, Stühle, Laternen, Petroleum-Dien, Holzstufen a 4 und 5 Mark verkauft Karl Kaufmann, Wollmertheaterstr. 16 und 19. 20496*

Vorjährige elegante Herren-Reisjahre- und Sommerpaletots und Anzüge aus besten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. *

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Rekonstruktion (kleiner Preis) derklich Müllerstr. 6a. 7148*

Ringstiftchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Preislauderstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 197*

Cigarrengeschäft, feines (Neben-erwerb), billige Preise, verkauflich. Auktion: Holzmarktstr. 48a, Cigarrengeschäft. 7148

Milchgeschäft (kleiner Preis) verkauflich. Auktion: Cigarrengeschäft Holzmarktstr. 48a. 7148

Wardiergeschäft, gut gehend, für 250 Mark zu verkaufen. Reiche, Triftstr. 45a. 21345

Vokal billig verkauflich Köpenickerlandstr. 49. 21306

Cylinderbureau, mahagoni, zwei eiserne Bestellen, zwei Rinderräder, Gefährdet, Holz, Regulator, Gasarm verkauft Wollmertheaterstr. 50, 2 Treppen rechts. 21106

Gangbares Grüntrümengeschäft verkauflich Straußbergerstr. 11. 21266

Vapogerie aus erster Hand, größte Auswahl Berlin, auch Lausitz, Restauration Bogelwitz, Kommandantenstr. 62.

Zwei Mark vierfeldig Damenhemden, Herrenhemden 3,30, Barrenhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie elegante Reismuller sportlich. Nähfabrik Entomomisch, Dissenstr. 21, Nähe Volkspolizistium. 125/10

Destillation mit Garten verkauflich Demmlerstr. 12, Annahmestelle. 21415

Schöne Säulenwerkstatt verkauflich kann, sportlich, noch neue Garnitur, Säulenstümpfen, auch einzeln, sofort, Brautleuten passend, Händler ausgeschlossen, Bergstr. 2 I. 21306

Rechtsbureau, früherer Gerichtsekretär, Andreasstr. 38. Billigste Preisberechnung. Sonntagsdienst. *

Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Moritzplatz, bis abends neun. 20646*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung, Fall, Brunnenstr. 12, 21056*

Rechtsbureau, Langjährige Erfahrung, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 20995*

Fahrradgeschäft, auch beschl. Nagel, Schönhäuser Allee 163a. 91/1

Empfehle allen Genossen meine 40-80-500 Personen fassenden Festäle mit Bühne und Garten zu günstigen Bedingungen. Weidner ohne Wasserzahn, Borzughäuser, solide Preise. Rich Wille, Brunnenstr. 188, dicht am Rosenthaler Thor, Amt III. 6325. 17048*

Bereitszimmer, großes frei, Eichenstr. 23, Altd. 1612K*

Allen Genossen, Freunden und Bekannten empfehle mein Belg. und Bayerisch-Bier-Lokal. Bereitszimmer für 15-20 Personen zu vergeben. Adoff Suble, Grimmstr. 17. 21336

Darleh. 50 Mark, erlöste Parteilgenosse, verheiratet, gegen Sicherheit und Zinsen auf ein halbes Jahr. Gefällige Offerten unter P. S. 67 an Annoncen-Expedition Robert Bengels, Große Frankfurterstr. 133. 143

2 Bereitszimmer noch einige Tage in der Woche frei. Rich Wille, Große Frankfurterstr. 133. 743*

Erchrolle zu kaufen gesucht (Preisangebot). Kabel, Köpenickerstr. 20.

Platina, Gold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Blattgold, Reingold fast höchstgehend Brod. Wollmertheaterstr. 4. Knaben, 8 und 10, in Pflege zu geben. Röhne, Nahrungstr. 13, vorn III. 712

Landberger Allee 147 I, Wohnung, 2 Zimmer, Küche, Kamin und Zubehör, III. Etage zum 1. Oktober 1903 zu vermieten.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Rich, Altd. 136, vorn I.
Schlafstelle für zwei Herren Köpenickerstr. 7 II, Frau Vater. 21285
Schlafstelle, möbliert, Herrn, 7 Mark, Stadel, Grünauerstr. 7, Quergebäude 3 Treppen. 21396
Schlafstelle vermietet. Kulich, Sonnenstr. 31. 712
Schlafstelle (Vorderzimmer) für 2 Herren vermietet. Hagner, Rixdorf, Reuterstr. 67. 7120

Arbeitsmarkt.
Stellengosuche.
Burschen von 14-16 Jahren für Grandterrei verlangt. Ray Leonhard, Schleißerstr. 31. 21386
Fahrigemacher verlangt. Reichsmann, Sägerstr. 66, Rixdorf. 21409
Rahmenmacher, auf verdröpte Rahmen geübt, wird verlangt. Rixdorf, Sägerstr. 109a. 21316
Klempnermeister auf Goldleistenlisten sucht. Beckmeier, Brunnenstr. 194.
Fahrigemacher, geübt, verlangt. Schott, Langestr. 78. 8/3
Fahrigemacher - Arbeiterinnen auf besseren Genre verlangt gegen Vorlage Gustav Fromberg, Kronenstr. 42/43. 20715*

Lehrmädchen verlangt. Kartonsabrik Grüner Weg 104. 21185*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck herbeigehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug nach der
Bautischlerei C. Kortüm,
Rehdenstr. 21, ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
In der Holzschleiferei von **Bockstaller**, Bäckerstr. 24, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niederzulegen.
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kürschner!
Bis jetzt haben 18 Firmen mit circa 365 Arbeitern und Arbeiterinnen unsere Forderungen durch Unterschrift anerkannt.
Befehlsbranche:
A. Wolf, Poststr. 7/8.
H. Wolff, Burgstr. 20.
C. Pankow, Oberwallstr. 18.
E. Vetter, Rixdorfstr. 123.
Gebr. Breslau, Niederwallstr. 21.
Weiner, Böttcherstr. 22.
A. Ergang, Pappel-Allee 115.
Bähr & Salomon, Hausvogtelplatz 12.
D. Levin, Hausvogtelplatz 13.
S. Kohn, Wollmertheaterstr. 33.
Goedel & Schreiermüller, Alte Jakobstr. 138.
Wägenbranche:
S. Gürtner, Vorluststr. 50.
M. Gürtner, Wallstr. 55-56.
A. Winter, Leduferstr. 9.
H. Huth, Wollmer Weg 24.
Berger u. Haase, Alexanderstr. 33.
M. Wilport, Rixdorfstr. 21.
Friedländer, Wollmertheaterstr. 1.
Nicht bewilligt haben und infolge dessen gesperrt sind folgende Firmen:
Naumann, Jerusalemstr. 26.
Doll, Niederwallstr. 5.
Marschall, Wollmertheaterstr. 13/14.
W. Reinicke, Neue Friedrichstr. 9/10.
A. Neumann, Deutstr. 4.
Jacob u. Landsberger, Niederwallstr. 10.
Wohlmann & Co., Spittelmarkt 11.
A. Stiller, Sägerstr. 25.
D. Levin Jan., Neue Friedrichstr. 59.
F. Girke, Wollmertheaterstr. 111.
J. Basilewsky, Wollmertheaterstr. 3.
Perleberg, Kronenstr. 21.
L. Bauchwitz sen., Neue Rönigstr. 85.
Jellenick, Wollmertheaterstr. 79.
Herpich Sohn, Leipzigerstr. 11.
Lauterbach, Wollmertheaterstr. 14.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
Währenddem gelten alle Bestellungen der Befehls- und Wägenbranche, die bis jetzt als bewilligt nicht aufgeführt sind, als gesperrt.
Für Entschädigung kommen im Lauf dieser Woche folgende Firmen:
V. Manheimer, Oberwallstr. 6/7.
M. Silberberg, Grünauer Allee 12.
Wir ersuchen die Kollegen und Kollegen bringen, mir durch unsere Arbeitsnachweise (Herrn Wagner, Wollmertheaterstr. 9) Arbeit nachzusuchen.
Der Vorstand
des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgebend. 102/7*
J. N.: Grandel, Vorsitzender.

Die Roten an die Toten.

„Die Kugel mitten in der Brust,
Die Stirne breit gelpalten —“
So steigt Ihr blutig, rauchberuht,
Geheiligte Gestalten,
Aus Eurem Grab um Mitternacht
Und hört begeistert melden
Den roten Sieg der Junischlacht,
Ihr märzgefall'nen Helden.

Wir legen frischen roten Ruhm
Im Kranz auf Euer Bette.
Wo fänden wir ein Heiligtum
Wie diese Schädelstätte,
Die Eure Wunden bluten sah,
Das Blei in dem Gebeine —
Bei Euch ist unfer Golgatha
Im heil'gen Friedrichshaine.

Zum Rundgang folgt uns durch Berlin,
Zerschollene Genossen,
Zum Zelt, zum Schloßplatz laßt uns
ziehn,
Wo Euer Blut geflossen.
Bedeckt die offenen Wunden Euch,
Ihr feig verratenen Manen,
Hier nehmt das rote Bannerzeug
Von unfern Siegesfahnen!

Ihr staunt? Ihr greift Euch an die Stirn,
Vom Säbel breit gelpalten;
Euch will's nicht ins durchscholl'ne Hirn,
Dals so wir Wort gehalten! —
Hochauf der Freiheit Märzlaas ich woll
Und gab im Juni Samen —
Laut „An mein Volk“ der Ruf erscholl,
Und drei Millionen kamen.

So war's! Den Jubel in der Brust,
Sieg in der Fahne Falten —
So haben wir sie zielbewußt
Hoch in die Luft gehalten!
So zogen wir das Wahlrecht blank,
Siegreich auf schweren Pfaden
Eroberten die Hauptstadt frank
Und ohne Barrikaden!

So brach die rote Sonne durch
Und schloß mit glüh'nden Strahlen
In Brand des „Freisinn's alte Burg“.
Nur Einen Pfad, den schmalen
Vom „Grosen Stern“ zum „Roten
Haus“,
Wo sich Paläste recken,
Da sah's bei Tag noch dunkel aus,
Ein langer Sonnenfleck.

Seht, „In den Zelten“, jenem Ort,
Wo Eure Herzen lauchten
Und an der Redner freiem Wort
Aufjauchzend sich berauchten,
Wo einst der Freiheit Feuerwein
Erhitzt das Blut der Massen,
Da klappern jetzt zur „Wacht am Rhein“
Des „Freisinn's“ Kaffeetaffen.

Vom „Zelt“ durchs „Brandenburger
Thor“
Die „Linden“ bis zu Ende . . .
Der „faulen Grete“ blindes Rohr
Zielt auf die Zeughauswände . . .
Still ragt der Dom . . der Puppenbrück'
Zittern die nackten Glieder . . .
Der Schloßplatz fließt . . und Stück
auf Stück
Riß man die Freiheit nieder.

Der Schloßplatz fließt — Mußt' Euer
Blut
So schnell zu Wasser werden?
Krebs-, Krokodil- und Krötenbrut
Schielt nach Neptuns Gebärden;
Mit krummem Rücken, schiefe G'nick
Und lendenlahmen Schenkeln
Schaut auf des Knechtlinns Bettelblick
Von Euren Söhnen, Enkeln!

. . . Was jagt Euch plötzlich in die Flucht,
Zurück in Euer Bette?
Schämt Ihr der Söhne Euch und flucht,
Ihr fliehenden Skelette? —
O dals ein wäll'rig Zwerggeschlecht
Blutarmer Renegaten
Der hohen Freiheit heilig Recht
Verraten konnt', verraten!

Ja, wir verstehen Euren Fluch!
O nehmt, verratne Manen,
Nehmt frisches Zeug zum Leichentuch
Vor unfern roten Fahnen!
Wenn wir gesiegt, habt Ihr geliegt,
Denn wir sind Eure Erben,
Und würd'gere! — Der „Freisinn“ liegt
Im Sterben ach, im Sterben!

Ein letzter Sturm, ein letzter Stich —
Und er ist ganz geldlagen!
O tote Schar, wir rächen Dich,
Wir, Deine Erben, tragen,
Wenn unfer neuen Sieges Glanz
Ins Land Fanfaren schmettern,
Aufs Märzengrab den Junikranz
Mit roten Ruhmes Blättern!

Parteigenossen des Wahlkreises Potsdam - Spandau - Osthavelland!

Heute ist von uns die Entscheidungsschlacht zu schlagen, mit dem Stimmzettel in der Hand müssen wir heute das vollenden, was uns am 16. Juni nur zum größeren Teil gelungen ist: die Partei der Volk- und Wahlrechtsräuber, der falschen Arbeiterfreunde und Zudensfresser aus dem Reichstage zu treiben, das siegreiche Banner der Sozialdemokratie auch über unsern Kreis aufzupflanzen.

Parteigenossen! Die heute vorzunehmende Stichwahl hat alle offenen und verkappten Reaktionen einander in die Arme getrieben. Die „Liberalen“, die bis zum 16. Juni bei uns noch den Kampf gegen den Volktrücker geführt, sie haben sich zur Stichwahl mit den Brotkrüchern verbunden, mit fliegenden Fahnen sind sie in das Lager unfer Feinde übergegangen, um mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen!

Der Masseninstinkt führte alle bürgerlichen Parteien zusammen, vergessen ist die zur Schau getragene Gegnerschaft gegenüber den agrarischen Deputierten, ihr einziger Gedanke ist nur noch, wie sie die Sozialdemokratie an dem endgültigen Siege verhindern, wie sie dem Sozialdemokraten Pauli den Kreis aufs neue in die Hände spielen können.

Das Wort von der einen reaktionären Masse beherrscht sich heute wiederum aufs Schlagenstiel Parteigenossen! Das muß und um so mehr anspornen, bis zur völligen Erschöpfung müssen wir alle heute unsere Kräfte anspannen, auch den letzten Arbeiter müssen wir heute zum entschlossenen Handeln aufstacheln, wenn es uns gelingen soll, unsre verbrüderten Feinde zu schlagen, statt ihres „Ehren-Pauli“ unsern Karl Liebknecht, den Sohn unsres verstorbenen „Alten“ in den Reichstag zu schicken! „Hilf Feind, viel Ehr“, je heißer der Kampf, je schöner der Sieg!

Parteigenossen! Eine Schande für jeden einzigen Arbeiter wäre es, sollten wir heute unterliegen! Gedenket der glorreichen Siege, welche das gesamte deutsche Proletariat am 16. Juni erfochten, so manche agrarische Bestung ist an jenem Tage siegreich erstickt worden! Eifern wir diesen glänzenden Beispielen nach, jeder von uns sei heute ein Kämpfer für unsre Sache!

Und auch die Staatsarbeiter mögen am heutigen Tage des eingedenk sein, daß nur die Sozialdemokratie sich stets und energisch ihrer annimmt, während die Bauern bisher noch stets die Arbeiterinteressen auf das schändlichste verraten haben! Staatsarbeiter! Streift heute einmal alle Mann die Maximalen Furcht ab, in welche Euch die Paulianer um ihrer unsonderbaren Ziele willen gejagt haben, seid heute ganze Männer, und wählt heute unter dem Siegel des strengsten Wahlheimlichkeits so, wie es Eure Ehre, Euer Interesse als Mensch, Arbeiter und Familienvater erfordert, sorgt alle mit ganzer Kraft für den Sieg unsres Kandidaten Dr. Karl Liebknecht.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Das Central-Wahlbureau des ersten Wahlkreises befindet sich bei Wehnacht, Grünstr. 21. (Tel.-Nr. 1. 1787.) Hilfsbureau: Wahlbezirk 1: Günter, Wischoffstr. 12. Wahlbezirk 2, 4, 5: Sahn, Stralauerstr. 48. Wahlbezirk 3: Sönnow, Parochialstr. 36. Wahlbezirk 6: Vogt, Klosterstr. 101. Wahlbezirk 7: Kirchner, Hellwegestr. 40. Wahlbezirk 8: Scheps, Drestestr. 24. Wahlbezirk 9: Weyer, Fischerstr. 25. Wahlbezirk 10: Kopischke, Grünstr. 20. Wahlbezirk 11: Knappe, Al. Kurstr. 11/12. Wahlbezirk 12: Gäh, Niederwallstr. 33. Wahlbezirk 13, 14, 15, 16: Menzel, Dorotheenstr. 69. Wahlbezirk 17: Wolf, Mauerstr. 50. Wahlbezirk 18, 19: Frank, Charlottenstr. 60. Wahlbezirk 20: Glaue, Krausenstr. 18. Wahlbezirk 21: Härtel, Krausenstr. 69. Wahlbezirk 22: Wollien, Französischestr. 6.

Wahlbezirk 23: Schwarzl, Kronenstr. 71. Wahlbezirk 600, 610, 611, 613: Radtke, Plensburgerstr. 24. Wahlbezirk 612, 614: Runert, Händelstr. 15. Wahlbezirk 608: Schütte, Kronprinzen-Platz 20.

Schöneberg. Die Stichwahl-Resultate werden heute abend bei Obst, Weiningerstr. 8, veröffentlicht.

Adlershof. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr, bei Fehner, Oppenstraße 56, statt. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Gen. Dr. Alberti. 3. Diskussion. 4. Bekanntgabe der Stichwahl-Resultate. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste — auch Frauen — durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der Vorstand.

Lokales.

Heute Stichwahl im ersten Wahlkreise!

Um das „Herz von Berlin“, den ersten Wahlkreis, wird heute am 25. Juni in der Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie gerungen. Soll, so fragen angstvoll die freisinnigen Wähler, auch dieser Kreis der Sozialdemokratie zufallen?!

Der Freisinn, dem die Sozialdemokratie am 16. Juni in der Hauptwahl in fünf Wahlkreisen Berlins eine schimpfliche Niederlage bereitet hat, macht verzweifelte Anstrengungen, in der Stichwahl wenigstens diesen einen Kreis zu retten. An die Wähler des ersten Kreises, soweit sie zu der Erkenntnis gelangt sind, daß die Freisinnigen in Berlin abgewirtschaftet haben, ergeht unsre Aufforderung, mitzuwirken, daß heute der Berliner Freisinn auch aus diesem seinem letzten Schlupfwinkel vertrieben wird.

Auf zur Stichwahl! An der Stichwahl teilzunehmen hat jeder Wahlberechtigter — selbstverständlich auch diejenigen, die am 16. Juni bei der Hauptwahl gefehlt haben, und auf diese wird heute sogar ganz besonders gerechnet.

Für die Stichwahl gelten dieselben Bestimmungen wie für die Hauptwahl, wir richten daher an die Wähler dieselben Mahnungen wie vor acht Tagen. Punkt 7 Uhr wird die Wahl geschlossen, nachher wird kein Zettel mehr angenommen! Neu zu beachten ist, daß bei der Stichwahl nur noch solche Zettel, die auf einen der „stehenden“ Kandidaten lauten, als gültig gezählt werden, also Zettel für den freisinnigen Kandidaten oder für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Privatdozent a. D. Dr. Leo Arons. Jeder andre Zettel ist ohne weiteres ungültig.

Wahlzelle und Wahlcouvert haben diesmal so manchen der kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden, der kleinen Beamten vor den Aufpassern der konservativ-antifreisinnigen Partei, des Freisinn, des Centrums geschützt. Aber sie haben als eine noch ungewohnte Notierung leider auch manchen Wähler in Verwirrung gebracht. Jeder Wähler bekommt im Wahllokal ein gestempeltes Couvert, tritt in die Zelle, steckt hier den von Hause mitgebrachten oder auf der Straße in Empfang genommenen Stimmzettel in das Couvert, verläßt die Zelle, tritt an den Wahlisch, nennt seine Wohnung und seinen Namen, zeigt auf Verlangen seine Legitimation (Steuerzettel usw.), gibt das Couvert an den Wahlvorsteher ab — und die Sache ist erledigt. Am 16. Juni sind einige Couverts ohne Zettel abgegeben worden; hoffentlich waren diese Vergehlichen keine sozial-

demokratischen Wähler. Jeder achte darauf, daß er den richtigen Zettel in das Couvert steckt. Der richtige ist für unsre Anhänger der mit dem Namen des Privatdozenten Dr. Leo Arons. Am 16. Juni fanden sich mehrfach in einem Couvert zwei Zettel und zwar zwei verschiedene, z. B. einer für Dr. Leo Arons und daneben einer für den Freisinnigen, oder einer für Dr. Leo Arons und daneben einer für den Konservativen. Da waren jedesmal beide Zettel ungültig. Man vermeidet solche Irrtümer, wenn man vor dem Wahllokal überhaupt keinen gegnerischen Stimmzettel annimmt, so daß man nur den richtigen Zettel bei sich hat. Mancher wird allerdings, um sich nicht zu verraten, auch den gegnerischen Zettel nicht zurückweisen wollen. Möge er dann den richtigen Zettel mit dem Namen Dr. Leo Arons möglichst schon von Hause mitbringen, ihn in einer besonderen Tasche verwahren und darauf achten, daß ihm nicht noch in dem Halbdunkel der Wahlzelle eine Verwechslung passiert. Man lasse sich Zeit, sehe genau hin und stecke nur den Zettel mit dem Namen Dr. Leo Arons in das Couvert. Wer den gegnerischen Zettel annimmt, um in der Zelle den Freisinnskandidaten auszustreichen und Privatdozent a. D. Dr. Leo Arons dafür hinzuzuschreiben, der achte darauf, daß Dr. Leo Arons sich vorn mit einem A und hinten mit Schluß-s schreibt. Das beste ist aber, dieses Verfahren zu vermeiden und lieber, wie schon mehrfach gesagt, den richtigen Zettel möglichst gleich mitzubringen. Vergeßliche Leute haben am 16. Juni zwar den richtigen Namen aufgeschrieben, aber den falschen nicht ausgestrichen, andre haben den falschen ausgestrichen, aber den richtigen nicht darunter geschrieben. Alle diese Zettel waren natürlich ungültig.

Es versteht sich von selbst, daß auf dem Zettel keinerlei Bemerkungen, auch nicht etwa die eigne Adresse des Wählers, stehen dürfen. Wer Worte des Lobes für den Kandidaten der eignen Partei, des Labels für den der Gegenpartei hinzusetzt, wer seine Meinung in Versen oder in Prosa zum besten gibt, der macht seinen Stimmzettel ungültig. Solche „Späße“ darf kein Wähler mitmachen, der sozialdemokratisch wählt. Keine Stimme, die dem Kandidaten der Sozialdemokratie Privatdozent a. D. Dr. Leo Arons zugehört ist, darf verloren gehen.

Freisinniges Flugblattgewisch.

Da das Papier geduldiger ist, als selbst eine exklusiv freisinnig-reaktionäre Wählerversammlung, hat es der Freisinn vorgezogen, den Stichwahlkampf ausschließlich auf dem Papiere auszufechten. Herr Richter und seine Getreuen wissen sehr wohl, daß es nicht ganz gefahrlos wäre, nach diesem Ausfall der Hauptwahl auch nur der beschränkten Öffentlichkeit ordnungsparteilicher Wähler gegenüber zu treten. Und zwar dürfte man weniger konservativ als vielmehr freisinnige Diskussionredner fürchten. Eine Kritik aus dem eignen Lager würde wenig Stimmung für die Stichwahl machen, deshalb legt man sich dann rednerisch völlige Enthaltensamkeit auf, um sich auf dem widerstandsunfähigen Papier desto ungenierter in läppischer Socialistenidiotie auszuheizen zu können.

Dem gestern von uns niedriger gehängten Flugblatt stellt sich ein heute in unsre Hände gelangtes würdig zur Seite. Wiederum werden alle Register gezogen, deren Scharfmacherzone reaktionäre Gemüter heimlich umschmeicheln können. Von Ausdrücken wie „Klassenverhetzung“, „Schürung des Klassengegensatzes“, „Hineintragen von „Unfrieden und Verhetzung“ in die Arbeits-

Verhältnisse, „Kern der Sozialdemokratie“, „Terrorismus“, „Geschäftigkeit der Gegenstände“ (Sollte Herr Eugen Richter selbst der Verfasser dieser duffigen Erzeugnisse sein?). „Vergiftung des Arbeitsverhältnisses“, „Schredendregime, ärger als es je ein absoluter Herrscher geführt, härter als der ärgste Despot“, winnelt es nur so in dem Dokument von des Freisinnigen Schand! Auch der Satz: „Was soll nun in unserem Vaterlande geübt werden, dadurch daß ganz im Gegensatz zu der Zahl der wirklichen Anhänger der Sozialdemokratie dieselbe im Reichstage an Zahl der Abgeordneten ständig wächst und durch lediglich agitatorische Ueberreizung erreichbare Fortschritte erschwert und verhindert?“ verdient tiefer Gehört zu werden. Bisher glaubte jedermann, daß infolge der traurigen Wahlkreisgeometrie die Sozialdemokratie im Reichstage viel zu schwach vertreten sei. Die Kämpf und Richter möchten den drei Millionen sozialdemokratischen Wähler noch weniger Mandate eingeräumt wissen.

Höchst ergötzlich ist es dagegen, daß das Flugblatt die Zahl der wirklichen Sozialdemokraten im ersten Wahlkreise auf „noch nicht 1000“ einschätzt. Welch ausgesuchtes Kompliment für die Wähler dieses Wahlkreises, in dem vielleicht in ganz Deutschland der relativ größte Prozentsatz von Gebildeten und Intellektuellen vertreten ist!

Nun, wir überlassen das Urteil über das Nützliche freisinnige Geschreibsel den Wählern des ersten Wahlkreises selbst. Der heutige Stichwahltag wird dem principien- und ehrvergessenen „Freisinn“ eine neue Lektion geben!

Stichwahl und Arbeiterfahrkarten. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß ebenso wie bei der Hauptwahl auch bei der Stichwahl für solche Arbeiter, die in Berlin wohnen und in einem benachbarten Wahlkreise wahlberechtigt sind, Arbeiterfahrkarten Gültigkeit haben. Es ist also doppelte Pflicht dieser Genossen, heute ihr Wahlrecht auszuüben!

Wenn ein Pastor zeigt, daß er auch nur Mensch ist, dann wundern sich die Frommen, die bisher zu ihm gehalten hatten, und vielleicht mehr noch erstaunt mancher Unfromme, der aus Unkenntnis dieser ihm fern stehenden Kreise in einem Pastor einen „halben Heiligen“ zu sehen geneigt war. Eine solche Verwunderung und ein solches Erstaunen giebt es jetzt wieder einmal in der Nazareth-Gemeinde.

Die Nazareth-Gemeinde, die sich erst vor kurzem ihres ersten Geistlichen, des Pfarrers Diestelkamp, mit sanfter Gewalt zu entledigen suchte, hat nun noch einen andern ihrer Seelsorger eingebüßt. Der Pastor Granzin, der vierte Geistliche der Gemeinde, ist seit Montag aus seiner Wohnung verschunden. Da er einen Revolver mitgenommen hatte, so wurde sofort vermutet, daß er Selbstmord begehen wolle, und er soll denn auch am Mittwoch im Treppentor Park erschossen aufgefunden worden sein. Es wird behauptet, daß der Herr Pastor Grund gehabt habe, eine gerichtliche Verfolgung zu fürchten.

Gegen Granzin sind schwere Beschuldigungen erhoben worden, darunter die, daß er den größten Teil der ihm anvertrauten Kinderparaklasse der Sonntagsschule unterschlagen habe; doch ist das unzutreffend. Auch über seinen Lebenswandel sind Gerüchte verbreitet worden, die ihn nicht gerade als „halben Heiligen“ erscheinen lassen. Der Herr Pastor hatte sich von seiner Frau scheiden lassen — „was Gott zusammenfügt usw.“ pflegte er in seinen Trauerreden zu sagen — und hatte die Leitung seines Hauswesens sowie die Erziehung seiner fünf Kinder einer jugendlichen Wirtschaftlerin übertragen, die ihm mehr als das gewesen sein soll.

Son ihr gehen die Beschuldigungen aus. Als der Pastor, an Wiederverheiratung denkend, sich mit einem andern Mädchen verlobte, wandte sich die Wirtschaftlerin an einen der Kirchenältesten, die übrigens bereits Scheidung gewünscht haben sollen, und später an das Konsistorium, das eben erst die Bitte von Kirchenältesten, Granzin zu verlesen, abgelehnt hatte, aber nun ein Disziplinarverfahren einleitete mußte. Granzin machte, als er von der Anzeige erfuhr, zunächst einen Selbstmordversuch; nach einer andern Darstellung hätte er die Wirtschaftlerin, die ihn denunziert hatte, zu erschlagen versucht. Nachdem er dann von seinem geistlichen Vorgesetzten vernommen worden war, schüttelte er den Staub der Nazareth-Gemeinde von seinen Füßen. Seiner Frau schrieb er einen Abschiedsbrief, Wirtschaftlerin und Kinder wurden ohne Abschied im Stich gelassen. Auch die Wirtschaftlerin, die, wie von einer Seite behauptet wird, ihre Beschuldigungen inzwischen wieder zurückgenommen haben soll, verließ darauf das Haus und nahm das jüngste Kind mit. Die Vermutung, daß sie eine Wiederverheiratung mit dem Pastor gesucht habe, hat sich nicht bestätigt. Sie hat das Kind bei Verwandten des Pastors untergebracht. Pastor Granzin ist, wie oben mitgeteilt, bereits als Leiche aufgefunden worden.

In der Nazareth-Gemeinde herrscht ob dieses Vorkommnisses große Aufregung. Die pastorenfreundliche Presse bemüht sich, Granzin als das Opfer von Verfolgungen hinzustellen, denen er unzulänglich ausgesetzt gewesen sei. Es mag allerdings für diejenigen, die sonst so laut über die „Sittenverderbnis des niederen Volkes“ zu jammern pflegen, sehr schmerzhaft sein, sich sagen lassen zu müssen, daß hier wieder einmal ein Pastor in diesem Punkte ein sehr böses Beispiel gegeben habe. Wir regen uns über den Sturz dieses Pastors nicht weiter auf. Wir lassen uns daran genügen, den Pastor Granzin „zu den übrigen zu legen.“

Der Berliner Verkehr 1903. Ueber die Entwicklung des Verkehrs im laufenden Jahre 1903 giebt eine amtliche Zusammenstellung Aufschluß. Es ist um so bemerkenswerter, als darin Zahlen mitgeteilt werden, die sonst noch nicht zugänglich sind. Die Große Berliner Straßenbahn hat danach in den ersten 4 Monaten des Jahres bereits 101 460 Millionen Personen befördert. Auf das Jahr 1903 dürften somit etwa 305 Millionen Personen kommen. Die Westliche Berliner Vorortbahn beförderte im gleichen Zeitraum fast 5 Millionen, die Sächsische etwas über 1 Million und die Charlottenburger nahezu 4 1/2 Millionen Personen. Die Gesamtleistung dieser vier Gesellschaften im ersten Drittel dieses Jahres ist somit über 112 Millionen, auf das Jahr 336 1/2. Die Straßenbahn Warthauer Werke—Centralvielfach beförderte ferner fast 1/2 Millionen, im Jahre etwa 2 1/2 Millionen. Die Hochbahn hat im selben Zeitraum 10 126 Millionen Personen befördert, was auf das Jahr über 30 Millionen ausmacht. Von den Omnibusgesellschaften hat die Neue Berliner Omnibusgesellschaft in den ersten vier Monaten des Jahres 8,9 Millionen befördert. Der gesamte Verkehr des Jahres würde somit gegen 27 Millionen betragen. Die Gesamtleistung der genannten Verkehrsmittel auf das Jahr 1903 beträgt somit etwa 395 1/2 Millionen. Nicht gerednet ist dabei die städtische Straßenbahn, die Straßenbahn nach Hohen-Schönhausen, die Spreetunnelbahn, die Allgemeine Omnibusgesellschaft sowie die Stadtbahn.

Ein raffinierter Logistidie ist in der Person des vielfach vorbestraften Kutschers Wilhelm Sch. festgenommen worden. Derselbe pflegte vorwiegend bei Witwen unter dem Vorgeben, Gerichtsschreiber zu sein, Scherbrock zu heißen und in der Karlstraße gewohnt zu haben, möblierte Zimmer zu mieten. Die Wohnungsinhaberinnen schickte er dann nach seiner angeblich in der Karlstraße befindlichen früheren Wohnung, um ihm seine dort zurückgelassenen Sachen zu holen. Die Abwesenheit der Frauen benutzte er, um namentlich Betten und Wäsche zu stehlen. Da in der von ihm bezogenen Wohnung eine Anzahl von Frauen nach diesem Manne Nachfrage gehalten haben, wird angenommen, daß der Verhaftete, der auch Betrugschwindel betrieben zu haben scheint, noch eine Reihe bisher nicht zur Kenntnis der Polizei gelangter Straftaten begangen hat. Anzeigen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Eine brave That vollführte am Dienstagabend der Schuhmann Peters vom 50. Revier, welcher mit seiner Familie auf der Schönhauser Allee spazieren ging, dadurch, daß er die durchgehenden Pferde eines großen Balkenwagens der Banhoßhandlung von Julius Lange, Schönhauser Allee 95, zum Stehen brachte und dadurch größeres Unheil verhütete.

Ein ehrlicher „Naturforscher“ fand gestern bei der Durchsichtung eines Schuttlastens auf dem Hofe eines Grundstücks in der Kurfürstenstraße einen wertvollen Diamantring. Der Finder übergab das Wertobjekt dem Hauswirt, welcher den Ring als Eigentum seiner Gattin erkannte. Das Schmuckstück war seit drei Tagen verschwunden und trotz allen Suchens nicht aufzufinden gewesen. Infolge dessen war das Dienstmädchen, als die einzige Person, welche zu dem Schlafzimmer ihrer Herrin Zutritt gefunden, in den Verdacht geraten, den Ring gestohlen zu haben und hatte sich einer Disquisition ihrer Sachen unterwerfen müssen. Wahrscheinlich hatte das Mädchen den Ring, der vom Tisch gefallen sein dürfte, mit ausgelegt. Der ehrliche Finder erhielt von dem Hauswirt eine Belohnung von 50 M.

Noch nicht vernehmungsfähig ist der vierundzwanzigjährige Arbeiter Max Grahl, welcher, wie bereits gemeldet, den Versuch machte, in der Kirchbachstr. 12 seine Frau, Fräulein Rosa zu töten und sich selbst mit einem Dolchmesser dreizehn Messerstiche beibrachte. Uebrigens hätte das Drama beinahe noch ein drittes Opfer gefordert. Wie jetzt festgestellt ist, stürzte sich G., bevor er seine Geliebte niederschlug, auf deren Begleiterin, ein Frä. Sch. und suchte auch dieser Stiche mit dem Messer beizubringen. Als Fräulein R. die Klinge blitzen sah und laut aufschrie, ließ der Thäter von Frä. Sch. ab und verübte nunmehr die Bluttat an seiner Frau. Grahl dürfte übrigens kaum mit dem Leben davonkommen.

Bei einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge erlitten am Dienstagvormittag zwei Personen erhebliche Verletzungen. In der Kurve an der Ecke der Straße Alt-Moabit und Rothensierstraße fuhr der Motorwagen 2018 der Straßenbahnlinie 18 gegen den, aus entgegengesetzter Richtung kommenden Kraftwagen 233 derselben Linie. Die Vorderplattform des ersteren Waggons stieß seitlich gegen den Forderperron des Gegenwagens mit solcher Gewalt an, daß die Plattform des letzteren total eingedrückt wurde. Hierbei erlitt der Bediente Robert Böhm aus Pflägerssee eine Luxation am rechten Fuß, der Lehrling Wilhelm Schäfer, Siedingstraße 8 wohnhaft, eine Luxation der rechten Schulter. Beide wurden nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Erzshossen hat sich wegen begangener Unterschlagungen der 30 Jahre alte Zahlmesseraspirant Peter Schneider am Dienstagnachmittag um 6 Uhr, Schneider, der aus der Rheinprovinz stammt und 9 Jahr diente, befand sich bis zum Oktober v. J. in Südwest-Afrika und wurde von dort auf 2 Jahre zum Oberkommando der Schutztruppe nach Berlin abkommandiert. Hier bewohnte er Steinmeyerstr. 69 ein möbliertes Zimmer, wo er für einen nüchternen und sparsamen Mann gehalten wurde. Vor etwa zwei Monaten hatte er sich mit der Tochter eines Gastwirts z. B. aus seiner Heimat verlobt. Den Ansehen nach hat er aber keine Verhältnisse gelebt und die ihm anvertrauten Gelder angegriffen. Den Fehlbetrag suchte er schon vor 14 Tagen von einem Verwandten zu erlangen und erhielt auch eine Geldsendung. Ob nun diese nicht ausreichte oder ob Sch. auch dies Geld wieder verdrängt hat, muß dahingestellt bleiben. Gestern blieb er allein in den Diensträumen Mauerstraße 45/46 zurück. Als bald drang in das Meldezimmer, wo eine Ordnungszahl sich aufhielt, der von einem Schuß herrührende Anfall. Der Soldat fand Sch. mit einer Wunde in der Brust tot auf. Eine nunmehr vorgenommene Durchsicht der Kasse ergab die Unterschlagungen. Die Leiche Schneiders wurde in später Abendstunde nach dem Garnisonlazarett I in der Schornhorststraße abgeholt.

Aus dem dritten Stock gesprungen ist gestern nachmittag 8 Uhr das 16 Jahre alte Dienstmädchen Elise Schröder, das zum zweitenmal seit einem Jahr bei dem Kaufmann Bloch in der Trebbowstraße 60 in Stellung war. Nachdem sich die Schröder vorher über schlechte Behandlung seitens der Herrschaft bei der Pförtnerin beklagt hatte, wurde die Mutter gerufen. Diese geriet schließlich mit der Frau Bloch in eine Prügelei. Während dieser Prügelei sprang das Mädchen aus dem Fenster auf den Hof hinab und blieb auf der Stelle tot.

Durch eine doppelte Vergiftung getötet hat sich gestern die 29 Jahre alte Schneiderin Ida Graf aus der Lottumstr. 6. Dort wohnte sie mit ihrer Schwester zusammen, die außerhalb des Hauses arbeitete, während Ida in der Wohnung schneidete. Vor längerer Zeit hatte sie zu einem Kaufmann in einem Liebesverhältnis gestanden, das schließlich keine Lösung fand. Obgleich schon drei Jahre darüber vergangen waren, konnte doch die Zeit die Wunden nicht heilen, die ihr der ungetreue Liebhaber geschlagen hatte. In ihrem Gram verbrachte sie alle Briefe, die von dem Liebhaber herrührten, trank eine Flasche mit Weingeist aus und legte sich zu Bett, nachdem sie die Maschinenmaschine angeheizt und den Abzug des Rauches verhindert hatte. So fand sie ihren Tod und wurde von der Schwester beim Nachhausekommen als Leiche im Bett entdeckt.

Selbstmord verübt hat gestern nachmittag die Frau des Barbiers Roaf, Karlsbad Nr. 16. Als gegen Abend 7 Uhr der 11jährige Sohn alle Türen geöffnet fand, suchte er im Hause nach der Mutter, bis er sie auf dem Boden erhängt vorfand. Der sofort hinzugerufene Arzt konnte leider keine Rettung mehr bringen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet wurde gestern der Arbeiter Richard Prenzler. Ein 10 Jahre altes Mädchen brachte seinem Bruder nach einem Dolch in der Chausseestraße mehrere Gegenstände, die er zu seiner Arbeit gebrauchte. P. der auch dort arbeitete, hielt das Mädchen aus, indem er sich Handreichungen von ihm machen ließ. Dabei verschleppte er es nach einer Bühne und verging sich dort an ihm. Das Kind teilte der Mutter das Geschehene mit, und diese bewirkte die Festnahme.

Auf der Rettungswache gestorben ist gestern mittag um 1 Uhr der fünfjährige Sohn Paul des Arbeiters Emmeking aus der Schwedterstr. 47. Der Knabe spielte an der Ecke der Reinsbergerstraße und lief in einen Wagen des Fischhändlers Sattelberg hinein. Er wurde umgestoßen und überfahren. An den äußeren und inneren Verletzungen, die er erlitt, starb er alsbald auf der Rettungswache III in der Kasanien-Allee.

Rixdorf. Der wohnungslose Arbeiter Oskar Weisuf wollte in einem Pferdefall in der Berlinerstraße nützlich sein, wobei er jedoch einem Pferde zu nahe kam und von diesem geschlagen wurde. Er wurde so unglücklich getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt und in hoffnungslosem Zustande nach einem Berliner Krankenhaus geschafft werden mußte. — Von einem Privat-Rachtwächter schwer verletzt wurde der 20jährige Arbeiter Otto Gaffner. G. schlug nachts im Uebermut eine Haustürscheibe entzwei und sollte daher von dem Privatwächter Oberländer festgesetzt werden, entloß jedoch und setzte sich, als der Wächter ihn einholte, energisch zur Wehr. Letzterer zog hierauf seinen Säbel und versetzte dem G. mit der Waffe einen wunden Stieb über den Kopf. G. wurde dabei so erheblich verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Nun hat auch Rixdorf sein Stadt-wappen; nachdem seit etwa zwei Jahren zahlreiche Entwürfe vom Verordnungsamt verworfen wurden, hat der letztvorgelegte Entwurf die Genehmigung des Kaisers gefunden. Das Wappen besteht aus drei Teilen: dem Hufeisenkreuz zur Erinnerung an die Einwanderung der Böhmen, dem römischen Adler und das Johanniterkreuz zur Erinnerung an die Gründer des Ortes.

Gerichts-Zeitung.

Zum Polizeikampf gegen die Streikposten! Die Rechtsprechung auf dem Gebiete des Streikpostenwesens ist immer noch eine überaus unsichere. Die Gerichte nehmen bald einen den Streikposten günstigen, bald einen denselben ungünstigen Standpunkt ein. Wir haben in der Nummer vom 23. Juni über einige Urteile berichtet.

in denen eine Verurteilung von Streikposten erfolgt ist, indem die Gerichte davon ausgingen, daß eine Gefährdung der Sicherheit und des Verkehrs durch die Streikposten stattgefunden habe. Andre Urteile stehen wieder auf einem ganz entgegengelegten Standpunkte:

So wurde jüngst der Former Maniwoicz und die Schlosser Oldenroth und Weira in Fällen freigesprochen, die in thatsächlicher Beziehung nicht wesentlich verschieden von denjenigen waren in denen nach unserem vorher erwähnten Bericht Verurteilung erfolgt ist.

In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, wurde im Falle Maniwoicz ausgedrückt, daß die polizeiliche Strafverfügung ungültig sei, ohne daß es auf weitere Beweisaufnahme ankomme, da die Strafverfügung dahin laute, daß Maniwoicz sich als Streikposten aufgestellt und der im Interesse der öffentlichen Ordnung seitens eines Aufsichtsbekannteten an ihn ergangenen Aufforderung, weiterzugehen, nicht nachgekommen sei. Das Gericht führte aus, das Streikpostenwesen sei keine strafbare Handlung; auch sonst sei aus der Strafverfügung und den sonstigen Feststellungen nicht ersichtlich, daß der Angeklagte den Verkehr auf der Straße irgendwie beeinträchtigt habe. Die Strafverfügung sei daher als ungültig zu erachten.

Im Falle Oldenroth erfolgte die Freisprechung, weil eine ordnungsmäßige, sich innerhalb der Grenzen des Straßenpolizeireglements haltende Aufforderung des Schuhmanns, weiterzugehen, vom Gericht als vorliegend nicht erachtet wurde.

In den Fällen Weira, der mit zwei polizeilichen Strafbefehlen wegen Streikpostenwesens bedacht wurde, erfolgte ebenfalls die Freisprechung, da das Gericht nicht zu der Ueberzeugung zu kommen vermochte, daß Weira den Verkehr, die Sicherheit und Ordnung irgendwie gestört habe. Die Anordnung des Lieutenants an die Schutleute seines Reviers, jeden Streikposten fortzuweisen bezw. die Anweisung des Lieutenants an die Streikposten, die Straße zu verlassen, wurde als gültig nicht angesehen.

Der verurteilte Raubmord gegen die 74jährige Rentnerin Marie Josephson in Weihensee wird am Freitag vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Aburteilung gelangen. Das Verbrechen ereignete um so größeren Aufsehen, weil die Täterin eine weibliche Person war, die 23jährige Tischlersechfrau Anna Raden, welche mit einer ungläubigen Energie und Kohheit ihren verbrecherischen Zweck zu erreichen bestribt gewesen war. Ihr Opfer war die vordemmal betagte Dame, die in Weihensee in dem Rufe stand, Millionärin zu sein. Frau Josephson gab sich ganz der Pflege der Gräber ihrer verstorbenen Familienmitglieder hin, welche sich auf dem Friedhofe zu Weihensee befanden. Die Angeklagte mußte, daß die Greisin sehr zurückgezogen lebte und sich nur selten eine Aufwärterin zur Erleichterung der größeren Hausarbeiten hielt. Am Abend, des 28. Februar, einem Sonnabend, kam Frau Josephson von einer Besorgung zurück. Auf der Treppe wurde sie von einer fremden Frauensperson angetroffen, die augenscheinlich auf sie gewartet hatte. Die Fremde gab an, daß sie eine Tochter des Tischlerarbeiters Strud sei und ein Anliegen an die alte Dame habe. Frau Josephson, der der Tischlerarbeiter Strud bekannt war, ließ dessen Tochter mit in die Wohnung hinein. Während sie das Abendbrot zu sich nahm, brachte die Besucherin ihr Anliegen vor. Sie fragte Frau Josephson, ob sie ihr nicht einen Dienst nachweisen könne, und erhielt die Zusage, daß sie einer Nichte der Frau Josephson empfohlen werden solle. Als die Letztere nach einiger Zeit den Tisch abräumte und sich, mit einigen Tellern nach der Speisekammer begab, wurde sie plötzlich von der Besucherin hinterwärts überfallen. Sie wurde von derselben am Halse gepackt, gewürgt, daß sie keinen Laut von sich geben konnte und dann zu Boden geworfen. Die Angeklagte versetzte darauf der schwächlichen Greisin eine Menge Faustschläge gegen den Kopf und preßte ihr mit den Worten: „Da Nas, gib Dein Geld her, sonst mache ich Dich tot!“ den Mund zu. Die Ueberfallene blieb schließlich benommen und regungslos liegen. Dann schleppte die Angeklagte ihr Opfer in die Speisekammer und verschloß die Thür, um dann ungehindert sich an die Durchsichtung der Wohnung nach Beute zu machen. Sie fand nur ein Portemonnaie mit 11 Mark und außerdem einige Kleinigkeiten, welche sie des Räubens für wert hielt. Die Ueberfallene kam nach einigen Stunden wieder zu sich und schleppte sich mühsam zu der Wohnung des Hausverwalters. Sie ist dem Tode nahe gewesen. Die Angeklagte wurde am folgenden Tage verhaftet, die gestohlenen Gegenstände wurden in ihrer Wohnung gefunden.

Dies ist in kurze der Thatsachen, welcher der zu verhandelnden Anklage zu Grunde liegt. Den Vorstich wird Landgerichtsdirektor Lauffer führen.

Verammlungen.

Die Kutscher sämtlicher Expeditions- und gewerblichen Fuhrbetriebe Berlins nahmen am Sonntag in 5 Verammlungen Stellung zu der geplanten Gründung des Verbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe. Die Referenten führten aus, daß die bedeutendsten Firmen des Expeditions- und Fuhrbetriebs, Omnibus-Unternehmungen etc. kürzlich in Berlin eine Verammlung abgehalten, in der die Gründung des besagten Verbandes beschlossen wurde. Als erste Aufgabe wurde dem neuen Verband die Schaffung eines Arbeitsnachweises zugewiesen. Diese Aufgabe zeigt deutlich, daß die Tendenz des Verbandes sich gegen die Organisation der Transportarbeiter richten soll. Wir wollen heute noch nicht hoffen, daß die Kähnenmänner unter diesen Unternehmern Schule gemacht haben, dennoch ist von vornherein äußerste Voracht unternommen notwendig. Wir werden den Einfluß des neuen Verbandes bei allen unsren Aktionen zu spüren bekommen und ist es deshalb schon heute dringend notwendig, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit uns das Kommende nicht überraschen kann. Sorglosigkeit und Laubst dieser Unternehmerorganisation gegenüber wurde sich bitter an unsrer Organisation und an den Berliner Transportarbeitern selbst rächen. Es gilt jetzt, mit verdoppeltem Eifer die Organisation innerlich auszubauen und schlagfertig zu machen. Folgende Resolution wurde in allen Verammlungen angenommen: „Die Verammelten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Verammelten sind der Ueberzeugung, daß durch den Zusammenschluß der Unternehmer in einem Verande und die Einrichtung eines Arbeitsnachweises seitens desselben, die wirtschaftlichen Interessen der Kutscher und Arbeiter gefährdet werden. Dies um so mehr, als eine einseitige Verwahrung des Arbeitsnachweises durchaus keine Gewähr für eine unparteiische und gewissenhafte Leitung desselben bietet. Die Kutscher verpflichten sich daher, unter ihrem Berufsgenossen dahin zu wirken, daß dieselben den geplanten Arbeitsnachweis der Unternehmer so lange nicht in Anspruch nehmen, bis auch der Organisation der Kutscher eine genügende Teilnahme an der Verwaltung desselben zugesichert ist. — Im übrigen sehen die Verammelten die beste Gewähr um die Pläne der Unternehmer illusorisch zu machen“ darin, daß sich die Kutscher mehr wie bisher ihrer Organisation, dem Centralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anschließen.“

Verband der Friseurgeschichten Deutschlands, Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 26. Juni, abends 9 1/2 Uhr: General-Verammlung bei Thiel, Bergstr. 151/152.

Briefkasten der Redaktion.

Strohenabnehmer H. Sch. Wir müssen es grundsätzlich ablehnen, Ratschläge über den Verkauf von Werbachereien zu erteilen. Wir würden an Ihrer Stelle das genaute Antschepaper nicht kaufen.

Zagan. Wir billigen diesen Handel nicht.

Kumwach. Diese Lagen sind im „Vorwärts“ in mehreren Heften widerlegt worden und auch die „Tagesspost“ hat unsres Wissens die betreffenden „Vorwärts“-Artikel gebracht.

Zimmermann. Sie haben recht. Stand vorher weder in der „Neuen Welt“, noch im „Unterhaltungsbblatt“.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Juni 1903. Etwas wärmer bei schwachen nordöstlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine oder unmerkliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.